



## 39. Sitzung

Mittwoch, 7. Mai 2003

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder,  
Vizepräsident Peter Paul Müller und Vizepräsident Farid Müller

### Inhalt

#### Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung und Ergänzung der  
**Tagesordnung**

2271 A

Robin Schenk

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

2284 D

Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:

#### Aktuelle Stunde

2271 A

**Sauberkeitskonzept –  
Hamburg wird endlich sauberer**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der SPD:

#### Gesundheit ist keine Ware

2271 B

Fraktion der GAL:

Uwe Grund SPD 2271 B, 2279 A, 2281 D

Dietrich Wersich CDU 2272 A, 2279 D

Wolfgang Barth-Völkel  
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2272 D

Dr. Dorothee Freudenberg GAL 2273 D, 2280 B

Dr. Wieland Schinnenburg FDP 2274 C, 2280 D  
2282 D

Dr. Mathias Petersen SPD 2275 B, 2280 C

Henning Tants CDU 2276 A

Rolf Gerhard Rutter  
Partei Rechtsstaatlicher Offensive 2276 D

Jens Kerstan GAL 2277 B

Dr. Wolfgang Peiner, Senator 2277 D

Farid Müller GAL 2278 B

Burkhardt Müller-Sönksen FDP 2281 B, 2282 C

Dr. Willfried Maier GAL 2282 B, 2283 B

**Senat kippt Programmauftrag  
für Radio und TV:**

**Mit dem neuen Mediengesetz droht die  
Verdudelung des Hamburger Rundfunks**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der FDP:

**Für eine Zukunft des FC St. Pauli:  
Stadionausbau – Zeichen setzen am  
Millerntor**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Senatsmitteilung:

**Wahl der Vizepräsidentin bzw. des  
Vizepräsidenten des Hamburgischen  
Verfassungsgerichts**

– Drs 17/2459 –

2285 B

Ergebnis

2285 D

Fraktion der CDU:

**Krawalle zum 1. Mai – Hamburg hat das  
bessere Konzept**

2283 B

**Wahl einer oder eines Deputierten der  
Justizbehörde**

Carsten Lüdemann CDU 2283 C

– Drs 17/2395 –

2286 A

Michael Neumann SPD 2284 A

Ergebnis

2297 B

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

**Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Transparenz, Rechtmäßigkeit und Sachdienlichkeit von Personalauswahl und Personalentscheidungen des von CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP gestellten Senats, insbesondere der Justizbehörde, seit Beginn der laufenden Legislaturperiode**

– Drs 17/2545 –

Walter Zuckerer SPD

Dr. Michael Freytag CDU

Norbert Frühauf

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Christian Maaß GAL

Burkhardt Müller-Sönksen FDP

Dr. Roger Kusch, Senator

Rolf-Dieter Klooß SPD

Carsten Lüdemann CDU

Reinhold J.W. Schaub

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Leif Schrader FDP

Beschluss

Bericht des Wissenschaftsausschusses:

**Entwurf eines Hochschulmodernisierungsgesetzes**

– Drs 17/2592 –

mit

Antrag der Fraktion der GAL:

**Hochschulmodernisierungsgesetz**

– Drs 17/2647 –

Dr. Wieland Schinnenburg FDP

Dr. Barbara Brüning SPD

Christian Brandes

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Dr. Willfried Maier GAL

Wolfgang Beuß CDU

Dr. Jörg Dräger, Senator

Jan Quast SPD

Beschlüsse

Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP:

**Musikalische Breitenbildung – eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe**

– Drs 17/2610 –

Gerd Hardenberg

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Luisa Fiedler SPD

Elke Thomas CDU

Dr. Willfried Maier GAL

Martin Woestmeyer FDP

Beschluss

Antrag der Fraktion der GAL:

**Keine Umsetzung des Senats-Lehrerarbeitszeitmodells**

– Drs 17/2603 –

Christa Goetsch GAL

Britta Ernst SPD

Wolfgang Drews CDU

Katrin Freund

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Martin Woestmeyer FDP

Rudolf Lange, Senator

Wilfried Buss SPD

Dr. Willfried Maier GAL

Beschlüsse

2301 D

2303 A, 2309 B

2304 C

2308 A

2309 C

2309 D

2309 D, 2313 A

2310 C

2311 A

2312 A

2312 B

2313 A

2313 A

2313 A

2314 C

2315 B

2317 D

2319 A

2320 D

2321 C

2322 C

2322 C

A **Beginn: 15.03 Uhr**

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet und ich begrüße Sie sehr herzlich.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen sich darauf verständigt, die Tagesordnung um zwei Punkte zu ergänzen. Es handelt sich einerseits um die Drucksache 17/2673: Wahl eines Mitglieds für das Kontrollgremium nach dem Gesetz zur Umsetzung von Artikel 13 Absatz 6 des Grundgesetzes. Die Drucksache wurde unter Tagesordnungspunkt 4a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Außerdem geht es um die Drucksache 17/2674, einen Bericht des Haushaltsausschusses zum Thema Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt. Diese Drucksache wurde unter Tagesordnungspunkt 27a nachträglich in die Tagesordnung eingestellt und beide Tagesordnungspunkte werden morgen aufgerufen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur

#### **Aktuellen Stunde**

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Gesundheit ist keine Ware

von der CDU-Fraktion

Krawalle zum 1. Mai – Hamburg hat das bessere Konzept

B von der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive

Sauberkeitskonzept – Hamburg wird endlich sauberer

von der GAL-Fraktion

Senat kippt Programmauftrag für Radio und TV: Mit dem neuen Mediengesetz droht die Verdudelung des Hamburger Rundfunks

und von der FDP-Fraktion

Für eine Zukunft des FC St. Pauli: Stadionausbau – Zeichen setzen am Millerntor

Wir kommen jetzt zu dem ersten Thema der Aktuellen Stunde und das Wort hat Herr Grund.

**Uwe Grund SPD:**\* Meine Damen und Herren! Es geht nicht um eine Kleinigkeit, es geht um das größte hamburgische Unternehmen: Sieben Krankenhäuser, 12 500 Beschäftigte und 750 Millionen Umsatz im vergangenen Jahr, und es geht um ein besonderes Ereignis. Erstmals wird in dieser Stadt das Volksgesetzgebungsverfahren in die zweite Stufe getrieben.

(Rolf Kruse CDU: Das ist das dritte Volksbegehren! Sie wissen nicht, worüber Sie reden!)

Es geht um die Frage, wie die Hamburgerinnen und Hamburger zu ihren Krankenhäusern stehen. Und es gibt eine sehr deutliche Aussage: Zwei Drittel der Hamburgerinnen und Hamburger haben in einer repräsentativen Umfrage von „Forsa“ erklärt, sie wollen, dass die hamburgischen Krankenhäuser im Besitz der Stadt bleiben.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Burkhardt Müller-Sönksen FDP:* SPD-Politik nach Meinungsumfragen! Übernehmen Sie mal selbst Verantwortung!)

C

Nur 20 Prozent vermögen sich das anders vorzustellen. Die Sache ist aus Sicht der SPD-Fraktion klar: Wir unterstützen diese Volksinitiative. Alle Mitglieder der SPD-Fraktion haben sich in die Listen eingetragen und werden aktiv. Wir wollen, dass die städtischen Krankenhäuser im Besitz der Stadt bleiben und nicht verkauft werden. Wir wollen, dass die Stadt für die Gesundheitsversorgung verantwortlich bleibt. Wir wollen die Sicherung von Arbeitsplätzen gewährleisten. Das sind die Ziele dieser Volksinitiative.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch von den Investoren wurde bekannt, dass sie für ihre private Investition eine Rendite von 10 Prozent erwarten. Dieses Unternehmen ist unter Brüdern und Schwestern über 1 Milliarde Euro wert. Würden 75 Prozent dessen verkauft werden, dann wären jährlich mindestens 75 Millionen Euro zusätzlich zu erbringen. Wie dies gehen soll, hat uns der Senat bisher nicht verraten. Ich kann Ihnen verraten, wie es gehen wird. Es wird nur über weitere massive Einschnitte beim Personal, bei den Leistungen der entsprechenden Kliniken gehen oder aber, indem man diesen Betrieb weiter zerstückelt.

Damit sind wir beim nächsten Stichwort. Gesundheitssektor Rehaag hat noch am 30. April, vor wenigen Tagen, erklärt, dass er eine Zerstückelung nicht für akzeptabel halte. Am 5. Mai, wenige Tage danach, lässt Herr Peiner als Finanzsenator erklären – ich zitiere –:

„In besonders gelagerten Einzelfällen halten wir es auch für möglich, zur Sicherung des Wettbewerbs in der Stadt einzelne Krankenhäuser oder Klinikteile zu verkaufen, wenn durch Zusammenschluss mit anderen Anbietern größere Einheiten in Spezialfeldern entstehen.“

D

Wie hätten wir es denn nun gerne, meine Damen und Herren aus dem Senat, Zerstückelung oder Nichtzerstückelung, Verkauf von einzelnen Kliniken oder Nichtverkauf von einzelnen Kliniken? Dieses Thema ist dem Senat aus den Händen gegliedert und die Bürgerinnen und Bürger haben es längst gemerkt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Damit wir uns richtig verstehen, niemand ist gegen einen starken Partner beim LBK. Niemand ist dagegen, dass Know-how und auch Finanzen in dieses Unternehmen geholt werden. Die Frage ist aber, was unter einem Partner verstanden wird. Ein starker Partner kann deutlich unterhalb der 50-Prozent-Marke liegen. Wenn hier von einem strategischen Partner seitens des Senats gesprochen wird, dann ist kein Partner gemeint, sondern ein Mehrheitseigner, und wir sind der Auffassung, es soll weiter entschieden werden, wie Gesundheitspolitik in dieser Stadt durch Bürgerschaft und Senat gesteuert und nicht durch privatwirtschaftliche Interessen diktiert wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Jetzt können alle in dieser Stadt von ihrem Beteiligungs- und Demokratierecht Gebrauch machen. Jede Stimme für ein gesundes Hamburg, dies ist meine Aufforderung an alle Wahlberechtigten in der Stadt. Zeigen Sie dem Senat in diesem Fall die rote Karte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat jetzt Herr Wersich.

**Dietrich Wersich** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Grund, der Koalition liegt die Gesundheitsmetropole Hamburg am Herzen und genau deshalb gehen wir auch die Probleme beim LBK an und lassen sie nicht schluren, wie es in der Vergangenheit war.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie haben eben die Zeit genutzt, Herr Grund, um mit Ihrer beinahe schon ewiggestrigen Rhetorik mit einem Misstrauen gegen die Wirtschaft zu argumentieren.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Sie haben für den LBK in Ihrer Rede überhaupt keine Perspektive und Lösung aufgezeigt. Ihr Statement ist im schlechtesten Sinne strukturkonservativ und einfach nicht mehr zeitgemäß, Herr Grund.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Michael Fuchs* CDU: Sehr richtig!)

Lassen Sie mich kurz die Probleme skizzieren. Sie wissen seit 1995/96, der Verselbständigung, dass der LBK zu Beginn der Budgetierung im Krankenhauswesen Überschüsse hatte. Nach sieben Jahren eines teilweise sehr harten Sanierungskurses ist der LBK heute nicht mehr in der Lage, die laufenden Kosten und notwendigen Investitionen zu erwirtschaften, und das trotz massiver Anstrengungen auch beim Personal, trotz Schließung von Kliniken wie dem Hafenkrankenhaus, trotz Abbau von Betten und Abteilungen und der Umgestaltung mit den Servicegesellschaften. Jetzt kommt zusätzlich die Herausforderung DRGs dazu. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass eine Sanierung des Landesbetriebs Krankenhäuser aus eigener Kraft nicht möglich ist.

Man muss sich auch fragen, was der Staat, nach dem hier gerufen wird, leisten kann. Wir haben in den vergangenen zehn Jahren rund 1,2 Milliarden DM an Investitionen in den LBK gesteckt und damit rund 70 Prozent der in Hamburg verfügbaren Mittel. Sie wissen, dass auch wir das angesichts der Wettbewerbssituation immer kritisch angemerkt haben. Dem LBK sind mehrere hundert Millionen DM durch Schuldenerlass und Zinsverzichte indirekt zugewendet worden. Sie wissen alle, dass wir damit längst die Grenzen des rechtlich Zulässigen und Vertretbaren, auch angesichts des EU-Wettbewerbsrechts, erreicht haben. Angesichts der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte ist hier einfach das Ende der Fahnenstange erreicht und in dieser Situation hat der Vorgängersenkernat sich bemüht, Lösungen zu finden, aber keine gefunden. Insofern gibt es heute aus unserer Sicht keine Alternative zu privatem Kapital und neuem Know-how, um den LBK zukunftsfähig zu machen.

(*Jens Kerstan* GAL: Das wird gar nicht bestritten! – *Uwe Grund* SPD: Das bestreitet niemand!)

Wenn Sie das negieren, dann streuen Sie den Menschen und den Beschäftigten in der Stadt Sand in die Augen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Als zweites Argument führen Sie immer an, die Krankenhäuser müssten von der Stadt betrieben werden. Warum muss der Staat Krankenhäuser betreiben? Er hat einen

Sicherstellungsauftrag, aber der Wert liegt, auch gesetzlich fixiert, in der Trägervielfalt. Welches Misstrauen kommt denn gegen alle anderen Krankenhäuser kirchlicher, freigemeinnütziger, privater Art zum Ausdruck, wenn Sie sagen, das Staatskrankenhaus sei das einzig selig machende? Von welcher Welt gehen Sie denn eigentlich aus? Da bewegen Sie sich in den Auseinandersetzungen doch vor dem Godesberger Programm der Fünfzigerjahre und nicht bei den modernen Erkenntnissen über den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Auch in Hamburg werden bisher die allermeisten Gesundheitseinrichtungen nicht staatlich betrieben, sondern durch kirchliche, freigemeinnützige und private Träger, und dort wird Leistung erbracht und Gesundheit für die Menschen in Hamburg geschaffen. Das haben im Übrigen viele andere Kommunen erkannt, auch SPD-regierte, die auch ihre Krankenhäuser privatisieren, weil es nur so möglich ist, diese Leistungen in Zukunft zu erhalten.

Meine Damen und Herren! Ihre Argumentation für die Überlegenheit der Staatswirtschaft und die Aussage, der LBK gehöre den Hamburgern, ist aus meiner Sicht allerhöchstens noch als VEB-Romantik zu bezeichnen, hat aber mit der momentanen Situation dieses Betriebs und den Risiken überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Der Landesbetrieb Krankenhäuser hat angesichts der Herausforderungen in der jetzigen Form schlechte Zukunftsperspektiven, wenn wir jetzt keine Lösungen finden. Wer jetzt Lösungen verschläft, gefährdet die Zukunft des LBK und seiner Mitarbeiter und die Gesundheitsversorgung der Hamburger Bevölkerung.

Schließlich bitte ich Sie, die Herausforderungen im Gesundheitswesen zum Wohle der Stadt und der Menschen anzunehmen und bei den Entwicklungen nicht im Bremserhäuschen zu stehen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat jetzt Herr Barth-Völkel.

**Wolfgang Barth-Völkel** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: \* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Grund, glauben Sie das eigentlich, was Sie hier erzählen, oder ist das wieder einfach nur Geplänkel von der Gewerkschaft?

Wieder einmal darf sich die Bürgerschaft mit dem Thema „LBK-Verkauf“ beschäftigen und wieder einmal versuchen Sie, meine Damen und Herren von der SPD, mit Panikmache Politik zu betreiben. Anders kann man das Volksbegehren von Ver.di, für das Sie sich hier in die Bresche werfen, nicht bezeichnen. Aber in so einer Situation können Fakten außerordentlich heilsam sein und vielleicht auch ein bisschen Klarheit in die Diskussion bringen.

Lassen Sie mich dieses eines nach dem anderen aufdröseln. Wir haben hier – und Sie wissen genau, dass der jetzige Senat erst durch Sie in diese Situation gekommen ist – den Verkauf des LBK einzuleiten, denn Sie waren es doch, die keinerlei Rücklagen für die Pensionszahlungen gebildet haben, als Sie den LBK 1995 in eine Anstalt des

C

D

(Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A öffentlichen Rechts überführt haben. Sie haben keine Rücklagen gebildet, obwohl Sie wussten, dass diese Kosten auf den LBK und damit auf die Stadt zukommen würden. Ihretwegen lasten auf dem LBK bereits 200 Millionen Euro Schulden für die Pensionszahlungen und jedes Jahr werden es 35 Millionen mehr. Aber wir dürfen Ihre Versäumnisse bereinigen und Sie haben nichts Besseres zu tun, als uns dabei auch noch Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Michael Neumann SPD*: Es ist das Volk!)

Ich frage mich wirklich, ob es Ihnen nicht peinlich ist, dass gerade Sie von der SPD dieses Thema zur Aktuellen Stunde angemeldet haben.

Der LBK benötigt außerdem circa 850 Millionen Euro. 350 Millionen davon, das hatten wir schon in der Sitzung im November besprochen, sind dringend benötigte Investitionen, die die ehemaligen Senate der SPD und der GAL immer vor sich hergeschoben haben. Außerdem fehlen noch einmal 500 Millionen Euro, die der LBK für einen Fonds benötigt, aus dem die Pensionszahlungen für die ehemaligen Mitarbeiter des LBK finanziert werden können. Diese Gelder hat die Stadt nicht, und zwar aufgrund der katastrophalen – jetzt kommt es natürlich wieder – 44 Jahre, die Sie die Stadt in den Ruin getrieben haben. Ein Beispiel dieser katastrophalen Politik ist eben auch die Art und Weise der Entstehung des LBK.

Was man eigentlich nur noch als Ungeheuerlichkeit bezeichnen kann, ist die Tatsache, dass Sie als SPD-Abgeordnete hier wissentlich gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger handeln. Sie machen sich zum Werkzeug der Gewerkschaftsinteressen, die nicht im Einklang mit den Interessen der Menschen in dieser Stadt stehen. Ver.di sagt bewusst die Unwahrheit, wenn behauptet wird, die Stadt steuere auf eine Zwei-Klassen-Medizin zu. Das ist eine faustdicke Lüge von Ver.di und das wissen Sie auch ganz genau.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Die medizinische Versorgung auf hohem Niveau aller Hamburger Bürgerinnen und Bürger ist gewährleistet und wird es auch in jeder denkbaren Konstellation eines LBK-Verkaufs in Zukunft sein. Daran kann kein ernsthafter Mensch Zweifel haben, denn gerade umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn wir es schaffen, die drückende Schuldenlast des LBK zu nehmen, dann können wir dieses medizinische Niveau weiterhin finanzieren. Ein Unternehmen, dem irgendwann die liquiden Mittel ausgehen, muss zwangsläufig zusammenbrechen und dann wäre die Versorgung der Menschen wirklich gefährdet. Das müsste selbst ein Gewerkschaftsfunktionär mit begrenztem Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge verstehen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Das Gleiche gilt für die Arbeitsplätze im LBK. Gerade Ver.di sollte wissen, dass jeder private Investor Verträge unterschreiben muss, durch die die Arbeitsplätze und auch die Arbeitsbedingungen weitestgehend erhalten werden. Wenn wir aber nicht verkaufen, wird es den LBK irgendwann gar nicht mehr geben und dann sind die Arbeitsplätze entweder ganz weg oder entstehen in geringer Anzahl und unter möglicherweise schlechteren Bedingungen neu.

Was hier betrieben wird, ist eine unzulässige Verunsicherung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des LBK. In Wahrheit versucht Ver.di, auf dem Rücken der Bürger die Interessen der Gewerkschaft durchzusetzen, die nicht einmal mit den Interessen der Mitglieder dieser Gewerkschaft übereinstimmen. Ver.di betätigt sich mit diesem Volksbegehren wieder in der üblichen gewerkschaftlichen Manier als Bremser und Betonklotz.

Wieso wundern Sie sich bei den Gewerkschaften überhaupt darüber, dass sie in der Bevölkerung als unbewegliche Betonköpfe wahrgenommen werden.

(*Jens Kerstan GAL*: Reden Sie doch mal zur Sache!)

Sie nehmen doch Notwendigkeiten absichtlich nicht wahr, um sich von möglicherweise unbequemen Fakten nicht ins Bockshorn jagen zu lassen.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt** (unterbrechend): Herr Barth-Völkel, Sie müssen unmittelbar zum Ende kommen. Sie sehen das Licht vor sich schon eine ganze Weile.

(*Ingo Egloff SPD*: Dem Kollegen ist das Licht noch nicht aufgegangen!)

**Wolfgang Barth-Völkel** (fortfahrend): Meine Damen und Herren! Sie können sicher sein, dass unser wichtigstes Ziel die Sicherung der medizinischen Versorgung der Hamburger Bürger und Bürgerinnen ist, und dieses Ziel werden wir verfolgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt**: Das Wort hat jetzt Frau Dr. Freudenberg.

**Dr. Dorothee Freudenberg** GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die GAL-Fraktion unterstützt das Begehren „Gesundheit ist keine Ware“, so wie sie auch im letzten November die Volksinitiative unterstützt hat. Die Forderung, dass bei dem anstehenden Teilverkauf des LBK mindestens 50,1 Prozent der Anteile im Besitz der Hansestadt bleiben müssten, ist nach wie vor richtig.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Burkhardt Müller-Sönksen FDP*: Tatsachenbehauptung!)

Der Senat betont selbst, dass in einem belastbaren Vertrag mit dem gesuchten strategischen Partner Folgendes geklärt sein müsse: Erstens soll der Vertrag über eine Generation halten, zweitens bleibt Hamburg Hauptsitz des Unternehmens, drittens bleibt die medizinische Versorgung auf hohem Niveau gesichert, viertens investiert der strategische Partner zusätzlich in überregional bedeutende medizinische Schwerpunkte und die Interessen – Herr Barth-Völkel, hören Sie gut zu – der Mitarbeiter werden berücksichtigt.

(*Uwe Grund SPD*: Ja, berücksichtigt!)

Wie der Senat die Einhaltung dieser verabredeten Ziele, die wir weitgehend teilen, jedoch garantieren möchte, dazu bleibt er jede Antwort schuldig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dass der Senat in der entscheidenden Frage der politischen Steuerung keinen Schritt weitergekommen ist,

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL)

- A sieht man daran, dass die neue Pressemitteilung der Finanzbehörde vom 5. Mai in ihren entscheidenden Passagen wortwörtlich mit dem übereinstimmt, was Herr Finanzsenator Peiner im LBK-Forum – das haben Sie alle bekommen – im November mitgeteilt hat. Der Kernsatz ist:

„Lassen sich diese Aspekte“

– die ich eben genannt habe –

„nicht vertraglich fixieren, wird die Stadt 51 Prozent des LBK Hamburg behalten.“

Das finden wir völlig richtig. Herr Barth-Völkel, wenn Sie nun sagen, dieses ganze Volksbegehren sei Panikmache der Gewerkschaft, dann ist das mal wieder völlig daneben. Da ist Ihr Senator sehr viel weiter, denn der Senator hat selbstverständlich, wie er in diesem Artikel dem LBK auch gesagt hat, die Beschäftigten in diese Fragen einbezogen. Selbstverständlich sind sie beteiligt, auch die Personalräte, denn Ihr Senator sagt, dass die Beschäftigten einen Anspruch darauf hätten, dass Entscheidungen ihres Arbeitgebers unter Berücksichtigung ihrer Interessen getroffen werden. Da können Sie gegen die Gewerkschaft wettern, wie Sie wollen, das ist doch einfach völlig blöd.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Was will denn dann die Gewerkschaft?)

Und wenn Sie jetzt noch sagen, die Gewerkschaft lüge, dann frage ich mich, warum die Präsidentin da nicht gebimmelt hat.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Sind Sie in einer Gewerkschaft?)

– Nein, aber ich nehme die Interessen der Gewerkschaft ernst. Ich bin nicht in der Gewerkschaft, aber das ist ja hier wohl nicht die Frage.

B

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte noch einmal auf den Satz des Senators zurückkommen. Wenn er diese Aspekte also nicht garantieren kann, dann wird die Stadt 51 Prozent behalten. Aus unserer Sicht sieht es so aus, dass er keine Lösung finden wird und deshalb die Mehrheit bei der Stadt bleiben muss. Die GAL-Fraktion hat im März in einer Kleinen Anfrage nach den Möglichkeiten der politischen Steuerung gefragt, die sich aus unterschiedlichen Konstellationen ergeben würden, also je nach Gesellschaftsform, ob der LBK eine Aktiengesellschaft oder eine GmbH wird, ob bei der Stadt 51 Prozent oder nur 26 Prozent der Anteile bleiben. Wir haben auf all diese Fragen keine Antwort bekommen und von daher meinen wir, dass der Senat es wirklich nicht weiß. Auch weil diese Fragen schwierig sind und keinerlei Antwort in Sicht ist, halten wir das Volksbegehren für absolut berechtigt,

(Rolf Kruse CDU: Nein, die dürfen das auch!)

denn Gesundheit ist keine Ware. Der Senat muss uns endlich erklären, wie er den Sicherstellungsauftrag wahrnimmt, wie er also auf Dauer die lückenlose und qualitativ hochwertige Versorgung der Hamburger Bevölkerung mit Krankenhausleistungen garantieren möchte. Wie wird der Senat also verhindern, dass sich ein privater Investor von den Versorgungssegmenten trennt, die sich finanziell nicht lohnen? Dass es das gerade bei dem neuen DRG-System gibt, wissen wir. Wir müssen wissen, wie Kinderkliniken weiter finanziert werden, wie eine langfristige Rehabilitation finanziert werden kann, wie die sehr aufwendige Versorgung von Aidskranken finanziert wird und so weiter.

Meine Damen und Herren! Dieses Volksbegehren ist notwendig und wir sind sicher, dass es auch Erfolg haben wird. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

(Michael Neumann SPD: Jetzt kommt die reine Lehre!)

**Dr. Wieland Schinnenburg FDP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Grund, sehr geehrte Frau Freudenberg, ich bin Ihnen außerordentlich dankbar. Sie haben zum soundsovielten Mal vorgeführt, wie gut es ist, dass Sie nicht mehr in dieser Stadt regieren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wenn Sie weiter regieren würden, würde Wunschdenken weiter Grundlage politischer Entscheidung sein, und das ist unerträglich.

Die Aktion „Gesundheit ist keine Ware“ ist eine bewusst irreführende und unverantwortliche Kampagne.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP und Rolf Kruse CDU: Ja!)

Es fängt schon mit dem Titel an. In Wirklichkeit, vielleicht haben Sie es nicht gemerkt, sollen doch Krankenhäuser verkauft werden und keine Gesundheit; diese Manipulation setzt sich fort.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das ist ja nicht zu fassen!)

Hier ist das Flugblatt der Gewerkschaft; da findet sich folgender Satz:

„Ein gesundes Unternehmen, das schwarze Zahlen schreibt.“

Oder es findet sich der Satz:

„Ein Herzstück ... sozialen Hamburg: Hochmodern, völlig gesund und bestens gerüstet für die Zukunft.“

Das ist Ihr Wunschdenken. Tatsache ist, dass der LBK allein im Jahr 2001 zusätzliche Kassenkredite bei der Stadt in Höhe von 150 Millionen Euro aufgenommen hat.

(Rolf Kruse CDU: Hört, hört!)

Tatsache ist, dass der LBK Pensionslasten von fast 500 Millionen Euro zu schultern hat. Tatsache ist, dass beim LBK ein erheblicher Investitionsstau besteht. Von einem gesunden Unternehmen kann keine Rede sein.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die Manipulation geht weiter. Die Gewerkschaften erwecken den Eindruck, es gebe eine Alternative zur Privatisierung; auch dieses ist reines Wunschdenken. Tatsächlich hat der LBK – das wurde bereits gesagt – angesichts seiner finanziellen Lage ohne Hilfe von außen überhaupt keine Zukunft. Tatsächlich kann die Stadt angesichts der Haushaltslage eine größere Finanzhilfe gar nicht leisten. Tatsächlich werden private Investoren nur dann einen ausreichenden Kaufpreis zahlen, wenn sie auch das Sagen haben, also die Mehrheit. Der von der Koalition eingeschlagene Weg ist der einzig mögliche.

C

D

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

- A Im Übrigen zeigen private und freigemeinnützige Krankenhäuser auch in Hamburg, dass Patienten und Mitarbeiter bei ihnen gut aufgehoben sind. Ich verstehe gar nicht das ständige Misstrauen, das Sie schüren wollen.

(Ingo Egloff SPD: Darum geht es doch gar nicht! – Gegenruf von Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Genau darum geht es!)

Wir sollten weiter bedenken, dass viele Gewerkschafter im Aufsichtsrat des Landesbetriebs Krankenhäuser sitzen. Das heißt, sie sind nicht nur informiert, sondern für die Lage des LBK mitverantwortlich.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Außerdem waren es die Parteigenossen der Gewerkschaft, nämlich die SPD, die 1995 dem LBK die Pensionslasten aufgebürdet und ihn ohne vernünftige Zukunft losgeschickt haben. Sie sind für die Lage, in der wir jetzt sind, verantwortlich.

Wenn man sich das vor Augen führt, erkennt man natürlich ein weiteres Motiv der Gewerkschaftsfunktionäre. Sie wollen nicht nur ihr Ego befriedigen, sie wollen auch vom eigenen Versagen ablenken. Das ist ein weiteres Motiv dieser Kampagne.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Am Ende fällt eine Person ganz besonders auf. Wolfgang Rose, der Chef von Ver.di Hamburg.

(Rolf Kruse CDU: Ansonsten fällt er nicht auf!)

- B Herr Rose ist seit Jahren Mitglied im Aufsichtsrat des LBK. Er ist also in der Tat für die Lage des LBK mitverantwortlich. Herr Rose verweigert dem LBK die einzig mögliche Zukunftsperspektive, obwohl er als Mitglied des Aufsichtsrats eigentlich dem Wohl des Unternehmens verpflichtet ist. Herr Rose täuscht die Öffentlichkeit über die Lage des LBK und spielt mit unberechtigten Ängsten.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Fürwahr, das Verhalten von Herrn Rose ist erschreckend. Ich fordere Herrn Rose auf, als Mitglied des Aufsichtsrats des LBK zurückzutreten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Dr. Petersen.

**Dr. Mathias Petersen SPD:** Frau Präsidentin! Herr Schinnenburg, wenn man das so hört, dann fragt man sich, wer dieses Pleiteunternehmen eigentlich kaufen soll.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Es gibt noch eine Haftung!)

Diejenigen schüren Ängste, die sagen, dass das Unternehmen sofort pleite gehen würde, wenn das Unternehmen nicht sofort verkauft wird.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das ist aber so!)

Sie schüren diese Ängste gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; das ist unerhört!

(Beifall bei der SPD und der GAL – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Wir machen das schon richtig!)

– Herr Müller-Sönksen, hören Sie doch einfach einmal zu. Wir wissen, dass Sie immer alles richtig machen; das haben Sie auch in den letzten Jahren getan.

(Beifall bei der FDP)

Wo bleibt denn der Beifall von den Koalitionären?

(Beifall bei Horst Zwengel Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Hören Sie bitte einfach einmal zu.

Für den LBK hat es in den letzten fünf Jahren einen Konsolidierungskurs gegeben, der auch die Schließung des Hafenkrankenhauses zur Folge hatte. Ich habe von Ihnen nicht viel Schwung erlebt, diesen Kurs zu unterstützen.

(Petra Brinkmann SPD: Im Gegenteil!)

Im Gegenteil. Sie haben das nicht unterstützt, was wir für den LBK getan haben. Aber wer hat dieses getan? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den letzten fünf Jahren eine riesengroße Leistung erbracht haben. Ihnen gilt unser Dank!

(Beifall bei der SPD und bei Jens Kerstan GAL – Rolf Kruse CDU: Und nun zur Sache!)

Ich möchte – wenn es um die Pensionszahlungen geht – die Antwort aus einer Kleinen Anfrage vom 21. Januar 2003 zitieren:

„Die betriebliche Altersversorgung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBK Hamburg ist durch die in der Drucksache 16/4914 dargestellten Maßnahmen auf eine finanziell tragfähige Basis gestellt worden. Dies schließt eine Regelung zur Abgeltung der Ansprüche ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht aus.“

D Also haben wir – wie Sie aus dieser Antwort entnehmen können – dieses Problem angefasst und auch geklärt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL – Zuruf von Rolf Kruse CDU)

– 2003.

(Rolf Kruse CDU: Da waren Sie doch dran!)

– Ich glaube nicht, Herr Kruse, dass wir 2003 noch an der Regierung waren. So, nun haben Sie es wohl verstanden.

Unser Bürgermeister – ich kann ihn jetzt gar nicht sehen – hat gesagt, dass der gute Name des LBK bekannt sei und er uns viel wert sein sollte. Dann wollen wir einmal schauen, was er wert sein wird.

In dieser Kleinen Anfrage wurden Motive genannt, warum der LBK verkauft werden muss. Stärkung des Wirtschaftsstandortes: Das können wir unterstützen. Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen sowie Sicherstellung der medizinischen Versorgung: Das ist in Ordnung. Jetzt kommt aber das wahre Motiv. Es lautet: Konsolidierung des Haushalts durch Verringerung der Risiken und Entlastung von zukünftigen Zahlungsverpflichtungen. Das wollen Sie mit dem Verkauf des LBK erreichen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Rolf Kruse CDU: Woher wissen Sie das?)

Kommen wir doch einmal zu den Zielen derjenigen – Herr Grund hat es schon angesprochen –, die den LBK kaufen wollen: 10 Prozent Rendite. Was bedeuten diese 10 Prozent? Natürlich eine effektivere Wirtschaftlichkeit und – bei 70 Prozent Personalkosten – die Entlassung von Personal. Viel wichtiger ist aber, dass dies auch die Selektion von Behandlungen bedeutet.

(Dr. Mathias Petersen SPD)

A (Rolf Kruse CDU: Woher wissen Sie das?)

Man kann nur eine Rendite erreichen, wenn man an der Behandlung auch etwas verdient, aber keine erreichen, wenn man nichts verdient.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, dass es vorkommen kann, dass Bluter in Berlin behandelt werden müssen. Die Gesundheit verkommt so zur Ware!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der Senat muss die Verantwortung dafür übernehmen, dass der LBK nicht zulasten der Hamburger Patientinnen und Patienten zerschlagen wird, und darf sich nicht aus der Verantwortung schleichen. Das geht nicht.

Die Versorgung von Hamburgerinnen und Hamburgern in Krankenhäusern muss – genauso wie die Trinkwasserversorgung – auf Dauer durch die Stadt abgesichert sein. Zeigen Sie an dieser Stelle Verantwortung. Wir stehen zum LBK und natürlich unterstützen wir die Initiative „Gesundheit ist keine Ware“. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Tants.

**Henning Tants** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Grund, Sie haben dem Parlament und der Öffentlichkeit in dieser Stadt ein schlimmes Schauspiel geboten.

B

(Dr. Andrea Hilgers und Barbara Duden, beide SPD: Och, Herr Tants!)

Ich möchte das begründen.

In Paragraph 17 Absatz 2 des Gesetzes über den LBK ist ausdrücklich – das können Sie später gern nachlesen – eine mögliche Überführung der gesamten Anstalt – mit entsprechenden Regelungen für die Arbeitnehmer – in eine andere Trägerschaft ohne Mehrheitsbeteiligung der FHH vorgesehen, die von den Gewerkschaften dort mit eingebracht worden ist.

Ich habe in die Protokolle geschaut. Der gleiche Herr Grund, der heute sagt, dass er dieses ablehne, hat diesem Paragraphen 17 Absatz 2 und dem Gesetz zum LBK zugestimmt. Auch Herr Pumm hat dem zugestimmt.

(Michael Fuchs CDU: Na, so was!)

Das heißt, die SPD hat gesagt – so steht es im Protokoll –, dass dieses Gesetz mit all seinen Facetten zukunftsweisend sei. Sie haben dieses also schon in das Gesetz hineingeschrieben und die Gewerkschaftsvertreter im Parlament waren damit einverstanden. Heute sagen Sie aber, dass das, was Sie damals beschlossen haben, skandalös sei, dazu müsse ein Volksbegehren stattfinden. Das ist unredlich.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Herr Rose, wo war denn der Protest von Ver.di gegen diesen Passus im Gesetz? Sie können doch lesen. In den Protokollen, die ich durchgeschaut habe, steht davon nichts drin. Ich habe auch die Protokolle der Ausschusssitzungen

durchgeschaut. Dort findet sich kein Protest der Gewerkschaften gegen diesen Passus.

C

(Rolf Kruse CDU: So sind sie!)

Aber heute wollen Sie ein Volksbegehren, das ist klasse! Das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Noch zu zwei Dingen zur Konsolidierung in der Drucksache über den LBK. Das hat die Stadt im Jahre 2000 noch einmal zusätzlich 106 Millionen Euro gekostet, die wir mitgetragen haben.

(Rolf Kruse CDU: Donnerwetter!)

Das musste sein. Jetzt schreiben wir das Jahr 2003.

(Rolf Kruse CDU: Ein Jahr weiter!)

Im Bereich des LBK haben wir mehr als eine halbe Milliarde Euro an Verbindlichkeiten. Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Zuckerer, hat in der vorletzten und auch in der letzten Haushaltsdebatte völlig zu Recht gesagt, dass sich Hamburg in einer völlig dramatischen Haushaltslage befände und neue Schritte gehen müsse.

Wenn Sie sagen, dass Ihr damaliger Beschluss skandalös war und heute über eine halbe Milliarde Euro Schulden vorhanden sind – ich spreche nur von den Verbindlichkeiten, noch nicht einmal von den Investitionsnotwendigkeiten –, dann müssen Sie auch sagen, wo diese Summe herkommen soll.

(Bernd Reinert CDU: Richtig!)

Sie können heute nicht einfach sagen: Was stört mich mein Geschwätz von gestern. Sie haben ein Gesetz beschlossen und kein Geschwätz.

D

(Rolf Kruse und Bernd Reinert, beide CDU: Genau!)

Sie sagen, was stört mich mein Gesetzesbeschluss, den ich über viele Jahre für gut befunden habe. Nun muss noch eine halbe Milliarde Euro her und andere – vielleicht die Kindergärten, die Schulen oder ähnliche Einrichtungen – müssen ein wenig zurücktreten. Sie müssen auch sagen, woher Sie die halbe Milliarde Euro nehmen wollen.

Wenn ich mir alles zusammen anschau, dann ist dieses – das sage ich Ihnen, Herr Grund, sowohl als Gewerkschaftsvertreter als auch als Politiker, das kann man hier nicht so ganz auseinander halten –,

(Rolf Kruse CDU: Jedenfalls Herr Grund nicht!)

zutiefst unredlich.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Rutter.

**Rolf Gerhard Rutter** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte kurz etwas zum Wert von Umfragen sagen.

Wenn ich ein Volksbegehren mit dem Ziel starte, dass jeder ein Auto geschenkt bekommt, dann möchte ich wissen, wer das ablehnt.

(Rolf Kruse CDU: Alle Grünen!)



(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Ein bisschen mehr Ehrlichkeit sollte bei diesen Dingen schon an den Tag gelegt werden. Dazu gehört zum Beispiel die Frage: Wer würde dieses Volksbegehren noch unterschreiben, wenn dazu gesagt wird, dass jeder Hamburger, ob Wickelkind oder Greis, ob Schüler oder Sozialhilfempfänger, 300 Euro mitbringen muss, damit das Unternehmen LBK erhalten bleibt? Dann sähe es etwas anders aus.

Wir wollen uns um Investoren kümmern. Im Moment ist aber keiner in Sicht, der bereit wäre, diesen Schuldenberg und damit das Unternehmen zu übernehmen. Wir sollen auch ehrlich genug sein, den Mitarbeitern zu sagen: Wenn wir kein Geld zuschießen, dann geht das Unternehmen Pleite. Was passiert dann mit den Mitarbeitern? Unternehmen, die Pleite gehen, pflegen üblicherweise ihre Mitarbeiter nicht auf Rosen zu betten.

Weiterhin ist auch zu beachten: Wenn wir solche Behauptungen aufstellen, dann sagen wir damit gleichzeitig, dass die bisher sehr gut arbeitenden und sehr gut geführten Krankenhäuser wie das Albertinen-Krankenhaus, das Marien-Krankenhaus oder andere nichts leisten. Das stimmt doch nicht. Sie können es genauso gut und teilweise sogar besser, und zwar ohne Schulden zu machen.

Erzeugen Sie bitte keine Panik, sondern arbeiten Sie mit daran, dass es in Hamburg eine ordentliche Gesundheitsversorgung gibt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Kerstan.

- B **Jens Kerstan** GAL:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn es heute eines Beweises bedurft hätte, dass dieses Volksbegehren notwendig ist, dann hat das diese Debatte ganz eindeutig gezeigt. Zum eigentlichen Punkt, um den es bei diesem Volksbegehren geht, ob nämlich die Stadt Hamburg 49,9 Prozent oder 50,1 Prozent verkauft – das ist eine Differenz von 0,2 Prozent –, hat kein einziger Vertreter der Regierungskoalition auch nur ein Wort verloren. Es kam nur platte Rhetorik gegen Mitarbeiter und Gewerkschaften, die mit diesem Thema herzlich wenig zu tun haben.

(Unmutsrufe von der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Sorge der Bevölkerung in Hamburg ist das eigentliche Thema. Dies zeigt sich allein darin, dass 15 000 Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt diese Volksinitiative unterstützt haben. Das nehmen Sie überhaupt nicht ernst. Dazu sagen Sie nichts. Daher ist es auch notwendig, dass ein Senat, der sich selbst Bürgersanat nennt, von den Bürgern gesagt bekommt, was sie in dieser Stadt bewegt. Das ist richtig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es geht hier um die Frage: Kann die Gesundheitsversorgung in Hamburg durch den LBK sichergestellt werden, wenn die Stadt Hamburg ihre Mehrheit verkauft? Wenn der Senat darauf eine klare Antwort geben und darlegen kann, dass dies durch diesen Passus oder jene Formulierung im Vertragsentwurf sichergestellt ist, dann könnte man darüber reden und streiten. Wenn dabei eine vernünftige Lösung herauskommen würde, dann könnte ich mich damit vielleicht auch einverstanden erklären. Aber es kommt

nichts von Ihnen. Sie verweigern nicht nur hier im Parlament, sondern auch in den Unterausschüssen konsequent jede Antwort, wie dieses sichergestellt werden kann.

Für die Sitzung des Unterausschusses „Vermögen und öffentliche Unternehmen“, der den LBK-Verkauf in einer nicht öffentlichen Sitzung beraten wollte, waren vier Senatsvertreter geladen; von ihnen ist kein einziger gekommen. Die Antworten wurden nicht gegeben. Sie verweigern jegliche Antwort, wie Sie das sicherstellen wollen. Das machen wir nicht mit und zur Not muss dann eben das Volksbegehren erfolgreich sein.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Auch die Rechtsform des LBK wird eine wesentliche Rolle spielen, damit das, was Sie als frommen Wunsch äußern, auch in die Realität umgesetzt werden kann. Das sage ich Ihnen als Grüner, denn wir haben damit schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht.

Als wir an der Regierung waren, gab es ein öffentliches Unternehmen – die HEW –, das mehrheitlich im Besitz der Hansestadt Hamburg war. Es war dem Mehrheitseigner nicht möglich, diesem Unternehmen vorzuschreiben, welche Kraftwerke oder Ähnliches betrieben werden sollen, weil es als Rechtsform einer Aktiengesellschaft geführt wurde. Der Vorstand einer Aktiengesellschaft ist verpflichtet, stets die Möglichkeit zu wählen, die den maximalen Ertrag bringt. Wenn er dies nicht tut, hat jeder einzelne Aktionär ein Klagerecht. Deshalb war es uns damals nicht möglich – obwohl der politische Wille vorhanden war –, das umzusetzen, was politisch gewollt war, weil dies bei der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nicht geht.

Wir haben den Senat gefragt: Wollen Sie den LBK in eine Aktiengesellschaft umwandeln, um zu verhindern, dass bestimmte Standards sichergestellt werden? Darauf erhielten wir weder im Parlament noch im Ausschuss eine Antwort. Auch den Bürgern wurde nichts dazu gesagt. Daher drängt sich förmlich der Eindruck auf, dass Sie darauf keine Antwort haben, letztendlich ist Ihnen diese Antwort auch egal. Es geht Ihnen darum, den LBK wie eine heiße Kartoffel fallen zu lassen, Sie wollen die finanziellen Verpflichtungen und die Verantwortung loswerden. Dazu sind wir nicht bereit. Darum unterstützen wir dieses Volksbegehren. Wir hoffen, dass es Erfolg haben wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Senator Dr. Peiner.

**Senator Dr. Wolfgang Peiner:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute Morgen hat Herr Professor Biedenkopf im großen Festsaal des Rathauses eine grundsätzliche Rede über die Rolle des Staates, des Marktes, die Eigenverantwortung, den Wettbewerb und über Veränderungsprozesse gehalten. Herr Professor Biedenkopf hat Ihren Bundeskanzler als jemanden gelobt, der offenbar verstanden hat, dass Veränderungsprozesse nötig sind, dass dieser Staat eine Rolle hat, aber dass man über diese Rolle neu nachdenken sollte. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn Sie bei der Rede dabei gewesen wären

(Michael Neumann SPD: Wir werden ja nicht mehr eingeladen!)

und gehört hätten, dass mittlerweile zumindest Ihr Bundeskanzler und Parteivorsitzender die Veränderungsnot-

(Senator Dr. Wolfgang Peiner)

- A wendigkeiten des Staates erkannt hat. Dann könnten Sie sich vielleicht auch den Besuch am heutigen Abend in der Fischauktionshalle ersparen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Bevor sie über die Frage Ängste schüren,

(Michael Neumann SPD: Jemand, der mit Herrn Schill im Senat sitzt, der muss solche Rede halten!)

wer für die Qualitätssicherung im Gesundheitsbereich zuständig ist, empfehle ich Ihnen einen schlichten Blick in das Sozialgesetzbuch V. Alle Regelungen, Instrumente und Maßnahmen der Qualitätssicherung im Krankenhausbereich gelten unabhängig von der Rechtsform und der Eigentümerstruktur des betreffenden Krankenhauses. Seien Sie sicher: Wir haben uns das Ziel, die medizinische Versorgung auf hohem Niveau und zu bezahlbaren Preisen zu sichern, nicht nur vorgenommen, sondern nehmen es auch ernst. Wir werden dieses Ziel auch in Zukunft voll erfüllen.

Wenn Sie in das Sozialgesetzbuch schauen – ein Blick in die Gesetzgebung kann nie schaden –, dann werden Sie feststellen, dass die Qualitätssicherung und die Qualitätskontrolle im Krankenhaussektor eine Aufgabe der Selbstverwaltung ist. In Paragraph 137 des Fünften Sozialgesetzbuches steht, dass eine gemeinsame Verantwortung der Spitzenverbände der Krankenkassen und der Deutschen Krankenhausgesellschaft besteht. Es gibt eine Arbeitsgemeinschaft „Externe Qualitätssicherung“, die unter Einbeziehung der Ärztekammer Hamburg genau sichert, wie die Anforderungen an eine bezahlbare Qualität in der Gesundheitsvorsorge auszusehen hat.

- B Sie wissen doch wie ich, dass Qualitätsstandards unabhängig von der Frage eingehalten werden, ob der Anbieter ein öffentlich-rechtlicher oder ein privater Träger ist. Herr Rutter hat schon darauf hingewiesen, dass es gerade in Hamburg gute Beispiele privater Krankenhäuser und Diakonie-Krankenhäuser gibt, die beweisen, dass Qualitätssicherung von der Frage, wer Eigentümer ist, unabhängig ist.

Gesundheit braucht Verantwortung und Kompetenz, aber keine Polemik. Gehen Sie davon aus, dass wir dieser Verantwortung gerecht werden, aber die Entscheidung darüber den Gremien überlassen, die der Gesetzgeber – der Bundestag und der Bundesrat – dafür vorgesehen haben.

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt** (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Müller?

**Senator Dr. Wolfgang Peiner** (fortfahrend): Ja, gerne.

**Zwischenfrage von Farid Müller GAL:**\* Herr Senator, Sie haben etwas über Qualitätssicherung und Selbstverwaltung gesagt. Sehen Sie es so, dass durch das Sozialgesetzbuch gesichert ist, auch das Angebot durch die Selbstverwaltung zu regeln, für welche bestimmte Region oder Stadt dies gelten soll? Wer soll das kontrollieren?

**Senator Dr. Wolfgang Peiner** (fortfahrend): Ich glaube erstens, dass Hamburg ein ausreichendes Gesamtangebot auch durch private Träger hat

(Petra Brinkmann SPD: Noch!)

und dass Sie, zweitens, davon ausgehen können, dass alle Träger, egal ob staatlich, gemeinnützig oder privat, der

Verantwortung des Gesetzes gerecht werden. Nennen Sie mir einen Fall, wo ein privater Träger in Deutschland der Verantwortung des Sozialgesetzbuches bisher nicht gerecht wurde. Es gibt keinen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die zweite Dimension ist das finanzpolitische Thema, das ich nur am Rande streifen möchte. Seit 1995 ist dieses finanzpolitische Problem nicht gelöst. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass wir auf der einen Seite Altlasten und auf der anderen Seite einen erheblichen Investitionsbedarf für die Zukunft haben.

Wir müssen schlicht feststellen – das wissen Sie alle –, dass wir als Freie und Hansestadt Hamburg beides, nämlich die Bezahlung der Altlasten und den zukünftigen Investitionsbedarf für den LBK, nicht erfüllen können. Wir brauchen einen Partner. Mit Recht sagt doch die Geschäftsführung des LBK: Wir haben erhebliche Sorgen, wenn wir keinen finanzstarken Partner finden. Das kann nicht im Interesse der Patienten und der Mitarbeiter sein.

(Farid Müller GAL: Das wollen wir auch nicht!)

Deswegen sagen wir ganz klar: Unser Ziel ist es, einen starken Partner für den LBK zu finden, der die gesundheitspolitischen Interessen und die Mitarbeiter- und Standortinteressen gleichermaßen berücksichtigt. Das ist wahrscheinlich der Unterschied zu Ihrer früheren Politik. Wir verkaufen nicht aus Geldinteresse.

(Christa Goetsch GAL: Sondern?)

Wir suchen Partner, um langfristig ein Unternehmen abzusichern, das für Hamburg eine wichtige strategische Bedeutung hat, das auch ein wichtiger Teil des Wettbewerbs in der Region und des Medizinclusters ist und das uns absichert, dass es auch in Zukunft ein vernünftiges Angebot in diesem Bereich geben wird.

Natürlich suchen wir einen starken Partner. Ich kann Sie nur bitten: Wenn Sie jemanden kennen, der sich mit unter 50 Prozent beteiligen und keinen Einfluss nehmen will, viel Geld mitbringt und keine Rendite sehen will, dann nennen Sie ihn uns. Ihn nehme ich doch sofort!

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Die Gewerkschaften!)

Ich wiederhole noch einmal: Wenn die gewerkschaftliche Pensionskasse bereit ist, als Minderheitspartner mehrere hundert Millionen Euro ohne Rendite zur Verfügung zu stellen, dann ist sie herzlich willkommen, der Datenraum ist geöffnet. Melden Sie sich doch bitte!

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir haben klar gesagt, dass wir in der Frage der Mehrheitsverhältnisse offen sind. Aber wir wollen, dass die von uns gesetzten Ziele mit dem Partner erfüllt werden. Hier gilt auch eines: Wir werden dabei auch die Interessen der Mitarbeiter im Auge haben. Es ist doch selbstverständlich, dass der Senat Anwalt der Mitarbeiter ist.

(Beifall bei Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

Bitte gehen Sie davon aus, dass wir unsere Verantwortung auch in diesem Bereich ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

C

D

(Senator Dr. Wolfgang Peiner)

- A Bei allen Privatisierungen von Krankenhäusern in der Vergangenheit hat es Vereinbarungen gegeben, die die Interessen der Mitarbeiter vernünftig abgesichert haben. Das wird auch hier der Fall sein.

Sie stellen die Frage, warum wir heute noch keine Einzelheiten nennen. Das wissen Sie doch genau. Wir sind mitten in einem Ausschreibungsverfahren und mitten in Verhandlungen. Wir haben uns vorgenommen, dieses bis September abzuschließen. Dann werden wir sehr genau wissen, welche Voraussetzungen vorhanden sind und wie der Partner aussieht, was er für die Sicherung der medizinischen Qualität des Standortes Hamburg und der Beschäftigung von Mitarbeitern tut und welchen finanziellen Beitrag er leisten wird. Wenn alle unsere Kriterien erfüllt sind, wären wir froh, einen solchen Partner gefunden zu haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Grund.

**Uwe Grund SPD:**\* Herr Rutter, Sie treten hier auf und erklären, die privaten Krankenhäuser hätten keine Schulden.

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Habe ich nie behauptet!)

Das zeugt von Ihrer totalen Ahnungslosigkeit in der Gesundheitspolitik.

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie können nicht richtig zuhören!)

- B – Natürlich haben Sie das gesagt. Wir können das ja nachlesen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Wettbewerb im Bereich der Krankenhäuser ist so groß und die Anstrengungen für die Investitionen sind so hoch geworden, dass sich sämtliche Krankenhäuser, ob sie staatlich oder privat sind, verschuldet haben, um diese Investitionen abzudecken. Das ist doch auch in der privaten Wirtschaft etwas völlig Normales. Es ist wirklich abartig, die Diskussion so zu führen.

Erster Punkt: Ich habe vorhin ausdrücklich erklärt, dass die SPD-Fraktion dafür ist, dass wir einen Partner in dieses Unternehmen holen, dass er sein Know-how einbringt, Rendite aus diesem Unternehmen erhält und es nach vorne bringt. Das muss aber keine Beteiligung von über 50 Prozent sein.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie suchen aber nicht einmal, Herr Senator, sondern Sie geben von vornherein die Mehrheit in die Debatte. Es ist natürlich klar – wenn Sie solche Angebote machen –, dass es entsprechende Reaktionen auf der Käuferseite gibt. Sie suchen diese Chance gar nicht. Logischerweise werden Sie diese gar nicht finden.

Zweiter Punkt: Wir sind dafür, dass die Trägervielfalt in der Stadt erhalten bleibt. Es gibt gemeinnützige und private Krankenhäuser sowie Krankenhäuser, die zum LBK gehören. Warum erhalten wir diese Vielfalt nicht und sichern so insgesamt auf wirklich gutem Wege die Strukturen der Gesundheitsversorgung in dieser Stadt? Wenn Ihnen, Herr Schinnenburg, schon die Gewerkschaften als Diskus-

sionspartner in dieser Frage nicht genehm sind, so haben Sie doch auf Ihrer eigenen Veranstaltung in Bergedorf erfahren können, dass auch die Kassenärztliche Vereinigung und die Verbände der anderen privaten Krankenkassen der gleichen Meinung wie wir und die Gewerkschaften sind, denn auch sie sind gegen die Privatisierung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich komme zu dem Besonderen, das sich Herr Tants erlaubt hat. Das ist wirklich ein dreistes Stück.

(Henning Tants CDU: Nein!)

Herr Tants, Sie müssen doch mindestens damit rechnen, dass jemand das nachliest, was Sie hier zitieren. Sie müssen zu dem von Ihnen gerade zitierten Paragraphen 17 sagen, um was es dort geht. Es geht darum, was im Zusammenhang mit der Überleitung, der Besitzstandsicherung und der Vorsorge für das Personal passiert. Dort steht: Wenn das Personal in eine Trägerschaft ohne Mehrheit übergeleitet wird, hat es ein Rückkehrrecht in die Dienste der Freien und Hansestadt Hamburg. Diese Klausel ist gewählt worden, um genau das zu verhindern, was Sie betreiben wollen. Es ist interessant, wie das durch den Senat gelöst wird.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich kann dies original zitieren:

(Henning Tants CDU: Genau das habe ich vorgelesen!)

„Die Freie und Hansestadt ist verpflichtet, im Falle einer Überführung der Gesamtanstalt in eine andere Trägerschaft ohne Mehrheitsbeteiligung, diese Mitarbeiter auf deren Wunsch unter Wahrung der bei der Anstalt erreichten Lohn- und Vergütungsansprüche ... zu übernehmen.“

Es geht um eine ganz andere Frage. In diesem Zusammenhang ist nämlich eindeutig daran gedacht, dass dies eben nicht erfolgen soll. Das ist die Realität, um die es heute geht.

Wir sind darauf gespannt und setzen darauf, dass die Bürger dieses erkennen. Wir wollen, dass die Krankenhäuser in Hamburg nach vorne gebracht werden. Dafür haben Sie unsere Unterstützung, private Unterstützung sollen Sie auch bekommen. Aber die Stadt und der Senat sollen in der Verantwortung bleiben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Herr Wersich.

**Dietrich Wersich CDU:** Herr Grund, es beißt doch keine Maus einen Faden ab. Sie haben die Möglichkeit einer Privatisierung in das Gesetz zum LBK gelegt.

(Dr. Willfried Maier GAL: Nein! – Petra Brinkmann SPD: Unsinn!)

Das hat Herr Tants vorgetragen. Genau das wird jetzt auch gemacht.

(Aha-Rufe bei der SPD und der GAL)

Ich komme zu den 50 Prozent beziehungsweise 49 Prozent. Sie kommen einfach nicht damit durch, dass Sie sagen: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Der Finanzsenator hat völlig Recht: Wer so viel Geld einbringt, muss auch das Sagen haben können. Man lebt

(Dietrich Wersich CDU)

- A doch hinter dem Mond, wenn man glaubt, dass einer kommt, der Geld abliefert und nicht das Sagen haben will. Das funktioniert nicht.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie waren doch selbst an den Gesprächen von Ortwin Runde beteiligt. Genau dieses ist doch bis zum Jahre 2001 von Ihnen versucht worden. Es hat doch Gespräche von Ihrer Regierung gegeben, den LBK bis zu einer Höhe von 49 Prozent zu verkaufen. Sie sind gescheitert, es ist nichts daraus geworden. Das weiß doch auch die Stadt. Dieses jetzt von uns zu fordern, obwohl Sie selbst vorher schon gescheitert sind, ist wirklich absurd.

Ein Wort zu Ihnen, Frau Dr. Freudenberg. Sie haben die völlig richtige Frage nach der Strukturierung gestellt. Wie kommen Sie aufgrund der Frage, wie wir das machen, zu der Meinung, dass man ein Volksbegehren betreiben muss, das von vornherein grundsätzlich ausschließt, dass wir das so machen? Das ist einfach nicht vernünftig. Warten Sie doch bitte ab, was vereinbart wird, lassen Sie uns dann die Diskussion führen und nicht von vornherein alles ausschließen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Herr Dr. Petersen, zum letzten Mal: Sie sind wirklich jede Begründung dafür schuldig geblieben, warum der Staat Krankenhäuser betreiben muss. Ich kann nur sagen, wer aus der Geschichte und aus der momentanen Krise in Deutschland etwas lernt, der weiß doch, dass der volkseigene Betrieb eine zerstörte Wirtschaft, eine zerstörte Umwelt und eine zerstörte Gesellschaft in Deutschland hinterlassen hat,

- B (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

der weiß doch, dass die soziale Marktwirtschaft trotz und würde ich sagen, gerade wegen des privaten Engagements und der Möglichkeit, Gewinne zu machen, für die Menschen im Ergebnis zu besserer Qualität, zu höheren Löhnen und zu mehr Wohlstand für alle Menschen geführt hat. Ich finde es abenteuerlich, dass man das hier immer wieder neu erklären muss. Also: Mir, und das sage ich ganz offen, sind Unternehmergewinne lieber als Unwirtschaftlichkeit und Staatsdefizite, für die der Steuerzahler dann aufkommen muss.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Erster Vizepräsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt die Abgeordnete Dr. Freudenberg.

**Dr. Dorothee Freudenberg** GAL: Vielleicht kommen wir jetzt ein bisschen weiter, meine Damen und Herren. Herr Wersich, Sie haben die richtigen Fragen gestellt, aber die hat Herr Senator Peiner auch gestellt. Es ist doch nicht so, dass dieses Volksbegehren festlegt, was gemacht wird. Wenn jetzt dieses Volksbegehren erfolgreich ist, heißt das, dass sich die Bürgerschaft noch einmal mit all diesen Fragen beschäftigen muss. Wenn die Bürgerschaft jetzt eine vernünftige Lösung erarbeitet, also wie der Auftrag der Stadt für die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung wahrgenommen werden kann, wie der LBK als Unternehmen mit einer guten Zukunft abgesichert werden und wie

das alles gelöst werden kann, dann ist es ja theoretisch möglich, dass ein so guter Vertrag gemacht wird, dass eventuell sogar die Mehrheit des Anteiles des LBK an den privaten Investor geht. Wenn all dies garantiert ist, dann würden die Initiatoren des Volksbegehrens nicht auf einem Volksentscheid bestehen. So ist es doch völlig klar: Es wird gesagt, es müsse garantiert werden, dass eben die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung sichergestellt wird.

(Dietrich Wersich CDU: Stimmt überhaupt nicht!)

– Doch, das stimmt so. Es ist so.

Nur wenn wir als Bürgerschaft diese Probleme nicht lösen können, die uns jetzt als Aufgabe gegeben werden, dann wird der Volksentscheid kommen und dann wird eine Abstimmung darüber gemacht werden, ob die Mehrheit bei der Stadt bleibt oder nicht. Ich finde das völlig richtig.

Damit ist völlig klar, dass wir diese wichtige, zentrale Aufgabe für die Stadt gemeinsam zu lösen haben. Packen wir es doch endlich an.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Petersen.

**Dr. Mathias Petersen** SPD: Herr Präsident! Herr Peiner, Sie haben mich richtig enttäuscht. Das muss ich wirklich sagen. Sie haben gesagt, Gesundheit brauche Verantwortung. Und dann haben Sie das Sozialgesetzbuch zitiert und haben gesagt, Qualitätsnormen seien überall gleich. Ich will Ihnen einmal sagen: Heute ist es schon so, dass die Qualitätsnormen durchaus die gleichen sind – aber die Behandlungsanwendungen nicht. Wenn ich einen Patienten habe, der schnell eine neue Hüfte braucht, wird immer erst gefragt, wie er denn versichert sei, und wenn er privat versichert ist, kriegt er sofort einen Platz. Wenn er nicht privat versichert ist, muss er zwei, drei Wochen warten.

(Dietrich Wersich CDU: Wo wird denn im LBK so verfahren, Herr Dr. Petersen?)

Und wie wird es denn werden, wenn es privatisiert ist?

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Man muss den Redner wieder hören können, denn ich muss ihn auch fragen können, ob er eine Zwischenfrage gestattet.

**Dr. Mathias Petersen** (fortfahrend): Von Herrn Schinnenburg immer.

**Zwischenfrage von Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Herr Dr. Petersen, könnten Sie kurz dem Auditorium mitteilen, wie lange die Wartezeit für Hüftoperationen im staatlichen britischen Gesundheitswesen sind?

(Zurufe – Wolfgang Franz SPD: Können Sie sagen, wie lange das in der Schweiz dauert?)

**Dr. Mathias Petersen** (fortfahrend): Ich weiß zwar nicht, wie das jetzt zusammenhängt, aber die Wartezeiten sind dort natürlich viel länger. Aber der Staat hätte ja durchaus Einfluss auf die Wartezeiten. Wenn wir das privatisieren, hat keiner von uns mehr Einfluss auf diese Wartezeiten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

(Dr. Mathias Petersen SPD)

- A Und deswegen ist es unredlich, davon zu reden, dass wir durch eine Privatisierung einen besseren Gesundheitsschutz für die Bürger haben.

Es hat hier keiner von Ihnen die Antwort gegeben, wie die Rendite stattfinden soll. Keiner von Ihnen hat sich hier hingestellt und gesagt: 10 Prozent Rendite werden wir erreichen, weil wir wirtschaftlicher arbeiten. Nein, die 10 Prozent Rendite kriegen Sie nur hin, wenn Sie in der Behandlung selektieren. Sie haben sonst gar keine anderen Möglichkeiten.

(Dietrich Wersich CDU: Das ist doch Quatsch!)

– Herr Wersich, wenn Sie sagen, dass das Quatsch sei, dann können Sie sich hier hinstellen und sagen, wie jemand 10 Prozent Rendite hat.

Wenn der LBK durchaus die Möglichkeit hat, 10 Prozent Rendite zu tragen, dann machen wir das doch als Stadt! Dann freuen wir uns doch, wenn wir 10 Prozent Rendite haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dietrich Wersich CDU: Genau daran sind Sie doch gescheitert!)

Wenn Sie sagen, Herr Peiner, dass Sie kein Geldinteresse haben, aber in der Kleinen Anfrage antworten, dass die Konsolidierung des Haushaltes ein Motiv sei, dann ist das auch nicht so ganz redlich. Also, stellen Sie sich hier hin, sagen Sie, wie die Rendite funktionieren soll, sagen Sie, wie das insgesamt funktionieren soll. Ich glaube, Sie werden keine Antworten dafür haben. Die einzige Antwort, die es hierfür gibt: Sie schleichen sich aus der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B **Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort erhält der Abgeordnete Müller-Sönksen.

**Burkhardt Müller-Sönksen** FDP: Herr Präsident, meine lieben Kollegen! Frau Freudenberg, erst einmal möchte ich den Wortlaut, den Sie hier eben gerade interpretiert haben, noch einmal zitieren, damit in die Diskussion wieder Schärfe hineinkommt. Das ist das offizielle Flugblatt der Gewerkschaft:

„Der Senat wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die Freie und Hansestadt Hamburg Mehrheitseigentümerin des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK), seiner einzelnen Krankenhäuser und anderen Einrichtungen bleibt.“

Sie haben ja gerade eben versucht, eine andere Deutung, die darüber hinausgeht, zu suggerieren.

Herr Kollege Grund, ich frage mich, ob nicht beides möglich sein kann, dass wir auf der einen Seite feststellen, dass wir privates Kapital nach Hamburg hineinführen, um mit den vorhandenen Mitteln, die wir in Hamburg haben und die begrenzt sind, mehr für die Hamburger Bürger zu tun, als es jetzt der Fall ist. Für mich steht fest: Hamburg bleibt bei seinem Engagement für die Krankenhäuser und für die Gesundheit unbeschränkt in gleicher Höhe zuständig und will das auch einbringen, aber wir werden sehr viel privates Kapital zusätzlich in die Stadt hineinholen.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Dr. Andrea Hilgers SPD: Wie denn?)

Ein weiterer Punkt ist: Ich glaube den gewerkschaftlichen Ansagen nicht, dass der LBK jetzt bereits, so wie er steht und liegt, ein gesunder Betrieb ist. Wenn Sie die Altersver-

sicherung der Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft als Sicherheit dafür einbringen wollen, wenn Sie bereit sind, vielleicht 5 Prozent des LBK-Kapitals selbst zu zeichnen, Herr Grund, dann glaube ich Ihnen in der Tat, dass Sie auch mit eigenem Risiko für das, was Sie hier behaupten, geradestehen wollen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ein letzter Satz noch: Die Diskussion führen wir hier als Platzhalter schon seit zehn Jahren. Glauben Sie mir, die gleiche Diskussion hatten wir, die gleiche Verunsicherung haben Sie versucht, den Bürgern und Bürgerinnen einzureden, als die Post privatisiert werden und dann aus einer Telekom, einer gelben Briefpost und einer blauen Postbank bestehen sollte. Da wollten Sie den Leuten auch einreden, dass die Briefe nicht mehr zugetragen würden, dass das Postgeheimnis verletzt werde und dass die Post und die Telekommunikation keine Ware sei. Wir sind längst darüber hinaus und mittlerweile haben wir festgestellt, dass es sehr gut ist, die Telekom zu privatisieren und mit einer Regulierungsbehörde auszustatten.

(Michael Neumann SPD: Ist es besser geworden? Tolles Beispiel!)

Die Freie und Hansestadt Hamburg wird weiterhin mit Geldern für die Krankenhäuser bereitstehen – übrigens für alle Krankenhäuser, nicht nur exklusiv für den LBK, auch das muss hier einmal gesagt werden. Wir reden nicht nur über den LBK, wir reden über das Gesundheitssystem ganz Hamburgs, zu dem nämlich auch die privaten Träger gehören. Wir werden zu dieser Verantwortung stehen und werden zusätzliches Kapital hereinholen. Das ist mehr, als Sie uns hinterlassen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Alsdann bekommt das Wort der Abgeordnete Grund.

**Uwe Grund** SPD:\* Herr Senator Peiner hat übrigens wie Herr Barth-Völkel das Thema „Arbeitsplatzsicherheit“ angesprochen und gesagt, das werde geregelt. Herr Senator Peiner hat sogar gesagt, der Senat sei der Anwalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das hören wir wohl und wir werden das aufschreiben, Herr Peiner. Wir werden Sie mit diesem Thema wieder konfrontieren. Ich will Ihnen sagen, warum:

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Wie sie jetzt gefährdet werden!)

Die Rhön-Klinik hat einen Vertrag zur Sicherung der Tarifverträge in einem nordrhein-westfälischen Krankenhaus relativ schnell gebrochen. Es ging um das Krankenhaus Appendorf. Sie ist dort aus dem Arbeitgeberverband ausgestiegen und die Tarifverträge waren damit weg. Asklepios, dichter bei Hamburg – es geht um das Krankenhaus Rissen –, hat sich in schnellster Zeit von den Personalbemessungssystemen verabschiedet und das Personal in einer Art und Weise nach unten gedrückt, wie es noch nie gesehen ward. Das ist die Realität der sozialen und Mitarbeiterabsicherung in den privatisierten Betrieben, über die Sie hier reden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Und überall dort, meine Damen und Herren, gab es Verträge.

(Uwe Grund SPD)

- A Wissen Sie, ich finde es mittlerweile ziemlich ärgerlich: Sie alle wissen, dass diese Krankenhäuser nicht Anstalten öffentlichen Rechtes waren, sondern voll dem öffentlichen Dienst zugegliedert. Nirgendwo im öffentlichen Dienst gibt es Kapitalbildung für die Altersversorgung. Das Herauslösen solcher Unternehmen aus einer solchen Situation heraus führt dazu, dass solche Verpflichtungen in der Bilanz ausgewiesen werden müssen. Es ist doch ganz klar, wenn diese Kapitalvoraussetzungen nicht gegeben sind und Sie dies plötzlich in der Bilanz darstellen, dass dann Lasten auftreten. Der LBK ist selbstverständlich in der Lage, die aktuellen Verpflichtungen für laufende Altersversorgung und auch für die jetzt eingetretenen Mitarbeiter zu erbringen. Die Stadt ist für die Vergangenheit verantwortlich, solange sie entsprechender Eigner dieser Unternehmen war. Ich finde, das ist auch in Ordnung so, dass die Stadt für diese Altlasten eintritt.

Wir sind dafür, Kapital und Know-how herzuholen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Und ist das gut?)

Ich wiederhole mich, glaube ich, zum dritten Mal, weil wir da gemeinsamer Auffassung sind. Deshalb ist dieses VEB-Gequake von Ihnen, Herr Wersich, zur Diskussion hier unerträglich. So etwas Abartiges gibt es gar nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Für uns ist das Thema „Privatisierung“ keine ideologische Frage. In ganz vielen Fällen sind Unternehmen in Hamburg durch Sozialdemokraten privatisiert worden.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dietrich Wersich CDU: Richtig! – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Scheinprivatisiert!)

- B Es gibt Ausnahmen und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und die Wasserversorgung sind Beispiele, wo wir meinen, dafür muss es Ausnahmen geben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Der Abgeordnete Dr. Maier hat das Wort.

(Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Will da jemand zum 1. Mai sprechen?)

**Dr. Willfried Maier** GAL: Nein, ich will nicht zum 1. Mai sprechen. Ich will zum Gesundheitsthema sprechen.

Was mich richtiggehend befremdet, sind die Töne, teilweise bis zum Hass, gegen die Gewerkschaften. Man kann ja manche Regungen, die da gezeigt werden, starr finden. Aber dass die Gewerkschaften stärker zur Freiheitsbewegung im letzten Jahrhundert in diesem Land beigetragen haben als die Parteien rechts von der Mitte, das muss man festhalten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Eine kurze Bemerkung möchte ich doch noch zur Ökonomie von Herrn Müller-Sönksen sagen. Wenn Herr Müller-Sönksen sagt, es solle zusätzliches Kapital ins Gesundheitswesen, nämlich privates – Herr Schinnenburg sprach von möglicherweise einer Milliarde im Gesamtwert, also bis zu 750 Millionen Privates, wenn man drei Viertel verkauft –, dann würde doch in der Höhe von 750 Millionen, wenn ich rechnen kann, Kapital für den Verkauf an die Stadt fließen. Glauben Sie denn im Ernst, das würde dann wieder in das Gesundheitswesen hineingesteckt? Es fin-

det ein Ersatz bisherigen, öffentlichen Kapitals durch dann privates statt und es wird ein anderer Betreiber da sein, aber natürlich werden diese 750 Millionen Euro in die Kasse der Stadt fließen und in der Kasse der Stadt auch für andere Nöte verwendet werden.

(Glocke)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Erlauben sie dem Abgeordneten Müller-Sönksen eine Zwischenfrage?

(Der Redner gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

**Zwischenfrage von Burkhardt Müller-Sönksen** FDP: Herr Senator Maier, sind Sie mit mir der Auffassung ...

**Dr. Willfried Maier** (unterbrechend): Ne, nicht „Senator“, danke. Ich hätte nichts dagegen, aber ich bin es nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen)

**Burkhardt Müller-Sönksen** (fortfahrend): Zu viel Respekt kann auch nicht schaden.

Ich möchte Sie fragen, ob Sie mit mir der Meinung sind, dass die Stadt eine Scheinprivatisierung des LBKs vorgenommen hat, wenn sie gleichzeitig auch eine Pensionsverpflichtung von bis zu 500 Millionen Euro zurzeit trägt. Das Geld ist ja auch im Haushalt als Schattenhaushalt eingestellt, sodass es sich tatsächlich, wenn Sie Ihre eben aufgeführte Milchmädchenrechnung berücksichtigen ...

(Glocke)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, wir haben eine unterschiedliche Auffassung, was eine Frage ist.

**Burkhardt Müller-Sönksen** (fortfahrend): Ich habe eingeleitet mit „Sind sie mit mir der Auffassung“.

(Heiterkeit)

**Dr. Willfried Maier** (fortfahrend): Herr Kollege Müller-Sönksen, ich weiß, dass es dieses Problem mit den Alterslasten gibt, wie für den gesamten öffentlichen Dienst. Das gleiche Problem haben wir beispielsweise mit der HHLA. Wie Sie wissen, ist dieses Problem überall entstanden, wo ausgegliedert wurde.

Mein Argument ist nur: Wenn Verkaufserlös hereinkommt, wird dieser Verkaufserlös zunächst einmal an den Haushalt der Stadt gehen und keineswegs an das Gesundheitswesen. Im Haushalt der Stadt wird darüber entschieden werden, was damit geschieht, und ich kann Ihnen jetzt schon ziemlich sicher sagen, dass das für anderweitige Nöte wird draufgehen müssen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dietrich Wersich CDU: Wo haben Sie das denn her?)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Schinnenburg.

**Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Maier, ganz unfreiwillig haben Sie auf das entscheidende Problem der Gewerkschaften hingewiesen, auch Teile der SPD übrigens. Sie haben Recht: Vor hundert Jahren haben die Gewerkschaften eine sehr gute und auch notwendige Rolle gespielt, das ist überhaupt keine Frage, bei der Beseiti-

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

- A gung schlechter Arbeitsbedingungen und so fort. Das Problem ist nur, die Gewerkschaftsfunktionäre, nicht nur Herr Rose, auch Herr Sommer und ganz besonders Herr Bsirske, sind halt immer noch geistig auf dem Stand von vor hundert Jahren. Sie denken immer noch, sie müssten einen Klassenkampf führen. Das ist doch das Problem, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Michael Neumann SPD*: Wie bei den Liberalen, genau dasselbe!)

Und diese Verengung der Denkweise, nicht aller Gewerkschaften, schon gar nicht aller Mitglieder, aber bestimmter Funktionäre, das ist gerade das Problem, das verhindert, dass hier eine vernünftige Lösung gefunden wird. Das ist der Punkt. Wir haben keinen Hass auf Gewerkschaften und schon gar nicht auf Gewerkschaftsmitglieder. Wir lehnen es aber ab, dass bestimmte Gewerkschaftsfunktionäre ihr Ego zulasten aller befriedigen wollen. Das können wir nicht hinnehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei *Burkhardt Müller-Sönksen FDP* und bei *Jens Pramann und Horst Zwengel, beide Partei Rechtsstaatlicher Offensive*)

Und, Herr Dr. Maier, ich verstehe gar nicht, wie Sie darauf kommen können, dass das zusätzliche private Kapital, das durch einen Teilverkauf des LBK hereinkommt, der Stadtkasse zugute falle. Da haben Sie nicht zugehört. Nach Auskunft des LBK selbst werden ungefähr 35 Millionen Euro jetzt bereits pro Jahr vom LBK für die übernommenen Pensionszahlungen ausgegeben. Ich sage hier nur eines: Wenn die Pensionslasten weg sind, jeder LBK-Inhaber, sei es ein privater oder staatlicher, wüsste sehr gut, was er mit diesen 35 Millionen für die Patienten und für die Mitarbeiter tun kann. Ihre Politik verhindert, dass das Geld so sinnvoll ausgegeben wird. Der LBK muss Geld für Altlasten der SPD ausgeben und die Gewerkschaften wollen verhindern, dass das besser wird. Das ist nicht zu akzeptieren und deshalb sind wir gegen dieses Volksbegehren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Maier.

**Dr. Willfried Maier GAL:** Herr Schinnenburg, es ist zwar traurig mit den 35 Millionen, aber diese werden ja gegenwärtig gar nicht aus der Gesundheitsversorgung erwirtschaftet, sondern häufen Schulden an. Das heißt, wenn Sie das wegnähmen – was ich begrüßen würde, wenn man es könnte –, würde aber die Gesundheitsversorgung der Stadt um keinen Pfennig mehr mit Geld versorgt als gegenwärtig.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema sehe ich nicht.

Dann rufe ich das zweite Thema auf, von der CDU-Fraktion angemeldet:

### **Krawalle zum 1. Mai – Hamburg hat das bessere Konzept**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Lüdemann hat es.

**Carsten Lüdemann CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Traditionell gibt es Demonstrationen zum 1. Mai in den Städten der Bundesrepublik. Diese verlaufen immer friedlich. Seit 16 Jahren wird in Berlin der 1. Mai von bestimmten Gruppen zum Anlass genommen, Krawall zu machen, Autos in Brand zu setzen, Geschäfte zu zerstören, Polizei mit Steinen und Feuerwerkskörpern zu beschießen und einen Stadtteil zu terrorisieren und in Angst und Schrecken zu versetzen. Seit einigen Jahren versuchen nun autonome Kräfte, den 1. Mai zum Anlass zu nehmen, auch in Hamburg nach Berliner Vorbild Terror zu machen. Dies sind keine politischen Demonstrationen, sondern der Versuch, anonym und feige aus einer Gruppe heraus Straftaten zu begehen, denn es ist nichts anderes als Körperverletzung, Sachbeschädigung und Brandstiftung. Diesmal gab es im Internet auch noch den Aufruf zum Wettbewerb „Gigantische Straßenspiele“, einem Wettbewerb zwischen Hamburger und Berliner Chaoten, in welcher Stadt man mehr Terror oder Zerstörung schaffen solle. Man wolle ein Großereignis akquirieren, heißt es da ganz lakonisch auf den Internetseiten der Hamburger Chaoten.

Die Frage ist, wie man dieser voraussehbaren und angekündigten Gewalt begegnet. Der SPD-Innensenator in Berlin setzt auf das Konzept der Deeskalation wie im letzten Jahr. Dort hat sich schon im letzten Jahr gezeigt, dass es keinen Erfolg hat, wenn man versucht, Straftaten zu ignorieren oder vor den Krawallmachern zurückzuweichen. Der SPD-Senator in Berlin hat gegen die Ratschläge der Polizei gehandelt, die dieses Konzept für die Chaoten ausdrücklich nicht wollte. Sie hatte eine andere Taktik geplant.

Ich möchte hier betonen, dass Deeskalation der richtige Weg für Demonstrationen ist, aber nicht gegen Landfriedensbruch. Da muss man differenzieren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Hamburg hat ein Konzept des zügigen Einschreitens. Dort wo Gewalt und Straftaten beginnen, wird sofort eingeschritten. Aufkeimende Gewalt wird sofort unterbunden. Dies ist der richtige Weg gegen diese Straftäter, denn es sind Straftäter und nicht, wie einige Berliner Kollegen so schönfärbisch gesagt haben, „erlebnisorientierte Jugendliche“. Das sind sie auf keinen Fall.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

– Wunderbar, Herr Müller-Sönksen, dass Sie geklatscht haben. Der Berliner Kollege war übrigens FDP-Kollege. Vielleicht sagen Sie das dem einmal.

(Heiterkeit bei der SPD)

Der Berliner SPD-Senator hat die Polizei gezwungen, rechtsfreie Räume zu dulden und Straftätern zugucken zu müssen, ohne dass die Polizisten dagegen einschreiten dürfen. Er hat als SPD-Senator damit 175 verletzte Polizeibeamte zu verantworten. Beide Polizeigewerkschaften kritisieren die SPD-Führung in Berlin und der Bürgermeister Wowereit hat diese Taktik noch ausdrücklich verteidigt.

Der von Chaotenseite angekündigte Wettkampf gigantischer Straßenspiele ist von den Berliner Chaoten gewonnen und von den Hamburger Chaoten verloren worden. Dies ist der guten Hamburger Polizeitaktik zu verdanken und dem Einsatz der Polizisten, die uns friedliebende Bürger vor den Chaoten geschützt haben.

(Carsten Lüdemann CDU)

- A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Michael Neumann SPD: Hammonia! – Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Da kann Herr Neumann mal wieder eine Sondersitzung beantragen!*)

Die politische Führung Hamburgs steht hinter dieser Polizeitaktik und wird auch in Zukunft alles tun, um sinnlosen Chaotenvandalismus zu unterbinden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

**Michael Neumann SPD:**\* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Als ich von dem Thema der Kollegen der CDU erfuhr, war ich sehr erfreut, auch ein bisschen überrascht, dass Sie solche Allgemeinheiten, solch ein Konsensthema, dass man gegen Straftäter konsequent vorgehen müsse, heute hier anmelden,

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das war lange hier nicht Konsens in Hamburg!*)

aber nach der Rede wurde mir auch deutlich, dass es eigentlich weniger eine Rede war, die sich auf Hamburger Themen bezog, sondern dass man gerne den Bezug zu Berlin herstellen wollte. Sie können solche Themen gerne anmelden und Sie werden auch jedes Mal von uns insoweit Unterstützung bekommen – was heißt „Sie“, die Hamburger Polizei meine ich –, dass, wenn sie konsequent angemessen gegen Straftäter vorgeht, sie von den Sozialdemokraten dieser Stadt unterstützt wird.

B

(Beifall bei der SPD)

Ich habe aber bei der Anmeldung solcher Themen oftmals den Eindruck, dass es nur noch darum geht, selbstverständliches Handeln unserer Polizei in den politischen Raum zu zeren und das auch politisch zu missbrauchen. Die einfache Formel „Wir, die Guten, der Senat, sind gleich der Polizei und dort eventuell kritische Elemente und Opposition sind gleich Straftäter“ ist eine Formel, die nicht aufgeht und der wir deutlich widersprechen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir wenden uns gegen den Versuch, ständig mit der Polizei Politik zu machen. Sie haben sich ja, das war gestern im Haushaltsausschuss Thema, abgewöhnt, anders, als Herr Lenders das gefordert hat, Politik *für* die Polizei zu machen. Stattdessen machen Sie Politik *mit* der Polizei. Sie haben gestern beschlossen, sage und schreibe 100 Beförderungen bei unserer Hamburger Polizei durchzuführen. Wie haben Sie das finanziert? Indem Sie gleichzeitig Stellenzulagen gestrichen haben. Das heißt, Sie lassen die Polizei ihre eigenen Stellenhebungen, ihre eigenen Beförderungen finanzieren. Das ist eine Tradition, die wir Sozialdemokraten abgelegt haben. Sie setzen diese unheilige Tradition aus rotgrünen Zeiten fort. Das überrascht mich, Herr Lenders.

Sie sollten deshalb Politik für die Polizei machen, nicht mit der Polizei. Sie sollten keine 40-Stunden-Woche einführen, Sie sollten sich nicht von der zweigeteilten Laufbahn verabschieden.

Wenn man das Thema „1. Mai und der Polizeieinsatz“ hier heute diskutiert, dann gibt es sehr viele erwähnenswerte

Maßnahmen unserer Polizei. Ich habe einmal ins Internet geschaut, was unsere Polizei in der letzten Woche noch alles geleistet hat. Ein Polizist hat einen Fahrraddieb festgenommen.

C

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Verhöhnern Sie nicht die Polizei!*)

Man hat einen Marihuana-Händler festgenommen, man hat einen Durchsuchungsbeschluss ausgeführt. All das sind auch Themen, die wir heute diskutieren könnten, Alltagsthemen, normales polizeiliches Handeln. Es gibt keinen Anlass, das hier extra anmelden zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, diese kurze Auflistung macht deutlich, dass unsere Polizei eine hervorragende Arbeit leistet und dass wir Sozialdemokraten diese Arbeit der Polizei natürlich unterstützen. Ich will Sie aber trotzdem auffordern und ich glaube, dass Sie, wenn Sie ehrlich sind, das auch selbst wissen, dass Sie aufhören sollten, auch zum Wohle unserer Polizei, ständig jede Selbstverständlichkeit polizeilichen Handelns hier parlamentarisch zu thematisieren. Das ist etwas, was durchsichtig ist und was, denke ich, auch letztendlich nicht dem Ansehen und der Leistung unserer Polizei dienlich ist. Überlegen Sie das. Sie tragen Verantwortung für die Polizei.

Wir unterstützen die Hamburger Polizei, unterstützen aber nicht diesen Senat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Das Wort bekommt der Abgeordnete Schenk. Die Redezeit beträgt noch vier Minuten.

D

**Robin Schenk Partei Rechtsstaatlicher Offensive:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In mehreren deutschen Städten gab es in der Nacht zum 1. Mai wieder einmal Krawalle und Ausschreitungen. Urheber des Straßenterrors sind Chaoten, Linksautonome und Gewalttäter; also Menschen, die weder ein politisches noch sonst ein legitimes, politisches Anliegen vortragen, Menschen, denen es nur um eines geht: Randalen, Verletzung und Zerstörung. Mit diesem Problem musste auch die Hamburger Polizei fertig werden und sie hat es mit Bravour getan.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Anstatt Gewalttäter und Chaoten zu hofieren, wie in Berlin geschehen, hat sich die Hamburger Polizei für eine offensive Polizeitaktik mit 1200 Beamten entschieden, eine Taktik, die voll und ganz aufging. Ob in Altona, auf der Reeperbahn oder am Hafenrand, die Polizei hat jeden Versuch einer Ausschreitung und jedes Auftreten des Gewaltpotenzials sofort und konsequent unterbunden. Sie hat entschlossen und richtig gehandelt. Sie hat Störer in Gewahrsam und Straftäter festgenommen. Die Polizei war gut vorbereitet und sie war den Chaoten und Krawallmachern immer einen Schritt voraus. Das hat sich bezahlt gemacht. Die Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen: Keine angezündeten Fahrzeuge, keine geplünderten Geschäfte und, meine Damen und Herren, sage und schreibe null verletzte Polizeibeamte.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vor dem 1. Mai rief die linke Szene zu einem „olympischen Wettbewerb der Ausschreitungen mit Berlin“ auf. Zum Ent-



(Robin Schenk Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A setzen der Chaoten und zur Freude aller rechtschaffenen Hamburger ging die Goldmedaille aber an die Hamburger Polizei. Von hier aus noch einmal herzlichen Dank an die eingesetzten Polizeibeamten.

Keinen Blumentopf, geschweige denn eine Medaille, konnte der Berliner Innensenator Körting gewinnen. Ganz im Gegenteil: Sein Verhalten war eine glatte Sechse. Vergleicht man beide Konzepte miteinander, ergibt sich folgendes Bild:

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: SPD-Innenpolitik!)

Anstatt sich wie in Hamburg auf die Erfahrung und Fachkompetenz der Polizei zu verlassen, mischte sich der Berliner Innensenator durch amateurhafte Vorstellungen und fehlgeleitete politisch-ideologische Entscheidungen

(Michael Neumann SPD: Sie reden jetzt über Berlin oder Hamburg? – Barbara Duden SPD: Was hat denn das mit Hamburg zu tun?)

unmittelbar in die Polizeitaktik ein. Ein Fehler. Er hat durch sein Deeskalationskonzept, das darauf ausgerichtet war, Gewalttätigen die Hand zu reichen und der Polizei Handlungsverbot zu erteilen, überhaupt erst für eine Eskalation gesorgt. Ein weiterer Fehler. Egal wie man das Konzept des roten Senates in Berlin nennen möchte, ob Deeskalation, Hilflosigkeit oder Einmischung, es war das falsche Konzept, ein Konzept, das bereits in der Vergangenheit mehr als einmal scheiterte und das verheerende Folgen hatte: Zerstörte Scheiben, angezündete Autos, geplünderte Supermärkte. Schlimmer noch: Die Zahl der verletzten Beamten in Berlin liegt bei 175. Das ist eine Steigerung von 75 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Als Krönung hat Herr Körting der Polizei auch noch den schwarzen Peter zugeschoben. Er behauptet, die Polizei sei nicht ausreichend vorbereitet gewesen. Nicht er sei durch seine Einmischung verantwortlich, sondern die Polizei. Eine Unverfrorenheit, die es bislang noch nicht gegeben hat.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Gerade aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre wäre es an der Zeit gewesen, das Deeskalationsprinzip gegenüber gewalttätigen Chaoten auf den Schrotthaufen der Geschichte zu werfen und nicht, es zu reanimieren.

Von solchen Zuständen sind wir in Hamburg zum Glück weit entfernt und es bleibt zu konstatieren, dass die Hamburger Polizei unter diesem Innensenator, unter Senator Schill, soviel Rückendeckung hat wie nie zuvor und dass diese Regierung den Hamburgern nicht nur Sicherheit verspricht, sondern ihnen diese auch gibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Weitere Wortmeldungen aus dem Plenarbereich brauche ich nicht zu sehen. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf, Drucksache 17/2459: Wahl der Vizepräsidentin beziehungsweise des Vizepräsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts.

**[Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft:  
Wahl der Vizepräsidentin bzw. des  
Vizepräsidenten des Hamburgischen  
Verfassungsgerichts – Drucksache 17/2459 –]**

Da das Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht in seinem Paragraphen 4 eine geheime Wahl vorschreibt, findet die Wahl in Wahlkabinen statt. Wir verfahren so, dass Herr Müller und Frau Pawlowski abwechselnd die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge aufrufen werden. Ich bitte Sie, dann zur Kanzleibank zu gehen und von Frau Cornell Ihren Stimmzettel entgegenzunehmen. Jeder Stimmzettel enthält Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Mit dem Stimmzettel gehen Sie bitte in eine der Wahlkabinen und nehmen Ihre Wahlentscheidung dort selbst vor. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitgliedes nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder die Zusätze enthalten, sind ungültig. Nach der Wahlhandlung begeben Sie sich bitte zu Frau Rogalski-Beeck, bei der die Wahlurne steht. Stecken Sie dann bitte Ihre Stimmzettel in die Wahlurne. Ich darf nun Frau Pawlowski bitten, mit dem Namensaufruf beginnen zu wollen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Meine Damen und Herren, ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass alle Abgeordneten aufgerufen worden sind. Damit ist die Stimmabgabe abgeschlossen. Ich erkläre die Wahlhandlung für geschlossen.

Ich bitte nunmehr, die Stimmenauszählung vorzunehmen. Für die Dauer der Stimmenauszählung ist die Sitzung unterbrochen.

**Unterbrechung: 16.42 Uhr**

**Wiederbeginn: 16.51 Uhr**

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei der Wahl des Vizepräsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichtes sind 112 Stimmzettel abgegeben worden, davon war ein Stimmzettel ungültig, also 111 Stimmzettel gültig. Herr Gerd Harder erhielt 92 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen. Damit ist Herr Harder zum Vizepräsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichtes gewählt worden.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich bitte Herrn Harder, hier vorne in unsere Mitte zu treten.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Herr Harder, die Bürgerschaft hat Sie soeben zum Vizepräsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt. Dazu spreche ich Ihnen zunächst die Glückwünsche des gesamten Hauses aus. Ich habe Sie nun zu fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

**Herr Harder:** Ich nehme die Wahl an.

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Nach Paragraph 7 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht haben die Mitglieder des Verfassungsgerichtes vor Antritt ihres Amtes vor der Bürgerschaft einen Eid zu leisten. Ich lese Ihnen den Wortlaut des Eides vor und bitte Sie, bei erhobener rechter Hand, die Beteuerungsformel „Ich schwöre es“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“ nachzusprechen. Der Eid hat folgenden Wortlaut:

(Erster Vizepräsident Berndt Röder)

- A „Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter alle Zeit das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gegenüber jedermann gewissenhaft erfüllen werde.“

**Herr Harder:** Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

**Erster Vizepräsident Berndt Röder:** Sie haben damit den erforderlichen Eid vor der Bürgerschaft geleistet. Ich wünsche Ihnen im Namen der Bürgerschaft eine glückliche Hand in der Amtsführung, alles Gute, Glück und auch Befriedigung für Ihre neuen Aufgaben. – Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf, Drucksache 17/2395: Wahl einer Deputierten oder eines Deputierten der Justizbehörde.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft: Wahl einer oder eines Deputierten der Justizbehörde – Drucksache 17/2395 –]**

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält bei dem Namen der vorgeschlagenen Person jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nunmehr Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

- B Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das ist der Fall. Ich schließe die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird jetzt ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben.\*

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 35 auf, Drucksache 17/2545, ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Transparenz, Rechtmäßigkeit und Sachdienlichkeit von Personalauswahl und Personalentscheidungen des von CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP gestellten Senats, insbesondere der Justizbehörde, seit Beginn der laufenden Legislaturperiode.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Transparenz, Rechtmäßigkeit und Sachdienlichkeit von Personalauswahl und Personalentscheidungen des von CDU, Partei Rechtsstaatlicher Offensive und FDP gestellten Senats, insbesondere der Justizbehörde, seit Beginn der laufenden Legislaturperiode – Drucksache 17/2545 –]**

Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit dem nach Artikel 26 Absatz 1 Satz 1 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist.

Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Zuckerer bekommt es.

**Walter Zuckerer SPD:** Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Die SPD-Fraktion beantragt heute einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Transparenz,

Rechtmäßigkeit und Sachdienlichkeit der Personalentscheidungen des Hamburger Senats seit Beginn dieser Legislaturperiode. Anlass für diesen Antrag sind die Vorgänge in der Justizbehörde. Deshalb geht es dabei zunächst um einen Fall Kusch. Dieser Fall Kusch hat bereits eine mehrmonatige facettenreiche Geschichte und dennoch ist er nicht beendet.

(Vizepräsident Peter Paul Müller übernimmt den Vorsitz.)

Diese Geschichte begann in der Hamburger Presse. Es folgte eine Pressekonferenz des Senators und der aus unserer Sicht etwas zweifelhafte Höhepunkt war eine mehrstündige Anhörung im Rechtsausschuss, zweifelhaft deshalb, weil die Koalition die Führung eines Wortprotokolls verweigerte.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Hört, hört!)

Danach hatten wir eine kontroverse Parlamentsdebatte und nicht zuletzt ein Aktenvorlageersuchen und die Akteneinsicht. Über den Inhalt dieser Akten soll hier nicht geredet werden, das ist nicht zulässig. Insofern möchte ich aus Sicht meiner Fraktion nur zwei Anmerkungen machen.

Anscheinend sind erstens die von allen Fraktionen getragenen Empfehlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der letzten Legislaturperiode ausgerechnet an der Justizbehörde vorbeigegangen,

(Rolf Kruse CDU: Eine sehr persönliche Meinung!)

jedenfalls sind sie nicht oder nur unvollständig umgesetzt worden. Dieser Tatbestand wiegt schwer, denn zweitens erlauben uns die vorgelegten Akten keine lückenlose, vollständige, transparente Rekonstruktion der fraglichen und umstrittenen Entscheidungen in dieser Behörde. Das ist nicht nur für die Opposition, sondern auch für ein hanseatisches Parlament in dieser Stadt nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Eine Aufklärung der acht bisher namentlich bekannten Fälle und auch anderer ist daher nur durch Zeugenbefragungen oder durch weitere Ermittlungen möglich. Diese Aufklärung halten wir für notwendig und wir halten sie für nicht verzichtbar und das ist einer der Gründe, warum wir diesen Untersuchungsausschuss beantragen.

(Rolf Kruse CDU: Und das ist Ihr gutes Recht!)

Ich möchte aufgrund der Debatte, die wir schon hatten, weitgehend darauf verzichten, mich mit den einzelnen Fällen nochmals hier auseinander zu setzen. Nur soviel: Herr Senator Kusch, es gibt eigentlich nur zwei Möglichkeiten, die Vorgänge in der von Ihnen geführten Justizbehörde zu bewerten. Die erste Möglichkeit ist, man versucht in einem Anfall von Masochismus irgendwie zu glauben, dass das, was Sie gesagt haben, auch weitgehend wahr ist, auch wenn viele Fragen offen geblieben und die Akten lückenhaft sind.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das ist eine Behauptung!)

Wenn man Ihnen aber glauben möchte oder würde, wie denn alles das, was bisher bekannt ist, einzuordnen ist, müsste man die vorliegenden Informationen all dieser Fälle als eine seltene Verkettung unglücklicher Umstände von Zufällen und – ich erlaube mir auch zu sagen – einigen bizarren Merkwürdigkeiten bewerten. Zum anderen kann man Ihr eigenes Handeln als Senator auch nur als eine Abfolge von Ungeschicklichkeiten, ziemlich zweifelhaften Verfahrensweisen, Verfahrensfehlern bis hin zu gerichtlich

\* Ergebnis siehe Seite 2297 B.

(Walter Zuckerer SPD)

- A festgestellten klaren Regelverstößen bei der Personalauswahl und bei Personalentscheidungen bezeichnen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Genau!)

Dazu käme dann noch Ihr besonderer Führungsstil in einer sehr persönlichen Bandbreite von notorischem Misstrauen gegenüber Mitarbeitern, Arroganz und Machiavellismus.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Rolf Kruse CDU: Herr Zuckerer, ermitteln Sie doch erst mal!)

Zieht man dann nüchtern Bilanz – und ich vernachlässige das jetzt sogar und ich vernachlässige, dass wir unterschiedliche politische Auffassungen in der Rechtspolitik zwischen Regierung und SPD haben –, was ist dann zu sagen? Unsere Bilanz ist: Sie sind ein Senator mit wenig Fortune, Sie beherrschen das politische Handwerk und das administrative Handwerk nur mangelhaft. Kurz gesagt, selbst wenn man Ihnen glauben würde: Sie sind ein schlechter Senator.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Karl-Heinz Ehlers CDU: Wenn Sie das alles schon wissen, warum wollen Sie dann einen PUA?)

Das ist das Ergebnis, wenn man sich dazu zwingen würde, Ihnen zu glauben. Und damit sind wir bei der zweiten Möglichkeit. Es geht aber nicht nur um Glauben oder Nichtglauben, sondern es geht um eine Frage und die lautet: Wie ist die mangelnde Transparenz, die Tatsache, dass Ihre Personalentscheidungen nicht nachvollziehbar sind,

(Rolf Kruse CDU: Wie kommen Sie darauf?)

zu bewerten, wenn man den Zufall aus dem Spiel lässt oder wenn man Ungeschicklichkeiten aus dem Spiel lässt?

- B Was ist denn, wenn man einfach davon ausgeht, dass Sie ein Senator sind, der zweckbestimmt und zielgerichtet handelt, was sowohl Ihr Recht wie Ihre Pflicht ist. Was ist dann? Wie soll man dann zum Beispiel die Besetzung der Abteilungsleitung für soziale Dienste bewerten, die unplausible Stellenausschreibung, die Rolle Ihres Büroleiters, anscheinend eine Art parallele Behördenleitung, die zeitlich ungeklärt, aber offensichtlich unterhaltsamen Kaffeetreffen, die Interventionen von außen, die erfolgte Konkurrentenklage, in der Ihre Entscheidung aufgehoben wird?

(Michael Neumann SPD: Das gibt es in der Innenbehörde auch!)

Wenn man das alles zielbestimmtem Handeln zurechnet, dann sind die Grauzonen und die Lücken sowie die bereits bekannten Regelverstöße, vor denen wir stehen, die Konsequenz eines vorsätzlichen Handelns und dann folgt daraus logisch, dass sich schwerwiegende Verdachtsmomente ergeben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Und diese Verdachtsmomente lassen sich auch benennen und sie müssen benannt werden. Es geht um den Versuch der Beeinflussung eines Senators bei einer Personalentscheidung oder, umgekehrt, um den Versuch der Beeinflussung eines Journalisten durch eine Personalentscheidung. Es geht um den Verdacht der versuchten Ämterpatronage aufgrund parteipolitischer oder anderer sachwidriger Ziele.

(Rolf Harlinghausen CDU: Wenn Sie die Rede vor ein paar Jahren gehalten hätten, wäre sie ganz gut gewesen!)

C Es geht um Begünstigungen, es geht um sachwidrige unzulässige Beeinflussung von Mitarbeitern bis hin zum Verdacht des Mobbing. Es geht schließlich um den Verdacht von weiteren Rechts- und Regelverstößen bei anderen personalpolitischen Entscheidungen.

(Rolf Kruse CDU: Was Sie glauben!)

Diese Verdachtsmomente gilt es aufzuklären. Ich verzichte auf eine Bewertung in ihrer Summe, aber sie aufzuklären ist die Pflicht der Opposition und deshalb beantragen wir diesen Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Weil wir diese Aufklärung bereits in der letzten Debatte eingefordert haben, wurden wir heftig von den Regierungsparteien angegriffen. Man hat uns der Globalverdächtigung bezichtigt, der Gerüchtemacherei und noch einiger weiterer Dinge. Ich möchte hier für meine Fraktion feststellen, dass das ziemlich neben der Sache ist und dass es den Kern der Auseinandersetzung nicht trifft, aber es mag ein gutes Ablenkungsmanöver gewesen sein. Der Kern der Auseinandersetzung ist ein ganz anderer. Politik ist verpflichtet, Entscheidungen offen zu legen und nachvollziehbar zu gestalten.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Da ändert sich auch nichts!)

Wir als Politiker

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Von der neuen SPD!)

D haben dies zu tun. Alle Verfahren, die wir haben, die Ausschreibung von Projekten, von öffentlichen Aufträgen, von Stellen und Positionen, finden statt, um die Sachbezogenheit und Transparenz von politischen Entscheidungen öffentlich zu gewährleisten, weil nur so ein Parlament und die Öffentlichkeit politische Entscheidungen und Politiker kontrollieren können.

(Rolf Kruse CDU: Das steht alles im Gesetz!)

Dass die Personalpolitik von Senator Kusch im Zwielicht und die Vorgänge undurchsichtig oder im Nebel sind, ist keine Konstruktion der Opposition. Die mangelnde Transparenz in der Justizbehörde und die Lücken in den Entscheidungsvorgängen verantwortet der Senator dieser Behörde und nicht die Opposition.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Rolf Kruse CDU: Das ist normal!)

Ich erlaube mir eine ironische Bemerkung wegen des Vorwurfs des Generalverdachts.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Sie machen es nur nicht konkret genug!)

Meine Damen und Herren! Niemand in der SPD-Fraktion – und ich kenne auch niemanden in den anderen Parteien – würde unterstellen, dass Frau Senatorin Schnieber-Jastram, Herr Senator Dr. Peiner oder Herr Senator Uldall in irgendeiner Hinsicht intransparente Personalpolitik machen oder für bemerkenswert zweifelhafte Personalentscheidungen verantwortlich sind. Ich sage deshalb: Der Vergleich von Senator Kusch mit den anderen CDU-Senatoren reicht, um festzustellen, dass wir hier Vorfälle aufklären wollen, die ein Senator zu verantworten hat und die nichts mit Konstruktionen zu tun haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

(Walter Zuckerer SPD)

- A Senator Kusch ist allerdings nicht der Einzige, der sich den Vorwurf mangelnder Transparenz machen lassen muss. Dies trifft auch auf die letzte Personalentscheidung von Senator Lange bei der Besetzung der Landeszentrale für politische Bildung zu. Ich gehe davon aus, Herr Senator Lange, dass Sie dazu noch Rede und Antwort stehen werden.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Allerdings!)

Die SPD fordert, die Transparenz von Entscheidungen wieder herzustellen,

(Dr. Wieland Schinnenburg und Ekkehard Rumpf, beide FDP: Nach 44 Jahren!)

indem sie diesen Untersuchungsausschuss beantragt. Wir sind deswegen von der Partei Rechtsstaatlicher Offensive in der letzten Debatte der Drecksarbeit bezichtigt worden, ich persönlich. Und so sage ich in Ihre Richtung: Wenn das Ihr Verständnis von parlamentarischer Kontrolle und Parlamentarismus ist, dann fällt es mehr auf Sie zurück, als es auf die zurückfallen kann, die diesen Untersuchungsausschuss beantragen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Wir appellieren an die Fraktionen der Regierungskoalition, dass Sie mit dafür sorgen, dass dieser Untersuchungsausschuss noch vor der Sommerpause seine Arbeit aufnehmen kann. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Freytag.

B

**Dr. Michael Freytag** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist ein hilfloses Ablenkungsmanöver. Er dokumentiert die Profilneurose einer frustrierten Opposition auf Kosten der Hamburger Steuerzahler, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Uwe Grund SPD: Jede Rede das Gleiche!)

Dieser parlamentarische Untersuchungsausschuss ist teuer, kraftraubend, Zeitverschwendung, überflüssig.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: So ist das mit der Demokratie, Herr Dr. Freytag!)

Er wird ausgehen wie das Horneburger Schießen. Sie beantragen einen PUA ins Blaue hinein, obwohl Sie in der Sache gar nicht wissen, was Sie wollen. Politisch wissen Sie das schon, nämlich eine Schmutzkampagne lostreten unter dem Motto: Verdächtigen statt beweisen, es wird schon irgendetwas hängen bleiben. Das ist das, was Sie wollen, meine Damen und Herren, aber das geht nicht auf.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Menschen in Hamburg sind nicht so dumm, SPD und GAL auf den Leim zu gehen. Wir respektieren selbstverständlich das Recht der Minderheit, das Recht der Opposition, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu verlangen.

(Michael Neumann SPD: Wir machen das anders als letztes Mal!)

C Wir kritisieren aber, dass Sie dieses Recht missbrauchen, denn alle Fragen der Opposition wurden bereits umfassend beantwortet.

(Michael Neumann SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Alle Vorwürfe konnten entkräftet werden, die Akten konnten von Ihnen eingesehen werden. In der Sondersitzung des Rechtsausschusses hatten Sie vier Stunden lang Gelegenheit, sämtliche Fragen zu stellen. Zu jedem von Ihnen diskutierten Fall hat Senator Kusch ausführlich Stellung genommen. Alle Vorwürfe sind dort widerlegt worden. Aber damals ging es Ihnen nicht um Sachaufklärung und auch heute geht es Ihnen nicht um Sachaufklärung. Sie beantragen hier einen PUA, um selber untauglich zu versuchen, Ihr mangelndes Profil zu schärfen. Sie schwächen damit aber das schärfste Instrument des Parlaments, wenn Sie es an der falschen Stelle einsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es ist wohl das erste Mal, dass ein Untersuchungsausschuss eingesetzt wird und keiner genau weiß, was eigentlich genau aufgeklärt werden soll. Wo nichts ist, meine Damen und Herren von der SPD und der GAL, werden Sie auch nichts finden und das wird für Sie sehr frustrierend enden.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: PISA!)

Die erforderliche hinreichende Bestimmtheit des Untersuchungsauftrages ist bereits sehr fraglich. Der erhebliche Aufwand und die immensen Kosten, die mit der Ausschusseinsetzung verbunden sind, stehen in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen. Sämtliche Personalentscheidungen in Hamburg unter Generalverdacht zu stellen, ist gegenüber den betroffenen Menschen des öffentlichen Dienstes eine Unverschämtheit und wirklich nicht erträglich.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Warum tun Sie das trotzdem? Sie wollen gegenüber der Öffentlichkeit und insbesondere gegenüber den Medien weiterhin künstlich den Anschein erwecken, da sei vielleicht noch irgendetwas. Sie wissen aber gar nichts. Sie mutmaßen, Sie unterstellen, Sie verdächtigen. In monatelangen Sitzungen sollen jetzt 22 Abgeordnete dieses Hauses und teure hauptamtliche Mitarbeiter des Arbeitsstabes nach etwas suchen, von dem Sie als Antragsteller noch nicht einmal sagen, was es eigentlich ist.

Meine Damen und Herren! Das Problem in dieser Stadt ist nicht dieser Senat, das Problem sind SPD und GAL. Das ist hier wieder deutlich geworden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Michael Neumann SPD: Das ist ja lächerlich!)

Sie werden uns mit Ihren Mätzchen nicht aus den Angeln heben. Lassen Sie das doch einfach und machen Sie endlich Ihre Arbeit als Opposition. Dafür haben Sie den Wählerauftrag erhalten, für nichts anderes, aber dazu sind Sie offensichtlich nicht in der Lage.

(Beifall bei Horst Zwengel Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vom Erfolg verlassen und orientierungslos taumelt insbesondere die SPD vor sich hin. In Hamburg und in ganz

C

D

(Dr. Michael Freytag CDU)

- A Deutschland haben Sie es fertig gebracht, alle, aber auch wirklich alle gegen sich aufzubringen. Die Wähler laufen Ihnen in Scharen davon, alle Gewerkschafter, die etwas auf sich halten, distanzieren sich von der SPD, die Wirtschaft ist entsetzt, das Wachstum geht gegen Null, die Arbeitslosigkeit explodiert, alle wenden sich mit Grausen ab.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Setzen Sie mal eine Brille auf!)

Kehren Sie doch erst einmal den riesigen Misthaufen vor Ihrer eigenen Haustür, bevor Sie uns mit überflüssigen PUAs überziehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich finde, es ist wirklich schon ein starkes Stück, denn jahrzehntlang war Hamburg im Würgegriff des roten Filzes.

(Lachen bei der SPD)

Bei der SPD war Parteibuchwirtschaft an der Tagesordnung. Deshalb glaubt die SPD auch, die neuen Regierungsparteien seien genauso wie sie selbst. Nein, wir sind nicht so, wie Sie sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Zurufe von der SPD und der GAL: Schlimmer! Viel schlimmer!)

Tatsache ist, dass durch den Senat laufend befähigte Mitarbeiter aller Dienstgrade befördert werden, selbst wenn sie das SPD-Parteibuch haben. Es spielt nämlich keine Rolle. Nicht nur Amtsleiterpositionen sind von uns so besetzt worden. Selbst politische Spitzenfunktionen, wie zum Beispiel Staatsräte, werden in dieser Koalition von Mitgliedern anderer Parteien gestellt. Drei Staatsräte in dieser Koalition waren oder sind Mitglied der SPD. Zu Vergleichbarem waren Sie nicht annähernd in der Lage und das dokumentiert, dass wir keinen schwarzen Filz praktizieren. Ihren roten Filz kann man in der Tat auch nicht überbieten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Was soll also jetzt im parlamentarischen Untersuchungsausschuss, den wir gezwungen sind als Minderheitenrecht zu akzeptieren, herauskommen? Sie werden einiges feststellen. Sie werden einmal feststellen, dass gute Mitarbeiter im öffentlichen Dienst nicht zwingend ein SPD-Parteibuch haben müssen,

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Rolf Kruse CDU: Sehr wahr!)

Sie werden feststellen, dass Personalauswahl und Personalentscheidungen im Einklang mit geltendem Recht stehen, Sie werden feststellen, dass Ihr Ziel, den Senat wegen angeblichen Fehlverhaltens zu stellen, verfehlt wird, und dabei werden Sie tausende Arbeitsstunden und hunderttausende von Euro an Steuergeldern vergeuden. Dies finde ich in unserer Haushaltssituation eine unerträgliche Tatsache, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dieser parlamentarische Untersuchungsausschuss ist überflüssig und unverhältnismäßig. Der PUA-Antrag ist ein weiteres Dokument einer regierungsunfähigen Opposition, die den Wunsch hat, lange in dieser Rolle als Opposition

zu verharren. Dieser Wunsch wird Ihnen ganz sicher vom Wähler erfüllt werden und wir werden kräftig dabei helfen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Frühauf.

**Norbert Frühauf** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist ein wichtiges demokratisches Instrument.

(Ingo Egloff SPD: Sie erkennen es! Das haben Sie Ihrem Kollegen voraus!)

Die Frage, ob er missbraucht wird oder nicht, werden wir hinterher mit Gewissheit beantworten können.

Ich erinnere, dass der letzte PUA, wie er liebevoll abgekürzt wird, den Filz in der Sozialbehörde unter Einbeziehung des ehemaligen Bürgermeisters oder des damaligen Sozialsenators Ortwin Runde und der aufgrund ihrer Ehegatten-Affäre zurückgetretenen Sozialsenatorin Helgrit Fischer-Menzel aufgedeckt hat.

(Petra Brinkmann SPD: Die war schon zurückgetreten!)

Der letzte Untersuchungsausschuss hat nahezu 3 Millionen DM gekostet, sodass man sich darüber im Klaren sein muss, welche finanzielle Belastung jetzt bei knappen Haushaltsmitteln auf die Stadt zukommt.

(Ingo Egloff SPD: Das ist doch so durchsichtig!)

In der Sache Senator Kusch – es ist ja kein „Fall Kusch“, wie hier immer behauptet wird – hat die SPD Akteneinsicht genommen und die ersehnten Ergebnisse leider nicht liefern können. In der Aktuellen Stunde im Januar wurde die Personalpolitik von Senator Kusch ausführlich behandelt. Der Senator hat alle Fragen ausführlich beantwortet und darüber hinaus der SPD im Rechtsausschuss drei Stunden Rede und Antwort gestanden. Ein Fehlverhalten konnte ihm keiner vorwerfen.

Auf die Frage nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss sagte damals der Fraktionsvorsitzende Zuckerer, es gebe nicht genügend Anhaltspunkte für ein Fehlverhalten. Doch nun konstruiert er hier munter unter dem Deckmäntelchen fehlender Transparenz eine ganze Menge Verdachtsmomente gegen den Senator, gegen dessen Mitarbeiter und gegen das Verfahren ganz normaler Stellenbesetzungen. Dem gegenüber steht allerdings – wie heute der Presse zu entnehmen ist – für den Obmann der SPD, Herrn Frank, eigentlich schon alles fest. Er posaunt heraus, das Ergebnis sei doch Filzbegünstigung und Mobbing. Ja, aber was denn nun? Ich frage Sie: Wollen Sie etwas untersuchen oder wollen Sie eine vorgefertigte Vorverurteilung hier nur weiter aufrechterhalten?

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Es soll doch hier angeblich untersucht werden. Wie kommen Sie dann dazu, in so undemokratisch und wenig rechtsstaatlicher Weise Vorverurteilungen vorzunehmen und das auch noch als Pressemitteilung zu veröffentlichen? Das ist kein Ausrutscher, das ist geplant und Teil der Kampagne.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Oder geht es Ihnen gar nicht um eine Untersuchung? Geht es vielleicht nur um die Fortsetzung der bisher erfolglosen Kampagne?

Der von der Opposition geforderte Untersuchungsausschuss wird keine neuen Erkenntnisse bringen können.

(Rolf Kruse CDU: Kann ja sein!)

Uns hingegen zeigt der Untersuchungsauftrag immerhin, dass die SPD programmatisch wie inhaltlich keine anderen Themen zu bieten hat. Sie sind programmatisch am Ende und glauben, insbesondere in der Justizpolitik dem Senator nichts entgegensetzen zu können.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Denkstel!)

Deshalb wollen Sie wenigstens Ihren Kollegen Klooß in dem Ausschuss mit der Untersuchung von Personalangelegenheiten beschäftigen. Meine Damen und Herren, das ist schwach.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Herr Klooß hat den Ausschuss zu leiten und Herr Frank darf diesmal nur den Obmann machen und damit haben Sie wenigstens eine Lehre aus dem letzten Untersuchungsausschuss gezogen und diese Ämter getrennt.

Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag der SPD gelesen habe, habe ich zunächst gedacht, das sei der Tätigkeitsbericht der SPD der bisherigen Legislaturperiode. Im Grunde enthält er nichts weiter als eine Zusammenfassung dessen, was die SPD in den letzten eineinhalb Jahren hier gemacht hat: Kampagne an Kampagne gegen Mitarbeiter und Senatoren dieser Stadt.

B

Es sind fast alle bemerkbaren Aktivitäten der SPD enthalten und Sie werden wahrscheinlich in dieser Weise weitermachen wollen. Ich kann nur sagen: Weiter so, das beweist auch den Bürgern in unserer Stadt, dass hier von der SPD in der Sache nichts zu erwarten ist.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Herr Dr. Freytag hat es bereits gesagt, Sie werden mit dieser durchsichtigen Kampagne erhebliche Steuergelder verschleudern und kostbare Zeit etlicher Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft verschwenden. Aus unserer Sicht kann man deshalb nicht einmal sagen, schadet nichts, nützt nichts, denn ein Schaden könnte dadurch schon entstehen. Aus Ihrer Sicht, meine Damen und Herren von der SPD, soll vermutlich ein Schaden entstehen, und zwar bei den betroffenen Personen und dem Senat. Aber nützen wird Ihnen dieser Untersuchungsausschuss auch nichts und letztlich werden Sie sich selbst erinnert fühlen an das Sprichwort:

„Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.“

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren! Sie bauen sich ein Riesenglashaus und haben dort wahrscheinlich so viele Steine gesammelt, dass es Ihnen gelingen wird, sämtliche Scheiben des Glashauses einzuwerfen. Nur, was mich und was uns alle in diesem hohen Hause stören sollte: Sie werden die Kosten dem Steuerzahler aufbürden. Damit sind wir nicht einverstanden.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Ingo Egloff SPD: Was ist das für ein Parlamentsverständnis?)

C

Der PUA hat natürlich am Rande auch seine positiven Seiten. Wir können als Regierungsfraktion die Gelegenheit nutzen und uns die Personalpolitik der früheren Senate in Erinnerung rufen: Kaum eine Behördenhierarchie gar ohne Parteibuchwirtschaft und fast alle Besetzungen der Geschäftsführungen öffentlicher Unternehmen als Versorgungsposten für verdiente SPD-Funktionäre. Das SPD-Parteibuch galt bei Ihnen jahrelang als großer Befähigungsnachweis und die Einzelfälle dazu werden wir uns am Rande sicherlich immer in Erinnerung rufen können.

Dieser Senat hat erstmals damit begonnen, auch wichtige Posten, sogar Senatorenposten, mit überparteilichen Personen zu besetzen.

(Ingo Egloff SPD: Das haben wir auch gemacht!)

Wenn ich allein nur erwähnen darf: Polizeipräsident, Rechnungshofpräsident. So etwas wäre doch Ihnen nicht eingefallen.

Welches Gewicht letztlich die SPD einem derartigen Ausschuss beimisst, haben wir auch der Presse entnehmen können. Es war kaum möglich, Personen zu finden, die sich freiwillig für diesen Ausschuss zur Verfügung gestellt haben. Die Presse hat das vielleicht nicht ordentlich recherchiert, meinen Sie jetzt, aber, ich denke, es soll wohl sehr schwer gewesen sein. Das sagt doch eigentlich schon alles.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Irrtum! – Barbara Duden SPD: Das war bei der CDU!)

Herr Zuckerer, Ihre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass dieser Untersuchungsausschuss nicht die von mir seinerzeit so genannte Dreckskampagne fortsetzt. Sorgen Sie dafür, dass hier sachlich gearbeitet wird, dass es nicht zu zusätzlichen Generalverdächtigungen kommt und das Parlament sich nicht dadurch blamiert, dass die SPD zu einer Partei wird, die Senatoren und Mitarbeiter dieser Stadt unberechtigten Verleumdungen und Verdächtigungen aussetzt. Da erwarte ich von Ihnen eine faire Behandlung aller, die es betrifft.

D

Abschließend kann nicht nur sagen: Wir werden uns enthalten. Wir sehen Ihrem Ausschuss, an dem wir uns ja beteiligen werden, mit großer Gelassenheit entgegen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Maaß.

**Christian Maaß GAL:**\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die zentrale Frage in diesem Untersuchungsausschuss besteht darin, was dem Senat bei seiner bisherigen Personalpolitik wichtiger war, das Recht oder die rechte Gesinnung von Mitarbeitern.

Wir haben nach der Beurteilung der uns vorliegenden Akten und Berichte den auf Tatsachen begründeten Verdacht,

(Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Der rechte Herr Wellinghausen! Der rechte Herr Behlmer! Der rechte Herr Meister!)

(Christian Maaß GAL)

- A dass der Justizsenator erstens in rechtswidriger und politisch unakzeptabler Weise Einfluss auf Personalentscheidungen genommen hat, zweitens seine engsten Mitarbeiter mit bisher unüblichen finanziellen Begünstigungen versorgt hat und drittens den Verdacht, dass loyale Beamte, die nicht sein Parteibuch hatten, gezielt schikaniert und gemobbt wurden. Dies sind drei Varianten eines und desselben Themas, dem Thema, dass dieser Senat möglicherweise glaubt, seit der Wahl 2001 gehöre diese Stadt endlich den Koalitionsparteien und namentlich der CDU.

Meine Damen und Herren! Bei allem Verständnis, das ich dafür habe, dass sich die CDU freut, dass sie nach 44 Jahren die SPD von der Macht verdrängt hat,

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Da haben Sie gut mitgeholfen!)

eines lassen wir nicht zu: Wir lassen es nicht durchgehen, wenn die CDU meint, die Herrschaft des Rechts durch die Herrschaft der Rechten ersetzen zu können,

(Beifall bei der GAL und der SPD – Unmutsäußerungen bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

denn diese Stadt hat nie der SPD gehört und sie ist auch heute nicht die Beute der CDU, denn diese Stadt gehört den Bürgerinnen und Bürgern der Hansestadt Hamburg und sonst niemandem.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Herr Kusch und der Bürgermeister diese Lektion begreifen, dann hat dieser Untersuchungsausschuss auch schon einen großen Zweck erfüllt.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Seien Sie nicht so oberlehrerhaft!)

- B Meine Damen und Herren! Wir werden uns in diesem Untersuchungsausschuss um drei Komplexe kümmern.

Erstens werden wir sehr genau untersuchen, ob und in welchem Umfang unsachgemäße und rechtswidrige Erwägungen Einfluss auf die Personalpolitik des Justizsenators gehabt haben. Der zentrale Fall ist und bleibt dabei der Fall Soyka. Nach allem, was wir wissen und was öffentlich auch bekannt ist, handelt es sich hier um ungeheuerliche Vorgänge.

(Ekkehard Rumpf FDP: Wenn Sie das schon wissen, warum denn dieser PUA?)

Die Abteilungsleitung für die sozialen Dienste wurde mit der Gattin eines linienkonformen Rathaus-Journalisten besetzt, obwohl Heerscharen von Juristen bis hin zum Verwaltungsgericht Hamburg diese Stellenbesetzung als rechtswidrig gebrandmarkt haben. Wir haben hierzu eine Menge Fragen, die sich auch durch die Akteneinsicht nicht klären ließen und sich im Übrigen auch nicht durch die Befragung von Herrn Kusch vollständig klären ließen. Unserer Ansicht nach werden deswegen weitere Zeugen vernommen werden müssen und dies geht nun einmal nicht anders als in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Ich nenne nur einige Fragen, die sich stellen. Wie ist es zuerst überhaupt zu den engen Formulierungen der Ausschreibung für die Leitung der sozialen Dienste gekommen? Warum wurde dadurch die stellvertretende Abteilungsleiterin praktisch von der Bewerbung ausgeschlossen und in welcher Weise hat die Behördenleitung Einfluss auf diese Ausschreibung genommen? Welche Kontakte

bestanden zwischen der Behördenleitung und der Bewerberin und ihrem Ehemann vor und während des Bewerbungs- und Auswahlverfahrens? Was hat den Büroleiter des Justizsenators dazu bewogen, gegenüber dem Ehemann der Bewerberin zu versichern, dass diese weiterhin die Favoritin der Behördenleitung sei, obwohl ein Bewerbungsgespräch mit dem Justizsenator zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch nicht stattgefunden hatte?

(Michael Neumann SPD: Kaffee trinken!)

Was hat den Justizsenator dazu bewogen, trotz der unbefriedigenden Bewerberlage die Stelle nach Beendigung des Bewerbungsverfahrens nicht erneut auszuschreiben, sondern trotz der offenkundigen Rechtswidrigkeit die Journalistengattin einzustellen? Das sind Fragen, die aus meiner Sicht berechtigt sind und die sich nur in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss klären lassen und die auch geklärt werden müssen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Klingt irgendwie frauenfeindlich!)

Im zweiten Komplex werden wir untersuchen, ob und in welchem Umfang unrechtmäßige oder ungewöhnliche finanzielle Leistungen für enge Mitarbeiter der Behördenleitung gewährt wurden. Waren es übliche Verfahren, durch die das engste Umfeld des Justizsenators finanziell doch sehr gut versorgt wurde? War es sachgerecht, dass der Pressesprecher der Justizbehörde zur Ernennung zum Richter vorgeschlagen wurde, obwohl der Aufgabenbereich des Pressesprechers erkennbar keine richterlichen Fähigkeiten und Tätigkeiten erfordert und umfasst? Wurde die Stelle des Sicherheitsbeauftragten für den Strafvollzug passgerecht auf den CDU-Abgeordneten Ploog zugeschnitten, damit dieser die Stelle antreten konnte, ohne sein Bürgerschaftsmandat niederlegen zu müssen? Auch das sind Fragen, die nicht im Raum stehen bleiben dürfen, sondern die dringend der Aufklärung bedürfen, und wir werden diese Fragen aufklären.

Im dritten Komplex werden wir prüfen, ob und in welchem Umfang seitens der Behördenleitung unsachgemäße oder rechtswidrige Methoden zur Sanktionierung einzelner unliebsamer Mitarbeiter ergriffen wurden. Ein Justizsenator, der loyale Mitarbeiter nach ihrer politischen Gesinnung und nicht nach ihrer fachlichen Befähigung beurteilt, wäre aus unserer Sicht untragbar.

(Karen Koop CDU: Man kann fachlich gut und loyal sein!)

Noch ein Wort zu den Akten – das wurde bereits von Herrn Zuckerer angesprochen –, die uns vom Senat zur Einsicht vorgelegt wurden. Letztlich hat diese Akteneinsicht weniger Fragen beantwortet als aufgeworfen, denn eines geht ganz deutlich aus den Akten hervor, dass diese Akten in dieser Form so real kaum geführt wurden, sondern für die Bürgerschaft zusammengestellt wurden. Das führt dazu, dass die Kontrollmöglichkeiten des Parlamentes erheblich erschwert wurden. Vor dem Hintergrund des letzten Untersuchungsausschusses und der Ausführung und den Konsequenzen, die die CDU aus diesem Untersuchungsausschuss gefordert hat, ist dies, ehrlich gesagt, ziemlich erstaunlich.

Meine Damen und Herren! Die damalige CDU-Opposition hat sich noch vor zwei Jahren sehr mächtig über den SPD-Filz aufgeregt, den sie entdeckt hatte und sicherlich nicht ganz zu Unrecht. Da war von Kungeleien und Parteibuch-

C

D

(Christian Maaß GAL)

- A wirtschaft die Rede, von Begünstigung und Intransparenz sowie von fehlenden und fingierten Akten. Diese Aufregung war zum Teil auch berechtigt. Auch die GAL-Fraktion hat im damaligen Untersuchungsausschuss in der 16. Legislaturperiode deutliche Kritik zu verschiedenen Vorgängen formuliert. Umso unverständlicher ist es aus meiner Sicht, dass die CDU keine zwei Jahre gebraucht hat, um die im letzten parlamentarischen Untersuchungsausschuss kritisierten Praktiken jetzt selbst anzuwenden. Denn auch der CDU geht es genau um diese Punkte. Es geht um Parteibuchwirtschaft, um Begünstigung und Intransparenz. Eigentlich hatte ich – wenn ich die Politik so betrachte – den Glauben an die Lernfähigkeit der CDU ein bisschen verloren, aber die Kreationen von Filz im Schnelldurchgang sind ein beeindruckender Beleg dafür, dass träge Systeme durchaus noch eine gewisse Lernfähigkeit aufweisen können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wofür die SPD 44 Jahre gebraucht hat, schafft die CDU offenbar in zwei Jahren. Das ist „Learning by Nachahmung“,

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Lernen durch Nachahmung!)

ist aber trotzdem noch besser und schneller als das Original. So etwas schaffen sonst nur japanische Autobauer. Das ist eine reife Leistung. Herzlichen Glückwunsch, liebe CDU!

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Den Koalitionsfraktionen sind bisher nicht viele Argumente gegen den parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingefallen. Herr Frühauf, Sie sprachen vor einigen Tagen von einer Hetzkampagne und heute von einer Dreckskampagne und einem verbrauchten Thema, das die Opposition jetzt traktiere. Dazu zwei Anmerkungen.

- B Erstens: Wer die Einsetzung des 46. Untersuchungsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft als Teil einer Hetzkampagne diffamiert, dem fehlt aus meiner Sicht der Respekt vor der ersten Gewalt und der hat die Spielregeln der Demokratie nicht wirklich verinnerlicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zweitens: Wer glaubt, man könne die unaufgeklärten, schwerwiegenden Vorwürfe einfach im Raum stehen lassen, der würde eine Verlotterung der demokratischen Sitten in dieser Stadt akzeptieren. Diese Berufsauffassung teilen zumindest die Grünen nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr Freytag, Sie sprachen kürzlich davon, dass die Opposition nur vom eigenen Versagen ablenken wolle. Das war auch Ihr Hauptargument in Ihrer eben gehaltenen Rede.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Recht hat er!)

Herr Freytag, so argumentiert man doch eigentlich nur, wenn einem nichts anderes mehr einfällt.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das ist die Realität!)

Wenn die Argumente der anderen Seite einfach zu gut und so überzeugend sind, dass einem in der Sache nichts mehr einfällt, dann will man nur davon ablenken, dass man in der Sache nichts mehr zu bieten hat.

(Dr. Michael Freytag CDU: Glauben Sie das wirklich?)

Das ist eine Argumentation, mit der Sie sich lächerlich machen, Herr Freytag.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nun komme ich zum Kostenargument, das hier mehrfach genannt worden ist. Es ist richtig: Demokratie kostet Geld.

(Michael Neumann SPD: Und Nerven!)

Dieses Parlament kostet auch Geld. Aber wir leisten auch viel. Und noch eines: Die Demokratie ist das Wichtigste in dieser Gesellschaft. Sie kostet uns Geld, weil sie wertvoll ist.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Goldene Worte von Rezzo Schlauch: Demokratie kostet Geld!)

Deshalb müssen wir die demokratischen Instrumente ausschöpfen, wenn die Demokratie in irgendeiner Form gefährdet ist. Wenn Sie Geld für Gummipuppen – die lehne ich in der Sache nicht ab – über dem Spielbudenplatz ausgeben können und meinen, bei einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss sparen zu müssen, dann setzen Sie die Prioritäten etwas falsch.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Michael Neumann SPD: Die billigste Lösung wäre Rücktritt!)

Der CDU wäre es offensichtlich am liebsten, wenn die Opposition sich brav auf die Bänke setzen würde, den Mund hält und sie in Ruhe weiter kungeln lässt. Meine Damen und Herren von der CDU, das mag Ihre Auffassung von den Aufgaben einer Opposition sein, aber eine kraft- und zahnlose Opposition hat dieses Haus durch 44 Jahre CDU-Opposition viel zu lange erlebt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Diesen Gefallen werden wir Ihnen nicht tun. Wir werden die Vorwürfe zum Wohle der demokratischen Kultur in dieser Stadt aufklären. Ich warte noch auf die von den Koalitionspolitikern – namentlich von Herrn Müller-Sönksen – angekündigte Ausdehnung des Untersuchungsauftrags auf 44 Jahre SPD. Wieso kommen Sie eigentlich jetzt erst auf diese Idee? Sie hatten als Opposition 44 Jahre Zeit, den Filzvorwürfen gegen die SPD nachzugehen. Erst jetzt fällt Ihnen das ein.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD – Dr. Michael Freytag CDU: Wir beantragen so etwas ja auch nicht!)

Welche Art von Opposition waren Sie eigentlich, wenn Sie 44 Jahre lang nicht aufgeklärt haben, Ihnen aber dieses Versäumnis ausgerechnet jetzt einfällt, wo es mittlerweile eine Opposition gibt, die sich nicht im Siechtum befindet, sondern die ihren Kontrollauftrag wirklich ernst nimmt?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Meine Damen und Herren von der Koalition, mit einem müssen Sie rechnen: Der Wind von den Oppositionsbänken wird jetzt deutlich kräftiger wehen als das laue Lüftchen der CDU.

(Oh-Rufe von der CDU)

Wir werden den parlamentarischen Untersuchungsausschuss dazu nutzen, den schwarzen Filz aufzuklären, um dem Recht Geltung zu verschaffen und um die demokratische Kultur in dieser Stadt zu verteidigen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Müller-Sönksen.



- A **Burkhardt Müller-Sönksen** FDP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den Einlagen von Herrn Maaß und auch von Herrn Zuckerer kann ich – mit Erlaubnis des Präsidenten – auf lateinisch nur sagen: si tacuisses, philosophus mansisses. Frei übersetzt heißt dies: Wenn Sie geschwiegen hätten, hätte man Sie vielleicht für eine Opposition halten können.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Aber in einem Punkt freue ich mich schon wirklich auf den Untersuchungsausschuss: Es wird nämlich ein Jeopardy-Spiel werden. Für diejenigen, die dieses nicht kennen: Sie stellen die Fragen und wir wissen, wie Sie es früher gemacht haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Michael Neumann SPD*: Super!)

Die Oppositionsfractionen beantragen, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Das ist ihr gutes Recht. Ebenso ist es ihr gutes Recht, Personalentscheidungen des Senats zum Gegenstand des Untersuchungsausschusses zu machen. Die Zielsetzung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist hinreichend deutlich. Die SPD, die Partei, die wegen roten Filzes zur Opposition verurteilt wurde, will die Absolution erteilt bekommen. Sie greift deshalb zum schärfsten Schwert des Parlaments, dessen man habhaft werden kann. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der sozialdemokratischen Fraktion, die Absolution wird Ihnen nicht erteilt werden.

(*Ingo Eglhoff SPD*: Sie sind doch nicht der Papst!)

- B Sie werden feststellen müssen, dass der neue Senat Ihre Praktiken eben nicht übernommen hat. Wenn Sie ehrlich zu sich selbst sind, wissen Sie das auch schon heute. Anders kann ich mir den von Ihnen formulierten Untersuchungsauftrag nicht erklären.

Ich sagte, dass die Zielsetzung Ihres Handelns jedem hinreichend deutlich ist. Leider gilt dieses nicht für den von Ihnen formulierten Untersuchungsauftrag. Dieser ist inhaltlich so unbestimmt, dass Zweifel an seiner Verfassungsgemäßheit nicht nur geboten sind, sondern sich geradezu aufdrängen. Sie umreißen ein Gefälle aus dem Verantwortungsbereich des Präses der Justizbehörde und versuchen, die im Antrag stehenden Punkte hier noch einmal wortreich zu wiederholen.

Ihrem Herrn Zuckerer wurde bereits auf der Pressekonferenz anlässlich der Ausarbeitung Ihres Einsetzungsantrages vorgehalten, was es da noch aufzuklären gäbe. Seinerzeit war es schon auffällig, Herr Kollege Zuckerer, dass bei Ihnen und möglicherweise auch bei den Fraktionen der SPD und der GAL hinsichtlich des Untersuchungsauftrags eine gewisse Unsicherheit zu bestehen schien. Das ist ein alt bekanntes Herumstochern im Nichts. Am Ende ist ein Untersuchungsauftrag herausgekommen – das sage ich Ihnen gern noch einmal –, der aus Sicht der Freien Demokraten verfassungsrechtlich mehr als bedenklich ist.

Seinerzeit erwähnten Sie auffällig häufig, dass man bei Bedarf den Untersuchungsgegenstand auf andere Behörden ausweiten wolle. Ich habe heute von Ihnen gehört – das hätte in dem Antrag stehen müssen –, dass Sie drei Senatoren davon ausgenommen haben. Wir können darauf eine Schablone setzen und den Umkehrschluss hineininterpretieren. Vielen Dank, dass Sie uns heute ein klei-

nes bisschen Schützenhilfe bei der Interpretation gegeben haben.

Herr Zuckerer, die Wahrheit ist, dass Sie weiter nichts gesagt haben als das, was Sie schon in den Antrag hineingeschrieben und auch in der Vergangenheit versucht haben, der Presse vorzustellen. Dann nützt es auch nichts, dass Sie die Lückenhaftigkeit des Untersuchungsauftrages anlässlich Ihrer Pressekonferenz, als Sie ebenfalls mit dieser Frage konfrontiert waren, damit entschuldigt haben, dass der Aktenbefund nicht öffentlich ist. Es wurde eben klar gesagt, dass die Paginierung – die Durchnumerierung – der Akten offensichtlich von dem Präses einer Behörde erfunden wurde, weil er nicht entsprechend durchnummeriert hat. Ich glaube, eine einfache Information hätte gereicht, dass es einen Auftrag der Nichtdurchnummerierung von den Vorgängern nie so gegeben hat. Sie haben es trotzdem noch einmal vorgetragen. Daran müssen Sie sich später auch messen lassen.

Sie konnten vor einem Monat – als Sie die Pressekonferenz abgehalten haben – nicht einmal die Frage beantworten, warum Sie weitere Fälle nicht konkret benennen wollen. Sie haben es auch bis heute nicht getan. Sie haben einen Umkehrschluss vollzogen, aber keine konkreten Fälle benannt.

Die FDP wird sich bei der Abstimmung des Oppositionsantrages der Stimme enthalten. Wir haben hinsichtlich der Bestimmtheit des Untersuchungsauftrages erhebliche Bedenken, werden aber dennoch dem Minderheitenrecht auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses nicht im Wege stehen. Wir hätten aus diesen Erwägungen Ihren Antrag auch angenommen, wenn Sie etwas Verfassungsgemäßes zustande gebracht hätten; das war leider nicht der Fall. Wir hoffen, dass der Untersuchungsauftrag für Ihre zukünftige Arbeit im Untersuchungsausschuss nicht beispielhaft sein wird. Dabei können wir es an dieser Stelle belassen.

Herr Zuckerer, eines will ich aber noch positiv aufnehmen. Sie haben etwas angekündigt, das ich an dieser Stelle noch einmal sagen will. Sie haben gesagt, dass Sie die Verdachtsmomente erörtern und nachsehen wollen. Wenn sich diese Verdachtsmomente im Untersuchungsausschuss als nicht bewiesen darstellen, werden Sie darüber auch nicht weiter in Form eines Verdachtes reden. Daran werden wir Sie messen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat Senator Kusch.

(*Michael Neumann SPD*: Erklärt er seinen Rücktritt, oder was?)

**Senator Dr. Roger Kusch:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einer Demokratie ist die Kritik an der Politik mindestens so wichtig wie die Politik selbst.

(*Rolf Kruse CDU*: Immerhin!)

Die politisch Handelnden können sich weder den Inhalt noch die Form der Kritik aussuchen, müssen selbst mit Gerüchten, Indiskretionen und anderen anonym gestreuten Informationen leben.

Dabei kann man gelegentlich beobachten, dass der Urheber eines Gerüchtes durch die Wiederholung und die Kol-

(Senator Dr. Roger Kusch)

- A portage irgendwann beginnt, das eigene Gerücht für wahr zu halten.

Anfang des Jahres häuften sich Mutmaßungen, die sich auf die Justizpolitik, die Personalpolitik der Justizbehörde und auf mich persönlich bezogen. In einer Pressekonferenz am 13. Januar und bei einer ausführlichen Befragung im Rechtsausschuss am 16. Januar hatte ich alle Fragen beantwortet und – wie ich meinte – alle Vorwürfe und Verdächtigungen ausgeräumt. Die Kommentare von SPD-Abgeordneten zur Akteneinsicht und vor allem natürlich der heutige Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zeigen, dass jedenfalls bei Ihnen in der SPD Zweifel fortbestehen.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Richtig! – Zuruf von der CDU: Das ist auch erlaubt!)

Es ist selbstverständlich Ziel des Senats und der ihn tragenden Fraktionen, unsere Politik einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Wir wollen nicht nur die Menschen auf unsere Seite bekommen, die uns vor eineinhalb Jahren gewählt haben, sondern möglichst vielen Hamburgerinnen und Hamburgern deutlich machen, dass wir eine Politik zum Wohl der ganzen Stadt machen. Zur klugen Politik gehört auch eine kluge Personalpolitik.

Mit dem Instrumentarium eines Untersuchungsausschusses bieten Sie der Justizbehörde und mir persönlich das breiteste Forum, Vorwürfe zu widerlegen. Diese Gelegenheit werden wir nutzen und Sie bei Ihrer Aufklärungsarbeit in jeder nur denkbaren Weise unterstützen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Ingo Egloff SPD: Daran werden wir Sie messen!)

- B Der Untersuchungsausschuss ermöglicht uns, die Erfolge unserer Sachpolitik und die Seriosität unserer Personalpolitik einer breiten Öffentlichkeit deutlich zu machen. Wir sehen dem Untersuchungsausschuss mit Gelassenheit entgegen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Klooß.

**Rolf-Dieter Klooß SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es fiel mir schon bei der Debatte in der Bürgerschaft am 22. Januar auf, dass bei der Frage der Bewertung dieser Vorwürfe und des Herangehens durch die Parlamentarier ein Unterschied zwischen den Fraktionen und dem Senator besteht, jedenfalls äußerlich.

Damals haben Sie, Herr Senator, relativ gelassen gesagt: Wenn die Opposition nicht mit der Befragung im Rechtsausschuss einverstanden ist, kann sie die Akteneinsicht und – wenn dies nicht ausreicht – den Untersuchungsausschuss beantragen. Genau an diesem Punkt stehen wir. Ich begreife deshalb auch nicht dieses Gezappel, das von Ihnen kommt.

(Michael Fuchs CDU: Kommt ja gar nicht! – Dr. Michael Freytag CDU: Wir sind völlig entspannt!)

Wir haben es uns mit dem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht leicht gemacht. Im Gegenteil, wir haben – gestützt auf Pressemeldungen – durch die Kleinen Anfragen, die Ergebnisse der Anhörung im Rechtsausschuss, die Debatte im Parlament und das

Ergebnis unserer Akteneinsicht gesehen, dass es Lücken und weiteren Aufklärungsbedarf gibt. Das ist der Grund, weshalb wir diesen Untersuchungsausschuss einsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich bin regelrecht betrübt, wenn ich sehe, wie einige von Ihnen gegen die Einsetzung des Untersuchungsausschusses argumentieren.

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Bisher hat noch keiner was dagegen gesagt!)

Das zeigt doch anschaulich, wie Sie mit der Verantwortung umgehen, die auch Ihnen von den Wählern gegeben wurde. Sie haben auf weiten Strecken außer Arroganz und Abwiegen nichts gezeigt. Im Ausschuss selbst werden Sie mehr leisten müssen,

(Rolf Kruse CDU: Da sind Sie dran!)

dann hilft Ihnen die Obstruktion nichts. Wenn Sie selbst nicht merken, dass die von uns exemplarisch genannten Fälle – Soyka, Städtler, Ploog und andere – mindestens einen Beigeschmack haben, dann ist Ihnen nicht nur der letzte Rest politischen Spürsinns abhanden gekommen, sondern Sie haben sich auch eine eigene Parallelwelt geschaffen, in der nur Ihre Argumente selig machend sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist gut, dass bei Ihnen die Einsicht eingekehrt ist, dass Sie diesen Untersuchungsausschuss aufgrund der Verfassungsgesetzeslage nicht verhindern können.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das wussten wir auch schon!)

Es ist aber nicht nur das. Bei aller Unterschiedlichkeit in der Frage, ob wir einen solchen Untersuchungsausschuss brauchen oder nicht, müssen auch Sie sich der Hauptaufgabe stellen. Das ist die Aufgabe, die Wahrheit herauszufinden.

(Rolf Kruse CDU: Genau! BAGS-Ausschuss lässt grüßen!)

Für die Parlamentarier gibt es hier keine Unterschiede. Es hilft kein Abwiegen und keine Obstruktion, es ist eine gemeinsame Aufgabe.

(Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wer will denn das?)

Deswegen appelliere ich an Sie: Arbeiten Sie bei der Einsetzung eines Arbeitsstabes und bei den Rahmenbedingungen für die Arbeit des Untersuchungsausschusses konstruktiv mit. Dann werden wir zu Ergebnissen kommen. Die Bewertung dieser Ergebnisse macht dann jeder für sich allein. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Lüdemann.

**Carsten Lüdemann CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Klooß, Sie dürfen uns nicht per se unterstellen, dass wir grundsätzlich gegen einen Untersuchungsausschuss sind, weil wir meinen, dass wir hier irgendetwas zu verbergen hätten.

Es gab eine Sondersitzung des Rechtsausschusses – das wurde auch schon ausführlich dargestellt –, in der der

(Carsten Lüdemann CDU)

- A Senator vier Stunden lang alle Fragen so beantwortet hat, dass letztlich keine Fragen offen geblieben sind. Genau die Fragen, die Herr Maaß hier aufgezählt hat, haben Sie damals im Ausschuss auch gestellt. Sie haben auf alle eine Antwort bekommen.

(Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Aber er will sie gern noch einmal hören!)

Wenn Sie jetzt darstellen, nach der Akteneinsicht neue Erkenntnisse gewonnen zu haben – obwohl es danach so aussah, als wüssten Sie auch nicht weiter –, dann gibt es für Sie aber schon eine gewisse Veranlassung, hier darzulegen, was denn konkret die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses rechtfertigt. Lediglich zu sagen, dass es Lücken gibt und deswegen ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden muss, ist ein bisschen zu wenig,

(Rolf Kruse CDU: Sehr wahr!)

wenn man einmal abwägt, welches Schwert ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss darstellt, welcher Aufwand entsteht und wie viel Geld er kostet. Deswegen sollte man nicht wegen jeder Kleinigkeit einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss fordern, um ihn als politisches Instrument zu nutzen, sondern man muss dafür schon gewichtigere Gründe vorlegen.

Ich möchte noch auf einige Kleinigkeiten eingehen. Herr Zuckerer sagte, im Rechtsausschuss sei nicht ausführlich geantwortet worden; es seien Fragen offen geblieben.

Herr Zuckerer, soweit ich mich erinnern kann, sind Sie bei der Ausschusssitzung gar nicht anwesend gewesen,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja, und? Er kann doch lesen! Herr Lüdemann, was ist das für ein Argument?)

B

aber Sie behaupten ganz konkret, dass nicht ausführlich geantwortet worden sei.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Frau Dr. Hilgers, das Argument, es sei nicht ausführlich geantwortet worden, ist zu wenig. Ich erwarte, dass Sie sagen: Die und die Frage ist in dem und dem Punkt nicht konkret beantwortet worden.

(Michael Neumann SPD: Dann hätte ein Wortprotokoll geholfen! Sie wollten das nicht, Sie wissen warum!)

– Regen Sie sich doch nicht auf. Wenn Sie noch Fragen haben, sagen wir ganz einfach: Wir setzen den parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein, geben aber zu bedenken, dass es bislang noch keine konkreten Fragen gibt, die diesen Aufwand rechtfertigen.

Wenn man sich die Fragen ansieht, die noch geklärt werden sollen: Die Generalstaatsanwältin Frau Uhlig van Buren sei gemobbt worden und fühle sich durch den Senator schlecht behandelt. Mir fällt auf, dass Frau Uhlig van Buren sich dazu noch nie geäußert hat, dass sie damit Probleme hätte. Ich habe noch nicht eine einzige Äußerung von ihr gehört, die irgendwo belegt, dass der Senator nicht fair mit ihr umgegangen, das und das gesagt hätte und sie gemobbt worden sei. Sie hat nichts gesagt.

(Christian Maaß GAL: Weil sie loyal ist!)

Das könnte man dann herausfinden. Die Frage, ob sie gemobbt worden ist oder vielleicht vom Senator nicht so ganz höflich angesprochen wurde,

(Michael Neumann SPD: Mobben und nicht höflich Ansprechen ist ein Unterschied!)

C

heben Sie auf eine Kategorie wie die Giftmülldeponie Georgswerder oder den Giftgaskandal bei der Firma Stoltzenberg. Das hat für Sie die gleiche Wertigkeit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es soll auch noch die Ernennung – der Name ist schon gefallen – von Herrn Dr. Nitschke zum Pressesprecher aufgeklärt werden. Sie sagen, er habe eine schwarze Gesinnung. Ich weiß nicht, ob er überhaupt Parteimitglied ist. Aber per se unterstellen Sie ihm schon einmal, dass er eine absolut schwarze Gesinnung hätte.

Herr Dr. Nitschke ist noch von der Pressesprecherin der Senatorin Peschel-Gutzeit ausgesucht worden,

(Rolf Kruse CDU: Hört, hört!)

als diese noch im Amt war. Sie hat die Bewerbungen sortiert und dann diesen Vorschlag gemacht. Zum Richter wurde er vom Richterwahlausschuss gewählt. Der Richterwahlausschuss hat Herrn Dr. Nitschke – er hat immerhin zwei Staatsexamen und hat eine Doktorarbeit geschrieben – zum Richter gewählt. Dort hätten Sie, wenn Sie das gewollt hätten, zumindest einen Protest anmelden können. Die SPD-Mitglieder dieses Ausschusses hätten doch mit Nein stimmen, ihren Protest anmelden oder sich echauffiert zeigen können. Wenn Sie gewollt hätten, hätte die SPD-Fraktion die Ernennung von Herrn Dr. Nitschke mit ihren Vertretern im Richterwahlausschuss verhindern können, indem Sie schlichtweg mit Nein gestimmt hätten.

(Elke Thomas CDU: Richtig!)

Sie hätten das noch nicht einmal groß erklären, sondern einfach mit Nein stimmen müssen. Dann wäre Herr Dr. Nitschke nicht gewählt worden. Dies aber nach einer so langen Zeit als Skandal darzustellen und deswegen einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen, ist doch aufgrund Ihrer Argumentation und Verhaltensweise vollkommen inkonsequent.

D

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie können sich eines fragen: Warum hat die SPD gepennt und den Pressesprecher zum Richter gewählt?

(Jan Ehlers SPD: Wir haben nicht gepennt! Den haben Sie selbst ausgesucht!)

Die Frage können Sie sich stellen. Das können Sie aber auf einem Kolloquium der SPD in Timmendorf machen, aber nicht durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss klären lassen, der Millionen von Euro kosten wird. Die Frage müssen Sie sich selbst beantworten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich möchte noch eine Bemerkung zu dem – so wird er immer genannt – so genannten Fall Soyka machen, den Sie hier auch schon angesprochen haben. Es sei ja so unheimlich schlimm, dass diese Frau diese Tätigkeit übernehmen sollte, das sei unverschämt und überhaupt nicht zu vertreten. Die Stelle war so ausgeschrieben, dass sich darauf einige hundert Juristen hätten bewerben können. Tatsächlich gab es zwei oder drei Bewerbungen. Sie verlangen aber grundsätzlich, dass die Bewerbung eines Ehemanns oder einer Ehefrau, einer Lebenspartnerin oder

(Carsten Lüdemann CDU)

- A eines Lebenspartners eines Hamburger Journalisten von vornherein aussortiert wird.

(Christian Maaß CDU: Das ist Unsinn!)

Das ist eine absolute Diskriminierung. So etwas nennen Sie gerecht. Genau das verlangen Sie.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Frau ist Richterin mit einer R1-Stelle in Hessen.

(Günter Frank SPD: Warten Sie mal ab!)

Ihr Mann arbeitet in Hamburg und auch ihre Kinder leben hier. Sie führen eine Wochenendbeziehung. Das ist nicht der Idealfall. Aber dieser Frau, die Juristin ist und in einer Behörde arbeitet, wird praktisch auf Dauer, solange ihr Ehemann in Hamburg noch als Journalist tätig ist, die Möglichkeit verwehrt, eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst in Hamburg zu beginnen, weil Sie von vornherein Filz unterstellen. Das kann doch nicht gerecht sein, Herr Maaß.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Wolfgang Franz SPD: Bisschen simpel dargestellt!)

– Aber, Herr Franz, Sie verstehen es doch nur, wenn man es besonders simpel darstellt. Wenn ich es anspruchsvoller darstelle, verstehen Sie es doch nicht.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir haben im Rechtsausschuss alle Fragen schon ausführlich beantwortet. Wenn Sie trotzdem diesen Bedarf haben und die Fragen noch einmal stellen und auch beantwortet haben wollen, werden wir diesen parlamentarischen Untersuchungsausschuss selbstverständlich und – wie Sie es sagen – konstruktiv begleiten. Wir werden alle Fragen, die Sie noch haben, noch einmal beantworten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Dr. Willfried Maier GAL: Wir haben aber an Herrn Lüdemann gar keine Fragen!)

**Vizepräsident Peter Paul Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Schaub.

**Reinhold J.W. Schaub** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich ist es das gute Recht der Opposition, die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu beantragen; wir sträuben uns auch gar nicht dagegen, sondern wir nehmen ihn ernst.

Aber das, was hier gemacht wird, ist nach unserer Einschätzung ein Schrotschuss in der Hoffnung, dass vielleicht ein Körnchen treffen wird. Wegen vager Verdachtsmomente wird gleich zu einem Generalverdacht übergegangen. Der Kollege Lüdemann hat schon über die Bedeutung und der Kollege Müller-Sönksen über die Bestimmtheit und die Verfassungsmäßigkeit des Auftrages eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gesprochen. Ihr Antrag ist sehr weit gefasst.

Besonders einige von der SPD haben sich schon als Hellseher betätigt. Für sie steht das Ergebnis, das dabei herauskommt, schon fest. Ich will mich auch einmal als Hellseher betätigen: Dieser Schrotschuss wird nach hinten losgehen. Herr Zuckerer, Sie hätten Ihren Kolleginnen und

Kollegen vielleicht erklären sollen, was ein Rohrkrepierer ist.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Auf Plattdeutsch würde man sagen: Moses, dat geiht in de Bux und auf Hochdeutsch: Walter, das geht in die Hose.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Inhaltlich ist vom Senator mit großer Offenheit zum einen in seiner Erklärung und zum anderen auch im Rechtsausschuss zu vielen Punkten geantwortet worden. Im Nachhinein sind mir noch zwei Punkte aufgefallen:

Zum einen der Fall Hornauer. Es ist mir eigentlich nicht so klar, was Sie hier bezwecken. Sie werden Ihrem Genossen einen Barendienst erweisen, zumal offensichtlich ist, dass hier persönliche Interessen und die Pflichten des Amtes nicht sauber auseinander gehalten wurden.

Zum anderen ist zu Punkt 7 am Ende Ihres Antrages zu sagen, dass der Vorwurf einer unsachgemäßen Besetzung der Stelle eines persönlichen Referenten im Senatsamt für Bezirksangelegenheiten ins Leere geht, da der betroffene Beamte aus einer anderen Behörde nur abgeordnet und nicht befördert wurde. Ich weiß nicht, was Sie hier bezwecken wollen.

(Dr. Michael Freytag CDU: Das findet sich!)

Wir werden diesen parlamentarischen Untersuchungsausschuss natürlich mit Gelassenheit und konstruktiv begleiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Vizepräsident Farid Müller übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Maaß.

**Christian Maaß GAL:**\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur drei kurze Anmerkungen, Herr Müller-Sönksen – er ist jetzt nicht da –, aber wenn die FDP verfassungsrechtliche Bedenken gegen diesen Antrag hat, dann bringen Sie ihn doch bitte vor das Hamburgische Verfassungsgericht und stellen hier nicht eine Behauptung ohne jegliche Begründung und ohne jegliche Konsequenzen in den Raum. Das ist wirklich unseriös, was Sie hier machen.

(Beifall bei der GAL – Bernd Reinert CDU: Zögerlicher Beifall!)

Noch einmal zu dem Punkt, dass Herr Senator Kusch im Ausschuss alle Fragen beantwortet habe und sich deswegen dieser parlamentarische Untersuchungsausschuss erübrige: Das sagt insbesondere Herr Freytag und ich darf Herrn Freytag fragen, ob er im Ausschuss dabei war. Woher wissen Sie eigentlich, dass alle Fragen beantwortet wurden, Herr Dr. Freytag? Dies nur, um dieses sinnlose Argument von Herrn Lüdemann umzukehren. Ihr Vertrauen in Ihren Senator Dr. Kusch ehrt Sie. Sie sagen, Sie glaubten ihm und dadurch, dass Herr Kusch unsere Fragen beantwortet habe, sei alles geklärt. Sie müssen uns aber doch zugestehen, dass unser Vertrauen in Senator Kusch vielleicht doch etwas geringer ausgeprägt ist als Ihr Vertrauen und es von daher ein vollkommen normaler Vorgang ist, wenn man einen Sachverhalt aufklären will, nicht nur die Hauptverdächtigen zu befragen, sondern möglicherweise auch Zeugen. Genau darum geht es, das ist ein

(Christian Maaß GAL)

- A ganz normaler Vorgang und wir wollen durch Zeugen diese Vorwürfe aufklären.

Noch ein letzter Punkt zum Fall Soyka. Herr Lüdemann, wir haben uns diesen Fall ja nicht ausgedacht. Es war das Verwaltungsgericht Hamburg, das unter Beteiligung mehrerer Juristen in einem hinlänglich ausgebreiteten Verfahren die Problematik und Rechtswidrigkeit dieses Besetzungsverfahrens dargelegt hat, und im Übrigen nicht nur im Fall Soyka, sondern auch in vielen weiteren Fällen wie Städter, Nitschke, Dreyer, Ploog, Hornauer. Nicht nur wir waren es, sondern auch die hamburgische Presse hat offenbar gefunden, dass an diesen Fällen irgendetwas ist. Es wäre mir neu, dass die hamburgische Presse sich einfach so, ohne berechtigten Grund, vor den Karren der SPD und GAL spannen ließe.

(Michael Neumann SPD: Schön wär's!)

– Schön wär's, aber wir müssen wirklich aufklären und dazu dient dieser Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Schrader.

**Leif Schrader** FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die zweite Runde lohnt zwar eigentlich nicht der Mühe; deshalb auch nur eine ganz kurze Anmerkung.

- B Vor das Verfassungsgericht kann man so einen Antrag nicht bringen, hochverehrter Herr Kollege, in den Rechtsausschuss kann man ihn nach der Gesetzeslage bringen. Ich hätte Sie hier einmal reden hören wollen, wenn wir es gewagt hätten, Ihr hehres Aufklärungsziel am Ende noch um einen Monat hinauszuzögern,

(Barbara Duden SPD: Ganz schön blöd!)

um die Verfassungsmäßigkeit dieses Antrags im Rechtsausschuss zu klären. Herr Senator Kusch hat alles Notwendige dazu gesagt. Es steht aufseiten des Regierungslagers nichts im Wege, im Ausschuss konstruktiv mitzuarbeiten. Wir Liberalen jedenfalls sind sehr gespannt darauf, in diesem Ausschuss von der Opposition einmal Filz vom Fachmann erklärt zu bekommen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall und Heiterkeit bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Farid Müller:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Offensichtlich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte den Antrag zur Drucksache 17/2545 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist der Antrag einstimmig bei vielen Enthaltungen angenommen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich Ihnen noch kurz das **Ergebnis der Wahl** mitteilen. Bei der Wahl eines Deputierten in der Justizbehörde sind insgesamt 107 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren alle gültig, also 107. Frau Constanze Zander-Böhm erhielt 83 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen. Damit ist Frau Zander-Böhm gewählt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 31, Bericht des Wissenschaftsausschusses zum Hochschulmodernisierungsgesetz und Zusatzantrag der GAL-Fraktion hierzu.

**[Bericht des Wissenschaftsausschusses  
über die Drucksache 17/1661:  
Entwurf eines Hochschulmodernisierungsgesetzes  
(Senatsantrag) – Drucksache 17/2592 –]**

**[Antrag der Fraktion der GAL:  
Hochschulmodernisierungsgesetz  
– Drucksache 17/2647 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Schinnenburg.

**Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Hamburger Hochschulpolitik besteht dringender Handlungsbedarf. Die Hamburger Hochschulen sind Spitze, was die Ausstattung mit Beratungsgremien angeht. Umgekehrt sind die Hamburger Hochschulen höchstens Mittelmaß, was das wissenschaftliche Ansehen angeht. Gerade vor wenigen Tagen, im „Spiegel“ war es nachzulesen, gab es eine Untersuchung der Humboldt-Stiftung, in der Hamburg wieder mal unter „ferner liefen“ kam.

Hamburg muss wieder zu einem internationalen erstklassigen Hochschulstandort werden. Das geht nur, wenn die Steigerung der Qualität oberste Priorität erhält. Dazu muss man auch von einigen lieb gewonnenen Gewohnheiten Abschied nehmen.

Der erste Schritt wurde bereits getan, die Hamburger Hochschulen erhielten finanzielle Planungssicherheit bis zum Jahre 2005. Angesichts der Haushaltslage, die uns allen bekannt ist, zeigt dies doch, wie hoch die Bürgerkoalition die Wissenschaft einschätzt. Der zweite Schritt ist nun dieses Hochschulmodernisierungsgesetz und der dritte Schritt wird die Strukturreform sein. Hierzu liegen die Empfehlungen der Dohnanyi-Kommission als Diskussionsgrundlage vor. Die FDP-Fraktion unterstützt die Kernpunkte des Hochschulmodernisierungsgesetzes, die ich hier noch einmal aufführen möchte.

Erstens: Ein mehrheitlich extern besetzter Hochschulrat übernimmt die strategische Steuerung der Hochschule. Damit wird der durch die Gremienvielfalt verursachten Tendenz, sich viel mit sich selbst zu beschäftigen, entgegengewirkt.

Zweitens: Die Hochschulpräsidien und die Dekane werden gestärkt. Damit wird sichergestellt, dass weder auf zentraler Ebene noch auf der Ebene der Fachbereiche Einzelinteressen die Entwicklung der Hochschule insgesamt behindern.

Drittens: Die Hochschulen erhalten mehr Autonomie. Der Vorteil wird besonders deutlich bei den Berufungen. Bei allem Respekt vor den Deputationen darf man doch annehmen, dass die Hochschulen selbst am besten wissen, wer zum Professor taugt.

Viertens: Es wird künftig für Studenten finanziell nachteilig sein, wenn sie sich nicht um ein zügiges Studium bemühen. Dieser mittlerweile von fast allen Wissenschaftspolitikern und Fachleuten unterstützte Grundsatz wird mit diesem Gesetz mit einem überzeugenden Modell umgesetzt.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Aber ziemlich unsozial!)

Einerseits ist die Grundformel einfach, kostenfreies Studium nur während der Regelstudienzeit zuzüglich vier Semester, andererseits gibt es einen langen Katalog von Ausnahmen in Paragraph 6 Absätze 8 bis 10, der dafür sorgt, dass keinem Studenten ohne eigene Schuld finanzielle Lasten auferlegt werden. Ich möchte Ihnen einige

C

D

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

- A Beispiele nennen: Teilzeitstudium, Kindererziehung, Arbeit in den Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen und, besonders wichtig, Studien- und Organisationsmängel wie fehlende Seminar- und Laborplätze. Angesichts eines solchen Katalogs von Ausnahmen zu behaupten, damit würden Studenten zwangsweise und ohne eigene Schuld finanzielle Lasten auferlegt, ist schlicht falsch.

Fünftens: Erhaltung der verfassten Studierendenschaft, allerdings klare Aufgabenkonturierung im Gesetz.

Meine Damen und Herren! Mit diesen Reformpunkten ist Hamburg vom gesetzlichen Rahmen her Spitze, jetzt sind die Hochschulen am Zuge.

In diesem Zusammenhang ist noch ein Vergleich interessant, der Vergleich des Hochschulmodernisierungsgesetzes mit der so genannten Agenda 2010 von Bundeskanzler Schröder. Es gibt hier drei wesentliche Unterschiede.

Erstens: Die Agenda 2010 wurde vom Bundeskanzler mit einigen Getreuen im Hinterzimmer zusammengeschustert und dann im Bundestag als unantastbar präsentiert. Nun soll sie auch noch mit ständigen Rücktrittsdrohungen durchgepeitscht werden. Umgekehrt wurde das Hochschulmodernisierungsgesetz bereits in einem ganz frühen Entwurfsstadium der Öffentlichkeit und den Betroffenen präsentiert. Im Laufe der Diskussion im politischen Raum, aber auch mit den Betroffenen, wurde der Entwurf in mehr als 20 Punkten zum Teil sogar substantiell geändert; das ist demokratisches Vorgehen.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Zweitens: Bei der Agenda 2010 handelt es sich um nichts anderes als um ein Reförmchen, das viel zu zaghaft ist, um die bestehenden Probleme wirklich zu lösen.

B

(Ingo Egloff SPD: Wozu reden Sie hier?)

Das Hochschulmodernisierungsgesetz dagegen ist eine mutige Reform, das mit lieb gewonnenen Gewohnheiten aufräumt und den Weg in die Zukunft weist.

Drittens: Die Agenda 2010 ist in den eigenen Reihen, gelinde gesagt, höchst umstritten. Das Hochschulmodernisierungsgesetz wird von der Koalition und den sie tragenden Parteien rückhaltlos und uneingeschränkt unterstützt. Das Hochschulmodernisierungsgesetz ist nicht nur für Hamburgs Hochschulen gut, es zeigt auch, wie man Reformen anpackt und durchsetzt. Gerhard Schröder sollte sich daran ein Beispiel nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Farid Müller:** Wer wünscht das Wort? – Frau Dr. Brüning.

**Dr. Barbara Brüning SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schinnenburg, Sie haben gefordert, Hamburgs Hochschulen sollten wieder Spitze werden als internationaler Wissenschaftsstandort. Das gilt aber nur für Männer, wenn es nach Ihrem Gesetzentwurf geht, denn die Frauen wollen Sie nicht mehr fördern, wie das die europäischen Grundsätze zum Gender Mainstreaming erfordern. Insofern ist Ihre Reform eher ein Rückschritt als ein Fortschritt.

(Beifall bei der SPD – *Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Das ist verkehrt, Frau Dr. Brüning!)

C

Ich möchte das im Einzelnen begründen.

Erstens: Gegen die Einführung von Hochschulräten hat niemand etwas in diesem Hause, wenn man sie als ein Instrument des Dialogs zwischen Hochschule und Gesellschaft begreift. Wenn Sie aber in Ihrem ach so neuen oder modernen Hochschulgesetzentwurf jetzt den Hochschulen vorschreiben wollen, wie viele interne und externe Mitglieder sie da hineinschicken dürfen, dann nicht mit uns. Das ist eine Bevormundung der Hochschulen und kein Fortschritt.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Willfried Maier GAL)

Wir sind dafür, dass die Dialogpartner selber bestimmen, wen sie in den Hochschulrat schicken, und wollen somit auch, dass die Hochschulen selbst bestimmen dürfen, ob sie interne oder externe Mitglieder hineinschicken. Das ist in unserem Sinne ein würdiger Dialog.

Zweitens: Sie haben ein Loblied auf die Studiengebühren gesungen, die Sie jetzt einführen wollen. Herr Dr. Schinnenburg, mein Kollege Jan Quast wird dazu noch etwas sagen, aber eins ist klar: Den Wissenschaftsstandort Hamburg werden diese Gebühren nicht befördern, denn der eine oder andere wird sich gut überlegen, ob er noch in Europa studieren kann, wenn er doch sehr schnell fertig werden muss und vielleicht an einer italienischen oder französischen Universität der Sprache wegen keinen Schein machen kann.

Wir haben das Studienkontenmodell vorgeschlagen, das eine selbstständige Organisation des Studiums zulässt, und das wollen Sie nicht. Insofern finden wir Ihre Regelung unsozial und auch antieuropäisch.

D

(Beifall bei der SPD)

Aber diese Punkte haben wir im Wissenschaftsausschuss besprochen. Dazu haben Sie eine andere Auffassung, die ich zur Kenntnis nehmen muss.

Was ich wirklich Spitze im umgekehrten Sinne finde, ist, dass Sie in Ihrem Änderungspetitum – Herr Brandes, ich glaube, das geht auf das Konto Ihrer Partei – den Asten einen politischen Maulkorb verpassen wollen; da werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Lesen Sie mal Gerichtsurteile durch!)

Wollen Sie wirklich im Ernst fordern, dass sich die Asten nur noch zu hochschulpolitischen Fragen äußern dürfen, Herr Brandes, also keine Antikriegsdemonstrationen mehr auf dem Campus, keine Anti-Irak-Kriegsdemonstrationen? Sie wollen doch nicht wirklich im Ernst fordern, dass Wissenschaft nur auf den Beruf bezogen sein sollte, aber keine gesellschaftliche Relevanz mehr hat.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Ingrid Stöckl SPD:* Maulkorb!)

Es gibt seit 1500 Jahren in Europa Universitäten und seit 1500 Jahren haben die europäischen Universitäten zu einem kritischen Bewusstsein beigetragen. Und ich finde es wirklich ein starkes Stück, nur weil Ihnen „Bambule“ oder sonst wer auf dem Campus nicht passt,

(*Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Wollen Sie „Bambule“ auf dem Campus machen?)

(Dr. Barbara Brüning SPD)

- A jetzt den ASten das Recht zu verweigern, zu gesellschaftspolitischen Fragen, unabhängig von ihrer Ausbildung, Stellung zu nehmen. Herr Dr. Schinnenburg, die FDP ist doch sonst immer die Hüterin der liberalen Grundrechte, wo ist denn jetzt das Grundrecht der Studierenden, zu den sie interessierenden politischen Fragen Stellung nehmen zu dürfen? Hier schränken Sie wirklich demokratische Grundrechte ein und das ist ein starkes Stück auch für die FDP.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich noch mal zu einem Punkt, wo Sie sogar gegen europäische Grundsätze verstoßen.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Mein Gott!)

– Sie müssen den Gesetzentwurf lesen.

Es gibt europäische Grundsätze zum Gender Mainstreaming, die besagen, dass in allen Bereichen Frauen und Männer gleichgestellt werden sollen, dass aber in den Bereichen, wo Frauen unterrepräsentiert sind – und das sind sie seit 1500 Jahren an den Hochschulen –, sie bei gleicher Qualifikation bevorzugt eingestellt werden sollen, bis sie die Quote von 50 Prozent erreicht haben. Das war im Gesetzentwurf, den wir im Wissenschaftsausschuss diskutiert haben, immer so. Jetzt haben Sie in Ihrem Petitionum verfügt, dass die Hochschulen das nach eigenem Gutdünken außer Kraft setzen können.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ein Ende des absurden Theaters!)

- B Reichen Ihnen denn 14 Prozent Professorinnen aus, um den internationalen Wissenschaftsstandort Hamburg nach vorne zu bringen? Mir sind das zu wenig und 5 Prozent an der Technischen Universität Harburg sind fast überhaupt nichts. Insofern verstoßen Sie gegen die europäischen Grundsätze des Gender Mainstreaming und deswegen werden wir diesem Entwurf nicht zustimmen.

Ich möchte vielleicht an die Europäer in den Koalitionsparteien appellieren, sich noch einmal zu überlegen, dass diese europäische Richtlinie zum Gender Mainstreaming eigentlich in allen Bereichen in Hamburg Anwendung finden sollte. Ich war letzte Woche für Herrn Staatsrat Stuth im Ausschuss der Regionen. Da ging es um Gender Mainstreaming und Industriepolitik und da sollte ich zustimmen. In Ihrem Gesetzentwurf machen Sie genau das Gegenteil. Bitte legen Sie doch einmal fest, was Sie wollen, Gender Mainstreaming oder nicht.

(Beifall bei der SPD – Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sagen Sie es doch einfach mal richtig!)

– Ich habe es so gesagt, wie Sie es in Ihrem Petitionum wollen. Sie überlassen es den Hochschulen, Herr Brandes, und das finden wir einen Rückschritt. Die europäischen Grundsätze besagen, dass im Grunde genommen in allen Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sie bei gleicher Qualifikation bevorzugt werden sollten. Das wollen Sie nicht mehr, Herr Brandes, da brauchen Sie nicht zu nicken. Offensichtlich wollen Sie es ja doch, an Ihrem Nicken sehe ich, dass Sie es wollen. Damit Sie sich überlegen können, ob Sie diesen Zusatz „die Hochschulen können das selber regeln oder auch nicht“ streichen wollen und ob Sie den ASten diesen Maulkorb nun endlich wieder abnehmen und ihnen ein allgemein politisches Mandat geben wollen, werden wir einer zweiten Lesung des Gesetzentwurfs heute nicht zustimmen.

(Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Peinlich!) C

Denken Sie darüber nach, vielleicht nehmen Sie diese beiden Punkte, die nun wirklich Mitwirkungsrechte beschneiden, wieder zurück. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Sabine Steffen GAL)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat Herr Brandes.

**Christian Brandes** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dr. Brüning, ich rede zuerst doch so, wie ich es mir vorgestellt habe, werde Sie aber nicht vergessen.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das ist nett!)

Man sollte als Erstes eines bedenken. Vor circa einem Jahr hat der Senat das neue Hochschulmodernisierungsgesetz aus der Taufe gehoben. Er hat einfach gesagt, hier ist eine neue Idee, die wir jetzt durchziehen wollen, ab jetzt diskutieren wir. Das Hamburger Hochschulgesetz ist auf dem besten demokratischen Weg modernisiert worden, den es generell gibt. Wir haben danach Diskussionen eröffnet und Gespräche geführt, wir haben Experten geladen – das ist jetzt schon über ein Jahr her – und auch die Presse von allen Richtungen angesprochen beziehungsweise in mancher Hinsicht auch ein bisschen ausgenutzt.

Was waren denn die Anfänge? Herr Schinnenburg hat es eben schon gesagt. Der Senat kam auf die beste Idee für die Hochschulen, nämlich die Aufhebung der strukturellen Unterfinanzierung. Das brauchen die Hochschulen, das haben sie auch angenommen und damit haben sie sich in erster Linie erst einmal wohler gefühlt als mit dem, was ihnen vorher von der Bürgerschaft beziehungsweise dem Senat vorgelegt worden ist. D

Zweitens wurde den Hochschulen eine grundsätzliche Bereitstellung finanzieller Planungssicherheit für die nächsten Jahre gegeben; auch darüber hat Herr Schinnenburg schon geredet. Das sind die Grundtendenzen, das war der Grundstock, den wir erst einmal gestellt haben. Aber darüber wird nicht mehr geredet, sondern gesagt, wir gucken uns lieber die kleinen Fächer an, da sind ganz große Fehler gemacht worden. Man soll auch einmal an das Gute dabei denken, was ich gerade erwähnt habe, dass den Hochschulen eine finanzielle Planungssicherheit gegeben wurde und sie sich damit auch sehr zurechtgefunden haben.

Worin liegt also jetzt der Sinn der Änderung des Hamburger Hochschulgesetzes? Als Erstes, Herr Schinnenburg hat das schon angesprochen, wurde die Qualität und Innovationsfähigkeit in den Bereichen Forschung und Lehre nachhaltig verbessert. Zweitens wurde den Hochschulen eine Zukunftssicherung gegeben, die sie vorher nicht hatten. Drittens wurde eine Ziel- und Leistungsvereinbarung geschlossen, die es vorher auch nicht gab. Und viertens wollen wir den Einsatz eines Hochschulrats, worüber Sie im Moment gar nicht geredet haben, Frau Dr. Brüning.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Da haben Sie vielleicht nicht zugehört!)

– Doch, dann habe ich vielleicht, als Sie mich angesprochen haben, nicht richtig zugehört.

Durch den Hochschulrat wird eine neue Steuerfunktion eingeleitet und genau dieser Hochschulrat ist eine der besten funktionierenden Möglichkeiten, die man in einer

(Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Hochschule einbauen kann, um damit eine neue Tätigkeit aufzubauen.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Die dürfen aber ihre Mitglieder dort nicht hineinschicken!)

Als Fünftes haben wir noch ein Präsidium, das durch das Hochschulmodernisierungsgesetz gestärkt wird.

Dann steht noch dasselbe im Gesetz, was Sie als Sozialdemokraten und auch als Grüne immer wollten, dass das Erststudium gebührenfrei ist. Das Erststudium ist nicht nur gebührenfrei, wir legen auch noch vier Semester oben drauf. Wenn man einen Studiengang mit neun Semestern nimmt, werden viereinhalb Jahre plus zwei Jahre vom Staat finanziert. Und jetzt sagen Sie, wir würden mit einem Mal alle Leute finanziell zur Ader lassen, das ist totaler Humbug.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Mit neun Semestern plus vier Semester gibt es das Erststudium gebührenfrei.

Und in Paragraph 6, den auch Herr Schinnenburg gerade angesprochen hat, heißt es ja nicht, dass wir nur neun Semester plus vier Semester geben. Wenn man den Paragraphen 6 nimmt, bekommen noch 80 Prozent von denen, die tatsächlich ein Problem damit haben, mehr Semester zuerkannt; all diese Problemfälle sind doch damit eigentlich abgesägt worden.

Und siebte haben wir auch noch die Autonomie der Hochschule; auch dazu hat Herr Schinnenburg schon etwas gesagt.

- B Jetzt muss man noch die Änderungen der Regierungsfractionen beachten. Was wollten wir denn? Frau Dr. Brüning, Sie sollten jetzt gut zuhören, denn bei den Punkten kommen wir Ihnen eigentlich entgegen, weil wir alle zusammen auch mit Herrn Maier die Experten gehört und die Diskussion geführt haben. Unsere Änderungen kommen Ihrem Änderungsvorschlag schon einigermaßen nahe. Wir haben als Erstes die Erhöhung der Befreiungstatbestände von den Studiengebühren erweitert, als nächstes die Stärkung des Doppelstudiums angeregt, worüber bisher noch niemand von Ihnen geredet hat, Frau Dr. Brüning. Dann haben wir die Stärkung der Hochschulautonomie gefordert und, auch wenn Sie bestimmt gleich sagen, das stimme überhaupt nicht, bei der Stärkung der Hochschulautonomie haben wir auch das Gender Mainstreaming berücksichtigt. Wir sagen aber, wir machen keine Frauenquote, das sollen die Hochschulen selber machen, ihr sollt entscheiden, wie viele Frauen wo sitzen sollen.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das ist das Gegenteil von dem, was das Europäische Parlament festgelegt hat!)

Das Europäische Parlament legt das vor und wir können hier vom hohen Haus immer noch sagen, das müsst ihr aber machen, aber in erster Linie geben wir den Hochschulen die Autonomie. Wir können doch nicht sagen, ihr seid autonom, aber wir sagen, was ihr alles zu machen habt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Genau das ist der richtige Weg: die Autonomie geben.

Als Nächstes haben wir die Zwangsexmatrikulation, die Sie in Ihrer Änderung eigentlich auch schon angesprochen

haben. Aufgrund der Zwangsexmatrikulation haben wir jetzt ein Gremium aktiviert und dieses Gremium soll prozentual durch die Mitglieder des Hochschulsenats besetzt sein, das heißt, es sind auch die ganz normalen Studenten dabei. Eigentlich sind wir Ihnen doch entgegengekommen und Sie müssten sagen, das ist hervorragend. Seit einem Jahr diskutieren wir darüber, dann können Sie jetzt doch nicht sagen, in der ersten Lesung nehmen wir das Gesetz nicht an, wir haben zwar schon ein Jahr darüber geredet, aber wir brauchen trotzdem noch einmal zwei Wochen Zeit. Das ist ein bisschen Murks, dann hätten wir die Diskussionen im Ausschuss gleich lassen können.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Kommen wir zum nächsten Punkt, zum Hochschulsenat beziehungsweise den Hochschulräten. Wir haben nun wirklich lange genug darüber diskutiert, ob Externe oder auch Interne hinein sollen, ob nur Interne hinein sollen oder nur Externe, ob es eine Fifty-fifty-Chance oder eine 20 : 80-Chance geben soll.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Sie haben eine Quote gemacht!)

Sämtliche drei Regierungsfractionen saßen zusammen, wir haben zusammen diskutiert und uns gefragt, was denn der beste Weg ist, und kamen zu diesem Ergebnis. Wir haben auch mit sämtlichen Präsidenten geredet, zumindest mit denen, die mit uns reden wollten, und manche Präsidenten sagten, sie wollen nur Externe, andere sagten, sie wollen nur Interne.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das stimmt nicht!)

– Das stimmt nicht, Frau Dr. Brüning? Gehen wir zusammen zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der TU Hamburg und dann können Sie mir sagen, dass das nicht stimmt. Genau da können wir doch sehen, dass wir entschieden haben, das so zu machen, dass von diesen 50 Prozent, über die normalerweise der Hochschulsenat entscheidet, wiederum die Hälfte eingezogen werden kann.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Quote! Quote!)

Damit sind wir doch den besten demokratischen Weg gegangen, der nur geht. Wir haben genau die Mitte genommen, wenn auf der einen Seite der eine Präsident das sagt und der andere das. Genau das ist der beste Weg, den wir nehmen können, und auch koalitionsmäßig sind wir diesen Mittelweg gegangen.

Kommen wir zum letzten Punkt, zur Findungskommission für die Präsidenten, wo Sie auch gesagt haben, der Hochschulsenat müsse das eigentlich entscheiden. Auch das haben wir geändert, da haben wir gesagt, der Hochschulsenat muss zwar etwas ändern, aber der Hochschulrat muss auch etwas ändern können. Die Findungskommission ist eine 50 : 50-Chance und genau da wird entschieden, wer der Präsident wird. Wenn das keine Demokratie und keine Autonomie ist, dann weiß ich nicht, wo man da noch irgendetwas ändern könnte, Frau Dr. Brüning.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Jetzt zu Herrn Dr. Maier. Bei Ihnen bin ich insofern etwas verwundert, denn hier, wo ich jetzt stehe und rede, standen Sie am 10. Dezember letzten Jahres und sagten so Pimal Daumen, Studenten wollen auch jeden Quatsch sagen können, das sollte man denen nicht verwehren. Darauf



(Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A wollten Sie damals hinweisen, weil Sie gelesen hatten, was wir vielleicht verändern wollten.

Als Nächstes sagt Ihre Fraktion, aber auch Sie, die Studenten müssten auf jeden Fall in der Politik mitreden können. Natürlich sollen die Studenten in der Politik mitreden, dafür bin ich auch, aber die Studierendenschaft nicht, weil im Bundesrahmengesetz ganz klar steht, dass sie das nicht machen sollen. Die bekommen das Geld dafür, dass sie den Studenten in der Hochschule helfen, angefangen vom Studium bis zu den Kindern, wenn eine Studentin zum Beispiel ein Kind oder zwei Kinder und keinen Mann dazu hat, dass sie dann Hilfe bekommt.

(Ingo Egloff SPD: Das kann auch umgekehrt sein! Das zeigt, in welche Richtung Sie denken!)

Insgesamt hat das Bundesrahmengesetz ganz klar gesagt, dass sie politisch nicht mitreden soll. Durch unsere drei Fraktionen wird diese bisherige Verzerrung wieder auf die rechtsstaatliche Bahn geleitet, weil wir davon ausgehen, dass, wenn ein Student Geld für Studierendenschaften zahlt, dieses Geld auch für die Studenten da sein soll und nicht für politische Darstellungen nach außen.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Bravo! und Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ich komme jetzt zu den Oppositionsänderungen; die Änderungen der Koalitionsregierung habe ich gerade genannt. Im Hochschulmodernisierungsgesetz sind über 70 verschiedene Änderungen des alten Hamburger Hochschulgesetzes. Die SPD hat neun und die GAL sechs Änderungen. Wenn ich das alleine betrachte, dann muss ich mich schon fragen, wie es sein kann, dass wir heute nicht in zweiter Lesung abstimmen, wenn Sie neun oder sechs Änderungen im Vergleich zu 70 so wichtig finden.

- B Ich fange zuerst mit der GAL an, weil das relativ einfach ist. Dieser Zusatzantrag ärgert mich schon etwas. Ein Jahr diskutieren wir über das Thema und einen Tag vor der Abstimmung kommt ein Zusatzantrag. Ich will gar nicht mal sagen, dass die sechs vorgeschlagenen Punkte schlecht sind, aber die Begründung dazu ist schlecht, wenn ich vier Sätze zitieren darf:

„Die GAL-Fraktion lehnt den Entwurf eines Hochschulmodernisierungsgesetzes insgesamt ab.“

Der nächste Punkt:

„Insbesondere lehnt die GAL-Fraktion die Bestimmungen zu Langzeitstudiengebühren ab.“

Der dritte Punkt:

„Die GAL-Fraktion lehnt die vorgesehenen Gebühren für außerhalb der Metropolregion gemeldete Studierende ab.“

Und der vierte Punkt:

„Schließlich lehnt die GAL-Fraktion den Entwurf des Hochschulmodernisierungsgesetzes ab.“

Ich muss mich doch wirklich fragen, warum Sie überhaupt einen Zusatzantrag stellen, wenn Sie sowieso gegen alles sind.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ihr letzter Punkt ist ungefähr so, als wenn alle Kinder miteinander spielen und die, die die grüne Mütze aufhaben,

mit einem Mal mucksch sind und nicht mehr mitspielen wollen. Das drücken Sie in Ihrem letzten Satz aus.

Kommen wir zu den Änderungsanträgen der SPD, die Sie schon einmal gestellt und auch der Presse genannt haben. Da ist der größte Punkt Gender Mainstreaming.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Nicht in Ihrem Gesetz!)

Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass ich ganz klar der Meinung bin, dass Gender Mainstreaming auf jeden Fall weitergetragen wird, indem wir sagen, sie sollen das selber machen, und nicht die Hochschulen in ihrer Autonomie durch Quotierung beschränken. Aber Gender Mainstreaming wird damit doch nicht irgendwie auf den Kehrrecht geworfen.

Das Zweite ist die Zwangsexmatrikulation, über die ich schon geredet habe, wo Sie sagen, da müsse ein Gremium hin. Jetzt haben Sie ein Gremium, haben es aber nun so verändert, dass es durch einen Beschluss der Minderheit, nämlich der Studierendenschaft, immer noch als Vetorecht eingesetzt werden kann. Und da frage ich mich wirklich, wo da die Demokratie ist. Ich habe es hier vorliegen, Frau Dr. Brüning, ich kann es auch vorlesen, schreiben Sie es richtig auf, anstatt hier zu sagen, ich würde falsch reden.

Als Nächstes wollen Sie die Stärkung des Hochschulrats mindern. Das können Sie gerne machen, das ist politisch.

Dann haben wir noch die Festlegung der Präsidenten. Da sind Sie der Meinung, der Präsident solle vom Hochschulsenat bestimmt werden. Da sind wir genau den richtigen Weg gegangen: 50 Prozent Senat, 50 Prozent Rat. Theoretisch haben wir eigentlich genau das gemacht, was Sie wollten.

Zuletzt möchte ich sagen, dass unsere Vorschläge die demokratischsten sind, die man sich nur vorstellen kann. Und wenn Sie heute tatsächlich die zweite Lesung nicht annehmen, dann frage ich mich wirklich, warum wir überhaupt ein Jahr miteinander darüber diskutiert haben. – Danke schön.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat Herr Dr. Maier.

**Dr. Willfried Maier** GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin etwas überrascht, weil ich eigentlich Herrn Beuß in der rituellen Reihenfolge vor mir erwartet hatte.

Dieses Hochschulmodernisierungsgesetz ist tatsächlich ein Einschnitt. Es beendet die klassische deutsche Selbstverwaltungsuniversität, wie sie traditionell bestand, sich aber insbesondere seit Beginn der Siebzigerjahre auf einer neuen Ebene entwickelt hat. Man kann das machen, man kann darüber diskutieren, es gibt dafür plausible Gründe. Ich habe nur einen Einwand dagegen, dass das jetzt so gemacht wird. Wir haben in der letzten Legislaturperiode auch ein Reformgesetz verabschiedet und dieses Gesetz folgte der Philosophie, die Selbstverwaltungsuniversität zu erhalten, ihr aber ein starkes Präsidium an die Spitze zu setzen, um damit zu versuchen, den Reformwillen der Universitätsgremien durch dieses Präsidium zu kanalisieren und Schritte in Gang zu setzen. Es war ein sehr mühseliger Prozess, dafür Zustimmung zu gewinnen. Durch das jetzige Vorgehen wird den Universitäten etwas abverlangt, was man ihnen schwer abverlangen kann, nämlich in Legislaturperioden der Bürgerschaft zu denken. Wenn man in einer Legislaturperiode sagt, wir machen das so, in der

(Dr. Willfried Maier GAL)

- A nächsten Legislaturperiode eine neue Philosophie einführt, ohne dass die Hochschulen überhaupt Gelegenheit hatten, Erfahrungen mit den neu eingeführten Regelungen zu machen, dann schafft man keinen sicheren Gang für so große Organisationen und Institutionen. Das ist mein zentraler Einwand, wobei ich zugebe, kein hundertprozentiger Anhänger der Selbstverwaltungsuniversität zu sein. Aber in so großen Institutionen, in denen viele aktive Menschen mit ihren Erwartungen arbeiten, darf nicht so schnell hin und her gesteuert werden, ohne dass es dabei zu Verwerfungen und einem Durcheinander kommt. Das war die Vorbe-merkung, aus der sich auch die grundsätzliche Ablehnung dieses Schrittes ergibt.

Die größte und wichtigste Veränderung ist, dass das oberste Organ dieser Universität nicht mehr ein Selbstverwaltungsorgan, sondern der Hochschulrat sein wird. Ein Hochschulrat, der von den Hochschulen, so wie sie jetzt existieren, zunächst einmal als ein Fremdkörper wahrgenommen wird. Das ist etwas Neues von außen. Wenn man das aber macht, dann muss man das so gestalten, dass man eine maximale Akzeptanz dieses neuen Gremiums erhält, um den Steuerungserfolg auch wirklich erzielen zu können. Diese maximale Akzeptanz erfordert aber eine andere Konzeption und Konstruktion des Gremiums. Diese würde erfordern, die Initiative für die Benennung aller Mitglieder beim Hochschulsenat und das Bestätigungs- und Ablehnungsrecht bei der Behörde beziehungsweise dem Senat zu belassen. Dann wäre auf jeden Fall den Hochschulen zugestanden, niemanden in ihrer Leitung dulden zu müssen, den sie nicht schon einmal selbst vorgeschlagen haben. Es würden nicht einmal alle Vorgeschlagenen durchkommen, aber die Initiative, um es in Gang zu setzen, läge beim Hochschulsenat. Dann hätte man auch problemlos diese 50-Prozent-Regelung für Hochschulmitglieder einführen können, die Sie nun nur für die Hälfte des Hochschulrats gemacht haben, sodass in Wirklichkeit nur ein Viertel dabei rauskommt. Dies ist der Inhalt unseres Vorschlages.

Die GAL ist nicht mit dem Langzeitstudiengebührenmodell einverstanden, wobei sich der Haupteinwand nicht gegen eine Regulierung, sondern gegen die Art der Regulierung richtet. Im Wesentlichen deswegen, weil mit dem von Ihnen vorgeschlagenen Modell nur die Studierenden in ihrem Verhalten gesteuert werden sollen, während das Instrument nicht gleichzeitig dazu dient, auch das Verhalten der Hochschulen zu steuern, was mit einem anderen Modell möglich wäre. Das möchte ich nicht noch einmal ausführlich ausbreiten, weil wir dieses schon mehrfach diskutiert haben.

Schließlich auch von mir noch einmal die beiden Punkte, die Frau Brüning mit großer Verve zum Ende betont hat. Das ist einmal das Thema der so genannten Frauenquote. Im alten Gesetz stand ja keine bestimmte Frauenquote drin, sondern es stand nur drin, dass künftig bei Bewerbungen so verfahren werden solle, dass, wenn gleichrangige Bewerber da seien – nur für diesen Fall –, die Frau so lange den Vorzug bekomme, bis die Hälfte der Plätze mit Frauen besetzt sei.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Mit welchem Recht?)

– Schlicht mit dem Recht unserer Verfassung.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Nein, das steht in unserer Verfassung nicht drin!)

– Wir haben in unserer Verfassung drinstehen, dass bei der Besetzung öffentlicher Positionen die Gleichberechtigung so lange berücksichtigt werden soll, bis eine gleichmäßige Vertretung der Geschlechter sichergestellt worden ist.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist einfach ein Verfassungsanspruch, den wir übrigens auch bei Richterwahlen immer wieder betonen, weswegen wir uns jetzt eben bei der Richterwahl enthalten haben, weil Sie diesen Verfassungsanspruch regelmäßig übergehen.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt werden, Artikel 3!)

Genau so ist es! Aber Sie und Ihre Männertruppe schließen gezielt aus. Da muss man sich doch wundern. Die Professorenschaft besteht zu etwa 14 Prozent aus Frauen. Die FDP, konnte man kürzlich lesen, besteht zu 23 Prozent aus Frauen und Frau Pieper schlägt jetzt Alarm, weil sie von 24 auf 23 Prozent runtergesackt ist, und Sie sehen für den Fall der Hochschulen, bei denen die Quote noch geringer als in Ihrer Partei ist, keinen Anlass zur Beunruhigung. Es ist dann sehr problematisch zu sagen, eine solche Geschichte solle in die Selbstverwaltung der Hochschulen übergeben werden,

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das ist doch bescheuert!)

bei der 86 Prozent der Hochschullehrer Männer sind, die etwa so entscheiden werden, wie Sie hier entscheiden. Das ist wirklich eine gute Idee!

(Beifall bei der GAL – Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das habe ich nicht gesagt!)

Schließlich zum anderen der Punkt Studierendenschaft. In der gültigen Fassung des Gesetzes heißt es, die Studierendenschaft soll im Rahmen ihrer Aufgabenstellung die politischen Belange der Studierenden wahrnehmen, sie kann sich in diesem Rahmen auch mit allen Fragen befassen, die die Grundrechte, die gesellschaftliche Aufgabenstellung der Hochschulen und das Hochschulwesen berühren und die erkennbar an hochschulpolitische Themen anknüpfen. Jetzt sollen sie sich nur noch mit hochschulpolitischen Themen befassen dürfen. Sie erklären es damit, dass man zwar den Studierenden, aber nicht der Studierendenschaft politische Rechte zubillige. Das ausgerechnet aus dem Mund dieser Koalition zu hören, die sich gegenüber der Handelskammer nur auf Knien bewegt, gegenüber einem Gremium, das aus Zwangsmitgliedern

(Zuruf aus dem Hause)

– ja, Sie können es aufheben – besteht, Zwangsgebühren erhebt und das sich zu jeder Frage in der Welt im Namen all seiner Mitglieder äußert – vom Irak-Krieg bis zur Schulorganisation – und dem Sie dann noch die Berufsschulen hinterhertragen, nachdem Sie die duale Ausbildung, die in den Betrieben stattfindet, heute auch schon im Wesentlichen mit öffentlichen Mitteln finanzieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD und vereinzelt bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das ist sozusagen politische Bewegung auf den Knien, während Sie den Studierenden Rechte wegnehmen. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

C

D

A **Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Beuß.

**Wolfgang Beuß** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat, Herr Maier, Sie haben Recht. Dieses Gesetz stellt wirklich einen großen Einschnitt in der hochschulpolitischen Landschaft dar. Das ist so gewollt gewesen.

Ihr rotgrünes Reformgesetz, das Sie angesprochen haben, war aus unserer Sicht – das hat unser hochschulpolitischer Sprecher, Herr Salchow, damals, als wir darüber diskutiert haben, auch gesagt – ein Reförmchen. Es war zu kurz gesprungen. Deshalb ändern wir jetzt dieses Gesetz grundlegend, weil wir schon damals große Bedenken angemeldet und gesagt haben, dass dieses Gesetz nicht mehr den Zeichen der Zeit entspreche.

(Dr. Barbara Brüning: Ja, Maulkorb für Studenten!)

Sie haben den Komplex Frauen und Verfassung angesprochen und dass dieses verfassungsrechtlich geregelt sei. Auch die Hamburger Hochschulen unterliegen dieser Verfassung und ich verspreche Ihnen, dass ich über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die wir als Bürgerschaft auch zu kontrollieren und zu beschließen haben ... Ich warte jetzt einmal einen Moment.

(Unruhe im Hause)

**Vizepräsident Farid Müller** (unterbrechend): Möchten Sie, dass ich einschreite, weil Sie sonst nicht verstanden werden? Ich höre Sie sehr gut.

B **Wolfgang Beuß** (fortfahrend): Es ist unheimlich anstrengend, gegen dieses Volksgemurmel anzusprechen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Ekkehard Rumpf FDP: Genau!)

Damit meine ich auch die Kollegen meiner eigenen Fraktion.

Also ich verspreche Ihnen, dass wir über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen sehr genau hingucken werden, ob die Hochschulen dort diesen Frauenanteil einhalten werden oder nicht.

**Vizepräsident Farid Müller** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Wolfgang Beuß** (fortfahrend): Selbstverständlich.

**Zwischenfrage von Dr. Barbara Brüning** SPD: Herr Beuß, was hat es für einen Sinn, wenn Sie die Frauenförderung in die Ziel- und Leistungsvereinbarungen setzen wollen, aber ein Gesetz, das Orientierung gibt und das die Gleichstellung der Geschlechter als Orientierung geben könnte, dann verweigern?

**Wolfgang Beuß** (fortfahrend): Liebe Frau Brüning, für uns ist das so selbstverständlich,

(Lachen bei der SPD und der GAL und Beifall von Ekkehard Rumpf FDP)

dass wir sagen, wir brauchen das nicht mehr im Gesetz, sondern wir werden dieses über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen einfordern.

C Ich komme zum politischen Mandat, das hier eben angesprochen worden ist. Herr Maier, ist Ihnen eigentlich bekannt, dass es ein höchstrichterliches Urteil vom 4. Februar 1992 gibt, in dem steht, dass die Studierendenschaft kein allgemein politisches Mandat besitze, welches sie zu über den hochschulbezogenen und studentischen Bereich hinausgehende Äußerungen berechtigen würde? Dieses höchstrichterliche Urteil haben wir zur Grundlage gemacht, um hier endlich das in Hamburg zu vollziehen, was schon lange hätte vollzogen werden müssen.

(Beifall bei Christian Brandes und Horst Zwengel, beide Partei Rechtsstaatlicher Offensive, und bei Ekkehard Rumpf FDP)

Frau Brüning, Sie haben sich noch einmal sehr kritisch mit der Zusammensetzung des Hochschulrats auseinander gesetzt. Ich bin froh, dass wir es erreicht haben, dass der Hochschulrat nicht so zusammengesetzt wird, wie es ursprünglich vorgesehen war. Jetzt wird ein Dialog angestoßen, bei dem geschaut werden muss, wie sich dieses Gremium in der Praxis bewähren wird. Mit den entsprechenden Personen – keine Dessousverkäufer –, werden hierfür die geeigneten Leute gefunden, die in diesen Gremien vertreten sein werden. – Ich muss das einmal so sagen, weil Frau Brüning in den Diskussionen immer gesagt hat, dann sitze da auf einmal ein Dessousverkäufer als Unternehmer drin. – Da seien Sie sicher, das werden wir mit einer vernünftigen Zusammensetzung richten und regeln.

Das mit den Studiengebühren, die Sie angesprochen und als unsozial dargestellt haben, sehe ich nicht so. Ich sehe vielmehr, dass wir in Zukunft mit dem, was wir hier anstoßen, national und auch europäisch einen Markstein setzen werden. Wir setzen – und das haben wir auch in einer zweiten Stufe mit dem Dohnanyi-Konzept angestoßen – auf eine sehr gute Beratung innerhalb des Grundstudiums bis zum Bachelor. Dann würden Studenten auch gar nicht mehr in den Hängematten liegen, wie dieses einige immer wieder behaupten. Wir haben aus Baden-Württemberg gelernt, dass mit der Einführung dieser Langzeitstudiengebühren die Karteien durchgeforstet wurden und sich plötzlich eine ganz andere Zahlenlage ergab, weil sich die Studierenden einfach nicht mehr zurückgemeldet haben.

D Ich kann Ihre Haltung zur zweiten Lesung verstehen, ich hätte es in der Opposition auch nicht anders gemacht. Der Kollege Brandes hat dies auch schon angesprochen. Es wäre schön gewesen, wenn wir das heute verabschiedet hätten, zumal wir beim letzten Mal dies nicht hinbekommen haben. Aber ich bin jetzt guter Dinge, dass wir es in 14 Tagen verabschieden werden.

Lassen Sie mich noch einige grundsätzliche Punkte aus Sicht der CDU zu diesem Gesetz sagen. Wir hatten große Probleme in den letzten Jahren im Hochschulfinanzierungsbereich und dort eine Sparquote von 15 Prozent. Das Resultat war, dass es keine richtigen Schwerpunkte und eine immer schlechtere Ausstattung gab. Es gab und gibt eine mangelhafte Bausubstanz und wir müssen konstatieren, dass wir im Ranking der Hochschulvergleiche mit den Hamburger Hochschulen im Mittelfeld liegen. Darüber haben wir hier häufig genug gesprochen.

Dieses Gesetz ist ein Gesetz für die Zukunft. Wer ist hier jetzt eigentlich konservativ, Frau Brüning? Eigentlich doch Rotgrün, indem Sie dieses Alte bewahren wollen und nicht mutig sind, neue Dinge optimistisch und zielorientiert anzugehen.

(Wolfgang Beuß CDU)

A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Dr. Barbara Brüning SPD*: Wir haben Vorschläge gemacht!)

Wissen Sie, Frau Brüning, ich schätze Sie sehr, aber mit rückwärtsgelenktem Blick verpasst Mann und auch Frau die Chance auf Zukunftsfähigkeit im nationalen, europäischen und insbesondere internationalen Wettbewerb. Das wollen wir mit unserem Gesetz ändern.

(*Dr. Barbara Brüning SPD*: Männergesetz!)

Die Hauptgesichtspunkte für meine Fraktion sind die Stärkung der Autonomie und die Verschlankung der Gremien. Insbesondere wollen wir versuchen, die Binnenstrukturen und auch die informellen Strukturen aufzubrechen

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Die Männerbünde! – *Dr. Barbara Brüning SPD*: An der Uni sind das dann Männer!)

– es gibt auch andere Kungelrunden, nicht nur Männerkungelrunden – und deswegen die Universität für die Gesellschaft zu öffnen, wozu auch der Hochschulrat beitragen wird. Er ist eine wirkliche Bereicherung, indem er vom Leben draußen die Erfahrungen in die Hochschulen hineinträgt. Dies wird sich auf die Strukturänderungen, die Hochschulen ganz dringend brauchen, auswirken.

Wissenschaftsrelevante Fragen werden auch weiterhin, liebe Kollegen von Rotgrün, in den hochschulinternen Gremien beraten. Die gehören nicht in den Hochschulrat. Dort gehören rein strategische Aufgaben hinein.

Mit diesem Gesetz werden wir auch den internationalen Ansprüchen gerecht, insbesondere durch die Bachelor- und Master-Abschlüsse und die Juniorprofessuren. Es ist uns mit diesem Gesetz auch gelungen, die Leitungen der Hochschulen zu stärken, insbesondere den Präsidenten, aber auch die Dekane, die – das rechne ich uns als Regierungsfraktion auch an, denn wir haben da noch etwas geändert – jetzt eine so genannte doppelte Legitimation benötigen, das heißt, es geht nicht ohne Fachbereich und Präsidenten, die sich einigen müssen. Das wird bei geeigneten Kandidaten auch gelingen. Wir schaffen durch diesen Modus letztendlich die Abhängigkeitsgeschichten ab, die es immer wieder gegeben hat: Wenn du wieder gewählt werden willst, musst du für mich das tun. Das waren ungesunde Strukturen, die durch die doppelte Legitimation an den Hochschulen beendet werden.

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz stärkt Wissenschaft, Lehre und Forschung. Die SPD-Haltung zum Gesetz dokumentiert eine gewisse Leistungsfeindlichkeit, denn die Gebühren werden als ein Drangsal dargestellt. Wiederholen Sie bitte nicht die Fehler, die Sie schon in der Schulpolitik gemacht haben, indem Sie Leistung dort zu einem Reizwort erklärt haben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Um das Bild rund zu machen, überziehe ich jetzt bewusst: Wir brauchen keine Kuschelecken auf dem Campus,

(*Luisa Fiedler SPD*: Gerade da! – *Ingo Egloff SPD*: Da doch erst recht!)

sondern gute Beratung, vernünftig ausgestattete Bibliotheken, leistungsgerechte Bezahlung von Professoren und so weiter.

Dieses Gesetz bringt mehr Qualität und gesellschaftliche Einbindung in die Hochschulen. Es wird mittelfristig die

C Hamburger Hochschulen in Spitzenpositionen bringen. William Somerset Maugham hat einmal gesagt: Nur ein mittelmäßiger Mensch ist immer in Hochform. Das exakt ist es, was wir ändern wollen. Sie haben das nicht geschafft, dafür sitzen Sie nun auch in der Opposition.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Luisa Fiedler SPD*: Das wissen wir doch, Herr Beuß!)

**Vizepräsident Farid Müller:** Bevor ich jetzt dem Senator Dräger das Wort gebe, bitte ich, insgesamt die Lautstärke zu senken. Herr Senator Dräger, Sie haben das Wort.

**Senator Dr. Jörg Dräger:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Hochschulen werden in einem hohen Maß gefordert, zur Entwicklung der Metropolfunktion Hamburgs beizutragen.

(*Dr. Andrea Hilger SPD*: Eben nicht!)

Das sehen wir auch an unseren Zukunftsfeldern. Sie sind alle stark wissenschaftsbasiert und sie bedürfen exzellenter Hochschulen. Der heute vorliegende Gesetzentwurf wie unser gesamtes Hochschulreformprogramm tragen dazu bei, dass die Hochschulen diesem Anspruch wieder entsprechen können. Mit diesen grundlegenden Reformen werden wir das Potenzial an den Hochschulen, das Potenzial der Studierenden, der Lehrenden, der Forschenden und der Mitarbeiter stärker aktivieren. Damit werden die Hochschulen wieder zum nötigen Motor der Metropolentwicklung.

(Beifall von der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren, bis 2001 hatten die Hochschulen in Hamburg einen bitteren, sechs Jahre andauernden Sparkurs hinter sich.

(*Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Hört, Hört!)

Dieser ging jedoch nicht mit den notwendigen strukturellen Veränderungen einher, sondern beschränkte sich eigentlich auf das Verwalten eines bestehenden Mangels. Die Quittung für die damalige Politik, wie der Abgeordnete Beuß eben schon aufzeigte, waren finanziell ausgezehrt Hochschulen und Forschungseinrichtungen, überkommene Leitungs- und Gremienstrukturen, ein zu geringes Innovationspotenzial und der letzte Platz im Ranking im Vergleich der bundesdeutschen Länder im Hochschulbereich. Die Reform des Hochschulsystems in Hamburg muss diese Missstände ändern. Es geschieht jetzt einiges.

(Beifall von der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich möchte ausdrücklich allen Beteiligten an diesem Reformprozess für die offene und konstruktive Diskussion aller bisher vorgeschlagenen Maßnahmen danken. Die Präsidien der Hochschulen, die Lehrenden, die Forschenden, die Studierenden sowie auch die Fraktionen in diesem Hause sind einer unvoreingenommenen und engagierten Diskussion aller Vorschläge und Planungen dieses Reformprozesses offen gegenübergetreten. Mit diesem Engagement und dieser Offenheit werden wir erfolgreich sein.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir sind uns zwar nicht immer über den zu beschreitenden Weg einig, aber einig sind wir uns alle über das Ziel, dass

(Senator Dr. Jörg Dräger)

- A nur eine grundlegende Reform und kein Reförmchen des Hamburger Hochschulsystems diesen Wissenschaftsstandort und damit den gesamten Standort Hamburg wieder fit für die Zukunft machen kann.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Der Struktur- und Reformprozess ist in vollem Gange, der Bericht der Dohnanyi-Kommission hat eine wichtige Grundlage für notwendige Veränderungen geliefert und die Diskussion über die Zukunft von Wissenschaft und Forschung in dieser Stadt vorangebracht. Gleichzeitig konnten wir auf der Bundesebene große Erfolge erzielen. Das ZVS-Verfahren ist endlich neu geregelt worden und die Hochschulen haben erstmals die Möglichkeit, ihre Studierenden selber auszuwählen.

(Rolf Kruse CDU: Bravo!)

So werden die hohen Abbrecherquoten spürbar verringert und Qualität und Profil der Hochschulen nachhaltig gestärkt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Schließlich werden wir durch spezifische Gesetzänderungen in Hamburg dafür Sorge tragen, dass Autonomie sowie Handlungs- und Entscheidungsfreiheit der Hochschulen gesteigert werden. Das heute zu beratende Hochschulmodernisierungsgesetz ist der erste und äußerst wichtige Teil dieser Gesetzesänderungen. Der zweite Teil wird die leistungsgerechte Bezahlung von Professorinnen und Professoren sein, der dritte Teil die Vollendung der Hochschulautonomie mit den Bereichen Personalhoheit, Liegenschaftsmanagement und den Fragen der Rechtsform. Am Ende dieser Legislatur wird ein für sich selbst und seine Entwicklung verantwortliches Hochschulsystem stehen und das ist unsere einzige Chance, um uns langfristig erfolgreich in der Wissensgesellschaft behaupten zu können.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Nun zum heutigen Schritt des Hochschulmodernisierungsgesetzes mit seinen fünf Kernpunkten: der Neuordnung der Leitungs- und Gremienstrukturen, der Stärkung der Hochschulautonomie, der Schaffung von Juniorprofessuren, dem Bachelor und Master als international anerkannte Studienabschlüsse gemeinsam mit dem Recht, sich die Studierenden aussuchen zu dürfen, und einem eben schon diskutierten Studienguthabenmodell.

Die zukünftigen Leitungsstrukturen werden es den Hochschulen ermöglichen, die neu gewonnene Autonomie richtig und effizient auszunutzen. Die Hochschulräte, der Abgeordnete Schinnenburg hatte das schon hervorgehoben, werden strategische Steuerungsaufgaben übernehmen und mit Hochschulmitgliedern und externen Experten besetzt sein. Die Regierungsfractionen haben sich sehr in der engagierten Diskussion des letzten Jahres dafür eingesetzt, auch Interne der Hochschulen in diesem Gremium zu berücksichtigen. Ihre Argumente – direktere Information und höhere Akzeptanz des Hochschulrats – kann ich nachvollziehen. Was ich aber nicht nachvollziehen kann, Frau Dr. Brüning, sind die teilweise von der Opposition vorgeschlagenen Quotenregelungen, die Sie eben ausführlich erläutert haben.

(Dr. Barbara Brüning: Das ist keine Quotenregelung, das ist geltendes Gleichstellungsrecht!)

Mit den rigiden gesetzlichen Vorgaben, die Sie im Ausschuss präsentiert haben, mit einem Frauenanteil, einem Gewerkschafteranteil, einem Studierendenanteil und einem Mitarbeiteranteil gefährden Sie die Kompetenz und Handlungsfähigkeit der Hochschulen.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Sie landen dann bei Konstrukten, wie dem von Ihnen in Ihrem letzten Hochschulgesetz etablierten Großen Senat mit 78 regulären Mitgliedern und 78 Vertretern. Dann haben wir da ein Gremium mit knapp 160 Mitgliedern, das die Hochschulen nach vorne bringen soll. Genau wegen dieser Problematiken haben Sie dann in Ihrem eigenen Gesetz, dem UKE-Gesetz, auf all diese Quotenregelungen richtigerweise verzichtet. Deswegen ist es auch hier in diesem Gesetz nicht vorgeschrieben.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das ist geltendes Recht!)

Ich bin überzeugt, dass diese neuen Regelungen die Leitungsstrukturen der Hochschulen stärken werden, denn es stärkt ihre eigene Entscheidungsfähigkeit. Die gegenseitige Gremienblockade – immerhin haben wir 500 Selbstverwaltungsgremien an den sechs Hamburger Hochschulen –, die es in der Vergangenheit durchaus gegeben hat, werden durch eine klare Aufgaben- und Kompetenzzuweisung vermieden. Ein handlungsfähiges Präsidium wird das operative Geschäft effizient betreiben können. Die Selbstverwaltung und Mitsprache durch die Angehörigen der Hochschulen ist über den Hochschulsenat gewährleistet und der Hochschulrat kann dann als externes und internes Expertengremium die strategische Ausrichtung der Hochschule zukunftsorientiert steuern.

Das Hochschulmodernisierungsgesetz stärkt als Weiteres auch die Autonomie der Hochschulen. Berufungen von Professoren,

(Dr. Barbara Brüning SPD: Keine Frau!)

Einführung, Änderung und Abschaffung von Studiengängen sowie Genehmigungen von Satzungen können die Hochschulen in Zukunft eigenverantwortlich durchführen. Der Staat zieht sich also aus der Detailsteuerung zurück, aber nicht aus der Verantwortung. Durch verbesserte Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die der Abgeordnete Beuß eben aufgeführt hat, wird zukünftig das Verhältnis von Staat und Hochschule eindeutig geregelt, und zwar auf der strategischen Ebene.

Wichtig ist auch die Einführung der Juniorprofessur. So werden wir Nachwuchswissenschaftler früher als bisher eigenständig in Lehre und Forschung tätig sein lassen können. Stellen Sie sich das bitte einmal vor: Wir haben heute ein Erstberufungsalter von Professorinnen und Professoren im Durchschnitt jenseits von 40 Jahren. Erwachsene Menschen, hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind zu lange abhängig. Eigene Forschung und Lehre sind ihnen kaum möglich und das sind unhaltbare Zustände. Die Juniorprofessur wird hier eine echte, eine sinnvolle und auch von allen Seiten akzeptierte Alternative anbieten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Aber nicht nur die Erstberufenen sind zu alt, sondern auch die Hochschulabsolventen. Auch Studienabbrecherquoten von 50 Prozent und mehr können wir nicht akzeptieren. Ich glaube, wir sind uns alle in diesem Hause einig, dass

C

D

(Senator Dr. Jörg Dräger)

- A wir eine Studienreform brauchen. Mit der Umstellung im Gesetz vorgegeben auf Bachelor und Master werden wir bei der Studienreform in Hamburg zu Vorreitern einer konsequenten Entwicklung. Einerseits ermöglichen wir den Studierenden die europaweite Anerkennung ihrer Studienabschlüsse und damit eine erhöhte Mobilität und Chance in einem zusammenwachsenden Europa. Andererseits werden wir mit diesen Studiengängen in der Lage sein, in stärkerem Maße berufs- und praxisorientierte Studieninhalte zu verankern und das Lehrangebot für Schlüsselqualifikationen auszubauen. Gerade diese Bachelorabschlüsse kommen also den Bedürfnissen einer Vielzahl von Studierenden entgegen. Sie wollen eine höhere Berufsorientierung des Studiums bei kürzerer Studiendauer. Sie wollen ihr Studium auch schaffen können. Und sie wollen eine europaweite Anerkennung ihrer Leistung, die ihnen bei der Arbeitssuche nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa hilft.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Als abschließendes Reformelement wird mit dem Hochschulmodernisierungsgesetz den Studierenden mit Hauptwohnsitz in Hamburg und der Metropolregion ein Studienguthaben zur Verfügung gestellt. Mit diesem Studienguthaben haben die Studierenden das Recht, die entsprechende Regelstudienzeit ihrer jeweiligen Fächer zusätzlich vier Semester Puffer an Hamburger Hochschulen kostenfrei zu studieren. Erst danach müssen sie 500 Euro Gebühren bezahlen. Dieses Guthaben verdeutlicht, dass Bildung in Zukunft in Hamburg etwas wert ist,

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

- B und damit schaffen wir die Anreize für Hochschulen und Studierende, ein zügigeres Studium anzubieten und dann auch zu absolvieren.

Lassen Sie mich das noch einmal betonen: Es geht im Guthabenmodell nicht darum, zusätzlich große Einnahmen für die Hochschulen zu erzielen, sondern einen Anreiz zur Verkürzung der Studiendauer zu setzen. Die Einnahmen aber – und dieses insbesondere an die Opposition gerichtet –, so sieht das Gesetz es vor, werden den Hochschulen trotzdem zusätzlich zur Verfügung gestellt, anders als zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, wo sie der Konsolidierung des Staatshaushaltes dienen müssen. Die Einnahmen Hamburgs an dem Guthabenmodell werden konsequent zur Verbesserung der Lehre und zur Beseitigung der Probleme in der Studienstruktur eingesetzt.

Auch die Belohnung, Herr Dr. Maier, die Sie angemahnt haben oder, Frau Dr. Brüning, die Studienkonten, die Sie hier eben noch einmal vorgestellt haben, mögen für Sie besser klingen als das eben vorgestellte Guthabenmodell, aber ich wehre mich dagegen, dass wir für das eigentlich selbstverständliche Einhalten einer rechtlichen Verpflichtung, nämlich der des Meldegesetzes, auch noch eine finanzielle Belohnung zahlen sollen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich wehre mich auch dagegen, Frau Dr. Brüning, dass ein Guthabenmodell in andere Worte verpackt und Studienkontenmodell genannt wird, wie das in NRW und auch in Rheinland-Pfalz gemacht wird. Wie schrieb der „Spiegel“ über das, was jetzt in NRW ein Studienkontenmodell genannt wird? Er schrieb:

„Und Raider heißt jetzt Twix.“

Und das, Frau Dr. Brüning, brauchen wir nicht in Hamburg.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich schließen. Das Hochschulmodernisierungsgesetz ist der erste wichtige Schritt zu einem leistungsfähigeren Hochschulsystem in Hamburg und die Kritik, die die SPD-Fraktion hier vorgebracht hat, ist vorgeschoben. Sie tragen fast alles in diesem Gesetzentwurf mit – und ich begrüße das – und sehen sich trotzdem wegen des einen Punktes „Quotenregelung zur freien Frauenförderung“

(Dr. Barbara Brüning SPD: Zwei Punkte!)

nicht in der Lage, diesem Entwurf zuzustimmen, und das ist ein Punkt, der Ihnen bei Ihrem eigenen UKE-Gesetz keinerlei Bauchschmerzen gemacht hat.

Aber, Frau Dr. Brüning, ich höre, dass Sie heute eine zweite Lesung verweigern und auf den 21. Mai verschieben wollen. Das ist Ihr Recht, aber es ist auch eine Chance für Sie. Sie hätten heute mit der Zustimmung zu diesem Gesetz die Chance, einen grundlegenden Beitrag zur Stärkung der Hamburger Hochschulen zu leisten. Vielleicht nutzen Sie die Zeit, die Ihnen jetzt 14 Tage bleiben wird, Ihre Position noch einmal zu überdenken

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das ist eine Retourkutsche, Herr Senator!)

und gegenüber den Hochschulen eine klare Position auszusprechen, dass Sie hinter diesem Gesetz stehen, das Sie überwiegend tragen. Dann hätte die Verschiebung auch noch etwas Gutes für sich gehabt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich bin überzeugt davon, dass mit unseren Maßnahmen, die ich Ihnen eben vorgestellt habe, die Hochschulen in Hamburg wieder in der Lage sein werden, den Wettbewerb in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt zu bestehen. Sie werden auch einen notwendigen und nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung der Metropolregion Hamburg leisten können. Deswegen hoffe ich auf Ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

**Dr. Wieland Schinnenburg FDP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, sehr geehrte Kollegen von der Opposition! Diejenigen, die sich bisher weniger mit dem Gesetz beschäftigt haben, werden gemerkt haben, wie viele Details da eigentlich drinstecken. Sie alle – ich auch – haben natürlich nur einen Teil herausgegriffen. Wir sollten angesichts Ihres Zeitbudgets – Sie möchten ja noch in die Fischauktionshalle – auch nicht zu viel Zeit verbrauchen. Auf drei oder vier Punkte möchte ich doch noch eingehen.

Der erste Punkt – Entschuldigung, Frau Dr. Brüning – war doch entlarvend. Sie sagten, Sie seien nicht grundsätzlich gegen Hochschulräte, aber es müssten noch Dialoggremien sein.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das wissen Sie doch!)

C

D

Dr. Wieland Schinnenburg FDP

- A Dann kam noch die Geschichte mit den Quoten. Das hat der Senator schon ausgeführt.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das war falsch vom Senator!)

Meine Damen und Herren! Wir wollen gerade keine ewigen Dialoggremien, sondern wir wollen Entscheidungsgremien haben und das ist ein ganz wesentlicher Unterschied zwischen uns beiden.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dann zu den Studiengebühren. Auch dazu hat der Senator schon einiges gesagt. Sie hatten das Stichwort Auslandsstudium erwähnt. Da empfehle ich Ihnen die Lektüre Paragraph 6 Absatz 8 Nummer 3 des Gesetzentwurfes: Bei Beurlaubungen entscheidet die Hochschule, nicht der Senat oder die Bürgerschaft. Die Hochschule kann selber bei Beurlaubungen ein zusätzliches Studienguthaben gewähren. Also auch dieses Problem ist selbstverständlich berücksichtigt und sogar in unserem Sinne autonom den Hochschulen zur Entscheidung überlassen worden.

Dann haben Sie sich zu dem Recht der ASten geäußert. Da muss ich Ihnen erst einmal sagen, dass die FDP die Hüterin der Grundrechte ist. Frau Dr. Brüning, es gibt – sorgfältige Lektüre des Grundgesetzes vorausgesetzt – bei strenger Betrachtung 19 Grundrechte, bei weiterer Betrachtung noch deutlich mehr. Sie stützen sich hier nur auf eins.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das reicht doch schon!)

- B Ich sage Ihnen, es geht auch um das Selbstbestimmungsrecht. Ist einem Studenten zuzumuten, zwangsweise Beiträge zu bezahlen, und andere entscheiden über Dinge, die mit der Hochschule gar nichts zu tun haben, was mit dem Geld gemacht wird, und zwar Dinge, die ihn als Studenten überhaupt nicht interessieren.

Meine Damen und Herren! Auch das sind Grundrechte. Im Zweifelsfall gelten Grundrechte nicht absolut, sondern sind nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bei gegenseitiger Konkordanz gegeneinander aufzuwiegen. Wir haben die für meine Begriffe völlig richtige Entscheidung getroffen. Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung von gewählten und zwangsweise finanzierten Funktionsträgern muss zurücktreten hinter dem der freien Entfaltung derjenigen, die zwangsweise diese Beiträge nur für einen bestimmten Zweck zu zahlen haben. Das ist die tiefere – Sie wollten sie gerne haben – verfassungsrechtliche Begründung, warum es genau so richtig ist, wie es beschlossen wird.

(Unruhe im Hause – Glocke)

**Vizepräsident Farid Müller** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich höre den Redner nicht mehr richtig. Das ist ein Indiz dafür, dass Sie zu laut sind.

(Thomas Böwer SPD: Man versteht jedes Wort, Herr Schinnenburg!)

**Dr. Wieland Schinnenburg** (fortfahrend): Vielen Dank, Herr Präsident! Herr Kollege Böwer ist es schon gewohnt, mir zuzuhören. Er kann es auch jetzt noch. Vielen Dank, Herr Böwer.

Herr Dr. Maier hat aus meiner Sicht sehr richtige Dinge gesagt. Es ist eine ganz erhebliche Zäsur. Da haben Sie vollkommen Recht. Ich schätze auch sehr, dass Sie gesagt haben, Sie seien zwar nicht unserer Meinung, aber es gebe

auch gute Argumente für das, was wir machen; es sei eine Abwägung erforderlich. Wir haben die Abwägung so getroffen, wie Sie sie jetzt im Gesetz finden. Da haben Sie vollkommen Recht.

Damit komme ich zum letzten Punkt und das ist auch der einzig erschreckende. Es sollte durchaus ein Lob der Opposition für ein Jahr konstruktive Arbeit in Ausschüssen und anderen Gremien sein. Aber was Sie heute geboten haben, insbesondere Frau Dr. Brüning, gerade angesichts der Aussage von Herrn Maier, ist doch erschreckend. Wenn Sie gesagt hätten, wir verweigern eine zweite Lesung mit der Begründung, das sei alles Mist, der Hochschulrat soll ein Dialoggremium sein und wir wollen Quoten wie auch immer, wenn Sie den Kern der Reform ablehnen und deshalb eine zweite Lesung verweigern, hätte ich das zwar falsch gefunden, es wäre aber absolut verständlich, weil es in der Tat – Herr Maier hat Recht – eine tiefe Zäsur ist.

Aber die Verweigerung der zweiten Lesung mit den beiden Punkten zu begründen, nur noch hochschulpolitisches Mandat für Asten und die angebliche Beschneidung der Frauenquote,

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das ist nicht angeblich, das haben Sie so gemacht!)

das, Frau Brüning, ist, unter uns gesagt, viel zu dünn. Sie verweigern eine Aussage zu den wesentlichen Punkten des Gesetzes und konzentrieren sich auf vergleichsweise Nebensächlichkeiten. Lassen Sie mich noch ausführen, wieso das Nebensächlichkeiten sind.

Erstens – das wurde schon gesagt –: Das, was wir bezüglich der Studierendenschaft jetzt ins Gesetz schreiben, ist nichts, aber auch absolut nichts Neues. Es ist nur die gesetzesmäßige Umsetzung der seit langem bestehenden ständigen Rechtsprechung. Es ist nicht die geringste Verschlechterung für die Studierendenschaft. Nur, wir – und das finde ich gut – erfassen das jetzt im Gesetz für jeden klar erkenntlich. Daran kann man doch nicht eine zweite Lesung scheitern lassen, wenn wir eine ständige Rechtsprechung ins Gesetz aufnehmen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dann die Sache mit der Frauenquote. Sie werden es nachgelesen haben. Die von Ihnen erbetene Frauenquote steht im Gesetz, sie bleibt im Gesetz und wird von der Regierungsmehrheit so in das Gesetz hineingeschrieben.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Nein!)

Was wir allerdings den Hochschulen erlauben, ist Autonomie. Und das ist der Punkt, den ich am Anfang sagte. Sie haben Schwierigkeiten mit dem Grundproblem und mit der Grundaussage. Sie wollen Dialoggremien, Sie wollen Quoten für Gewerkschafter und sonstige Geschichten.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das hat keiner gesagt!)

Wir haben Vertrauen zu den Hochschulen, dass sie ohne gewerkschaftliche Beratung auskommen, ohne dass alle möglichen Leute in riesigen Gremien dabei sind, und wir haben auch Vertrauen dazu, dass sie mit der Satzung ordentlich umgehen und nur dann eine Frauenquote, wie sie im Gesetz vorgegeben ist, nicht machen, wenn es dafür gute Gründe gibt. Darin unterscheiden wir uns. Wir haben Vertrauen, Sie haben offenbar noch Schwierigkeiten. Sie denken da in alten Dimensionen. Sie können eine zweite

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

- A Lesung verweigern, aber doch nicht ausgerechnet mit diesen Punkten.

(Dr. Barbara Brüning SPD: Das müssen Sie schon uns überlassen!)

Das zeigt, dass Sie Angst haben, dass Sie eigentlich dafür sind und einen Vorwand suchen, zwei völlig lächerliche Vorwände, die zweite Lesung zu verweigern. Das war das Einzige in der langen Diskussion, wo mir Ihre Beiträge nicht gefallen haben. Ansonsten war es immer sehr gut. Es tut mir Leid, dass Sie solch einen schwachen Abschluss der Diskussion bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat Herr Quast.

**Jan Quast SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ob dieses Gesetz den Titel „Hochschulmodernisierungsgesetz“ verdient, muss es erst noch beweisen. Eines hat es auf jeden Fall erreicht, nämlich dass die Reformbemühungen der Hochschulen um einige Zeit zurückgeworfen werden, denn schließlich haben wir erst vor knapp zweieinhalb Jahren ein neues Hochschulgesetz beschlossen, das sehr viele neue Reformbemühungen vorgebracht hätte, das aber in den letzten beiden Jahren in der Umsetzung zurückgestuft wurde.

(Wolfgang Beuß CDU: Das haben Sie immer noch nicht begriffen!)

- B Herr Brandes, wenn man Ihren Ausführungen folgt, stellt man sich die Frage, ob Sie ein Gesetz für alle Hochschulangehörigen, nur nicht für die Studierenden selbst machen wollen. Den Eindruck kann man jedenfalls gewinnen.

(Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist Humbug, Herr Quast!)

Das ist bestimmt nicht modern. Modern ist es auch nicht, Studiengebühren für außerhalb der Metropolregion lebende Studierende einzuführen, sondern das ist Ausdruck von Provinzialismus.

(Beifall bei der SPD – Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wir sind beide keine Juristen!)

Modern, Herr Brandes, ist es auch nicht, hinter europäisches Recht zurückzufallen und Gender Mainstreaming auszuschließen. Das ist bestimmt nicht modern. Auch die Beschränkung des Mandats der ASten ist nicht modern, sondern ein von Obrigkeitsdenken geprägter Maulkorberlass.

(Beifall bei der SPD – Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das stimmt nicht, Herr Quast!)

Was wirklich modern wäre, Herr Brandes, Herr Senator Dräger, wäre, wenn Sie ein echtes Studienkontenmodell einführen würden, eines, das den Namen verdient, und Sie nicht unser Modell ablehnen, nur weil es Ihnen zu kompliziert ist, wie Sie es im Ausschuss gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir lehnen die Einführung von Studiengebühren für außerhalb der Metropolregion gemeldete Studierende und auch für Langzeitstudierende ab,

jedenfalls so, wie es in Ihrem Hochschulmodernisierungsgesetz vorgesehen ist.

(Rolf Harlinghausen CDU: Sagen Sie doch mal etwas Neues!)

Gebühren für nicht in Hamburg gemeldete Studierende sind Ausdruck gebührenpolitischer Kleinstaaterei, wo doch der Senat gerne so weltoffen tut. Diese sind ungerecht, folgt man der öffentlichen Diskussion und dem, was auch der Senator immer gesagt hat, weil sie den Studenten unterstellen, die nicht in Hamburg gemeldet sind, dass sie gegen das Melderecht verstoßen. Außerdem sind sie gefährlich für die Hochschulen, weil sie ihre Planungssicherheit gefährden.

Meine Damen und Herren! Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat Senator Dräger einen blauen Brief geschrieben und ihn gerügt, dass dieses Gesetz, diese Gebühren für auswärtige Studenten nicht vereinbar sind mit Bundesrecht, mit dem Hochschulrahmengesetz.

(Bernd Reinert CDU: Sie reden hier doch nur, Herr Quast, damit Sie nicht dem Kanzler zuhören müssen!)

Sie betreiben hier nämlich eine begriffliche Camouflage, indem Sie für Ihr Studiengebührenmodell den Begriff Studienkontenmodell oder Studienguthabenmodell verwenden. Das Hochschulrahmengesetz schließt Studiengebühren für das Erststudium aus.

(Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wir auch!)

Egal, wo sie wohnen, das Hochschulmodernisierungsgesetz führt aber genau solche Gebühren ein. Diese Regelung – vieles deutet darauf hin – bricht deshalb Bundesrecht und das ist nicht akzeptabel, auch wenn dem Senat das Bundesrecht nicht passt.

(Beifall bei der SPD – Ekkehard Rumpf FDP: Die kann doch gar kein Bundesrecht brechen! Das geht gar nicht!)

Klagen Studierende gegen dieses Gesetz, haben sie – das wird ihnen aus dem Bundesministerium bescheinigt – gute Erfolgsaussichten. Die Einnahmen sind aber bereits für die Hochschulen verplant. Deswegen besteht die Gefahr, dass diese Hochschulen, die Sie angeblich fördern wollen, Verlierer dieses Gesetzes sind und keine Planungssicherheit erlangen, wie Sie das hier behaupten.

Ich frage mich, Herr Beuß, wenn Sie sagen, dass Langzeitgebühren dazu führen können, dass Studierende sich abmelden, weil sie gar nicht mehr studieren wollen, wozu müssen Sie das denn wissen? Wollen Sie das wissen, um dann die Mittel der Universitäten zu kürzen, oder was steckt bei Ihnen dahinter?

(Wolfgang Beuß CDU: Sie wissen gar nichts, Herr Quast!)

Wir lehnen jedenfalls die isolierte Einführung von Langzeitstudiengebühren ab.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen auf Anreize statt Strafe und haben mit unserem Studienkontenmodell ein Alternativmodell vorgelegt, das Sie alle kennen.

(Glocke)

**Vizepräsident Farid Müller** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Quast?



(Jan Quast SPD)

A **Jan Quast** (fortfahrend): Nein, jetzt nicht.

Dieses stellt ein gebührenfreies Erststudium bis zur Promotion sicher. Das haben wir auch im Einzelnen erläutert und es liegt heute auch als Bericht vor.

Das Studienkontenmodell, das wir vorsehen, bringt Vorteile für alle Beteiligten. Statt Androhung von Strafgebühren bringt es Anreize, verantwortungsvoll mit der Ressource Bildung umzugehen. Es ermöglicht eine auf die individuelle Situation eingehende Organisation des Studiums und es ist Anreiz für die Hochschulen, in den Markt der Weiterbildung einzusteigen.

Herr Beuß, wenn man Ihre Änderungsanträge sieht, dann kann man den Eindruck gewinnen, dass Sie so ganz glücklich auch nicht mit dem sind, was der Senat zur Studiengebühr vorgelegt hat. Es passt in Wirklichkeit auch gar nicht zu dem, was Sie noch in Ihren Wahlkampfreden und in der Koalitionsvereinbarung zum Thema Studiengebühren gesagt haben.

Meine Damen und Herren! Zum Thema Zwangsexmatrikulation kann man stehen, wie man will. Man kann sich die Frage stellen, ob man das will oder nicht. Wenn man aber diese für ein unischädigendes Verhalten einführen will, dann müssen Hürden gesetzt sein, dann müssen verbindliche Regelungen bestehen und keine butterweiche Formulierung, wie Sie sie ins Gesetz reinschreiben, denn eine Exmatrikulation ist ein erheblicher Eingriff in die Lebensplanung und die Zukunftschancen von jungen Menschen. Hier darf keine Möglichkeit zur Willkür bestehen.

Wir haben deswegen gefordert, dass dieses nur dann gelten darf, wenn erheblicher Schaden für die Hochschulen entstanden ist, wenn ein Straftatbestand vorliegt, und dass nur ein feststehendes Entscheidungsgremium unter Beteiligung der Studierenden, Herr Brandes, einen Beschluss darüber fassen darf.

Insgesamt hat man den Eindruck, dass Sie Angst vor den Studierenden haben. So, wie Sie das Mandat der ASten einschränken wollen, geht es nicht. Man muss sich mit den ASten auseinander setzen, man muss mit ihnen diskutieren.

(Rolf Kruse CDU: Sägen Sie nicht den Ast ab, auf dem Sie sitzen!)

So, wie Sie das Hochschulmodernisierungsgesetz hier eingebracht haben, besteht die Gefahr, dass es keine breite Basis an der Uni findet und damit auch nicht lange Bestand haben wird. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Farid Müller:** Der Abgeordnete Beuß hat das Wort.

(Luisa Fiedler SPD: Sie wollen extra unseren Abend boykottieren!)

**Wolfgang Beuß** CDU: Herr Quast, Ihre Hiwirolle von Frau Brüning ist mir nicht so ganz klar, weil ich denke, dass Sie exakt all das noch einmal referiert haben, was Frau Brüning und in Teilen Herr Maier schon ausgeführt haben. Aber um Ihnen noch einmal ganz deutlich zu sagen – vielleicht verstehen Sie das dann endlich –: Sie waren es doch im Ausschuss, der überhaupt nicht in der Lage dazu war, uns Ihr Gebührenmodell plausibel vorzustellen. Was wollen Sie denn eigentlich mit diesem Modell?

(Beifall bei der CDU)

Sie reden immer davon, was Sie alles nicht wollen. Das habe ich auch schon im Ausschuss gesagt. Mich würde einmal interessieren, was Sie denn wollen, wie Sie die Finanzierung für die Hochschulen wieder auf die Beine kriegen wollen. Sie haben in den letzten Jahren nur gießkannenmäßig gespart, aber sagen nicht, wie Sie ein modernes Hochschulsystem finanzieren wollen, das finde ich unredlich.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Dr. Barbara Brüning SPD: Durch das Studienkontenmodell!)

– Das Studienkontenmodell, Frau Brüning, lasse ich Ihnen nicht durchgehen, weil Sie es uns nicht plausibel erklären konnten.

Angst vor Studenten, Herr Quast, habe ich und haben wir ganz bestimmt nicht. Ich stelle mich da gern dem Dialog und habe das auch schon getan. Im Übrigen, wenn Sie sagen, ich hätte vorher etwas ganz anderes gesagt, so muss ich Ihnen sagen, dass ich im Wahlkampf eine ganz andere Rolle gehabt habe. Da habe ich Schulpolitik gemacht, aber nicht Wissenschaftspolitik. Das nur zu Ihrer Kenntnis.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Farid Müller:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Die sehe ich nicht.

Dann kommen wir jetzt zu den Abstimmungen. Zunächst zu dem Zusatzantrag der GAL, Drucksache 17/2647.

Wer möchte ihn annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zum Bericht des Wissenschaftsausschusses. Wer möchte die darin empfohlenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wer möchte das Hochschulmodernisierungsgesetz mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist somit in der ersten Lesung beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu? –

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist der Fall. Dann wird die zweite Lesung in der nächsten Sitzung stattfinden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 40: Antrag der Koalitionsfraktionen: Musikalische Breitenbildung – eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe.

**[Antrag der Fraktionen der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP:  
Musikalische Breitenbildung –  
eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe  
– Drucksache 17/2610 –]**

Wer möchte das Wort? – Herr Hardenberg.

**Gerd Hardenberg** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Ich wünsche denjenigen, die jetzt gehen, einen schönen Verlauf des Abends.

(Gerd Hardenberg Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein chinesisches Sprichwort besagt:

„Willst du ein Jahr vorausplanen, so baue Reis an. Willst du ein Jahrzehnt vorausplanen, so pflanze Bäume. Willst du ein Jahrhundert planen, so bilde Menschen.“

Man könnte noch hinzufügen: Willst du für ein Jahrtausend planen, so bilde junge Menschen in Musik. Damit sind wir auch schon bei unserem Antrag „Musikalische Breitenbildung – eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe“.

Wie ist nun die derzeitige Situation? Nicht nur in Hamburg, sondern bundesweit fallen etwa 80 Prozent der Musikstunden aus oder werden fachfremd erteilt. Gleichzeitig zeigen die Ereignisse in Erfurt und auch anderenorts, dass die Gewaltbereitschaft an deutschen Schulen steigt. An allen Schularten haben verbale Gewalt und Aggression im Umgang der Kinder untereinander, aber auch gegenüber den Eltern und Lehrern zugenommen. Diesen Entwicklungen muss entschieden entgegengewirkt werden. Wissenschaftliche Langzeitstudien aus Berlin und den USA haben eindeutig die positiven Auswirkungen auf die Ausprägung sozial-harmonischen Verhaltens durch eine frühzeitige intensive Beschäftigung mit Musik und insbesondere durch das Spielen von Musikinstrumenten belegt.

Meine Damen und Herren! Bewiesen ist, dass Musizieren folgende Effekte bei Kindern erzielt: Eine optimale Entfaltung der kindlichen Anlagen, die Förderung der Konzentrations- und Lernfähigkeit, die Förderung der Intelligenz, die positive Entwicklung der gesamten Persönlichkeitsentwicklung, die drastische Verringerung von Aggression und Gewalt bei Kindern und Jugendlichen. 90 bis 95 Prozent aller Jugendlichen bewerten das Musikhören als wichtigstes Freizeitvergnügen. Was außerhalb der Schule bedeutungsvoll ist, sollte von Schul- und Kulturpolitik auch in die Schule integriert werden.

B

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Neue Entwicklungsforschungen haben die außerordentlich positiven Persönlichkeitsentwicklungen durch musikalische Förderung im frühkindlichen Alter von bereits vier Monaten hervorgehoben. Es mangelt jedoch an adäquaten Angeboten sowie entsprechenden Aus- und Fortbildungsangeboten. Außerdem mangelte es bisher trotz aller wissenschaftlicher Erkenntnisse an konkreten Handlungskonzepten beziehungsweise an dem Willen, diese umzusetzen. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, soll der Senat mit Hilfe unseres Antrages eine bildungspolitische Offensive starten, die zu einer umfassenden Musikalisierung von Kindern und Jugendlichen führt, denn aus den Ergebnissen der PISA-Studie wurden nur die Bereiche verstärkt, die bisher schon nicht funktioniert haben. Wir meinen aber, dass der musikerziehende Bildungsansatz Erfolg versprechender ist.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich betonen, dass ich mich freue, dass führende Vertreter Hamburger Musikinstitutionen die Debatte hier verfolgen. Die von uns geforderte musikalische Bildungsoffensive ist außerdem eine wichtige Präventivmaßnahme zur Vermeidung von Jugendkriminalität, ein Ansatz von Nichteinstieg in die Drogen und damit verbundene Kriminalität, eine Toleranz fördernde Kommunikationsform, die auch eine wichtige Integrationsmöglichkeit für ausländische Mitbürger durch Einbringen der

eigenen und das Kennenlernen der deutschen Kultur beinhaltet. Hamburg würde hiermit bundes- und europaweit eine Vorreiterrolle übernehmen und könnte wichtige bildungspolitische Zeichen setzen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Im Interesse der nachfolgenden Generationen bitte ich um Ihre Zustimmung. – Danke.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Farid Müller:** Wer wünscht das Wort? – Frau Fiedler.

**Luisa Fiedler SPD:**\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als frei gewählte Abgeordnete bin ich vor allem der Klarheit und Wahrhaftigkeit verpflichtet. Ich nehme diese Verpflichtung wahr, um ein paar deutliche Worte zur Entstehungsgeschichte dieses Antrages auszusprechen.

(Wolfgang Drews CDU: Gut, dass Sie das vorher gesagt haben!)

Wir debattieren heute über nichts anderes als über die Befassung eines kommerzialisierten Produktes aus dem Hause Yamaha Music in Hamburg. Es geht hier um das musikalische Konzept, von dessen Direktor Professor Hintz.

(Wilfried Buss SPD: Das ist ja interessant!)

Meine Damen und Herren! Bei allem Respekt für das Engagement von Herrn Hintz für die musikalische Breitenbildung in dieser Stadt und bei allem Verständnis dafür, dass ein Geschäftsmann einen Absatzmarkt sucht,

(Wilfried Buss SPD: Heimorgell!)

habe ich für eines aber keinerlei Verständnis, und zwar dafür, dass sich die Schill-Fraktion nach dem Antrag zur „Gewaltprävention faustlos“ schon zum zweiten Mal als Drückerkolonie für Privatunternehmen profiliert mit Anträgen, die Ross und Reiter nicht nennen.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Barth-Völkel Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist doch einfach nur peinlich!)

Das gilt sowohl für die Unternehmen, die Sie bei Ihren Anträgen im Auge haben, als auch für Ihr politisches Konzept, staatliche Einrichtungen im Bildungsbereich zugunsten von privaten Unternehmen zu schwächen. Als Orte der frühen Musikbegegnung nennen Sie zu Recht Krippe, Kita, Vor- und Grundschulen. Meine Damen und Herren, das Rad der Musikbildung muss an dieser Stelle sicherlich nicht neu erfunden werden. Ich nenne hier im Rahmen der Verlässlichen Halbtagsgrundschule die landesweite Kooperation zwischen Grundschulen und Staatlicher Jugendmusikschule. Hier gilt es, das erfolgreiche Modell, das an 57 Schulen praktiziert wird, auszubauen und weiterzuentwickeln.

Meine Damen und Herren der Schill-Fraktion, Ihr Antrag ist außerdem unaufrichtig, wenn Sie hier vollmundig versprechen, der Zugang zur Musik solle unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglicht werden. Sie sind doch diejenigen, die seit eineinhalb Jahren nichts anderes als bildungspolitischen Kahlschlag in dieser Stadt betreiben.

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Schwachsinn!)

C

D

(Luisa Fiedler SPD)

- A Soziale Selektion ist geradezu das Gütesiegel Ihrer Politik und Sie singen hier das hohe Lied der sozialen Gerechtigkeit. Ihr Lehrerarbeitszeitmodell beschert den Musiklehrern ein Mehr von vier Stunden Unterricht in der Woche und das ist geradezu eine schallende Ohrfeige für alle Musikpädagogen in dieser Stadt. Auf jeden Fall kein Motivationschub. Es ist schon – Herr Drews ist leider nicht da – dreist, wenn Herr Drews heute in der Presse Lehrer als verzogene Berufsgruppe, die auf hohem Niveau jammert, pauschal diffamiert. Dadurch können Sie die desolate Bildungssituation in dieser Stadt um keinen Deut verbessern.

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive:  
Das werden wir ja sehen!)

Meine Damen und Herren! Ihren Antrag werden wir, obwohl er es eigentlich verdienen würde, nicht ablehnen. Ganz einfach deswegen, weil wir die musikalische Breitenbildung in dieser Stadt weiterhin gefördert sehen möchten. So aber, wie Sie da herangehen, streuen Sie den Leuten Sand in die Augen und das tut richtig weh. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

**Vizepräsident Farid Müller:** Frau Abgeordnete, ich finde, dass Drückerkolonnen nicht die richtige Bezeichnung für Kollegen in diesem Hause ist.

(Beifall bei Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich bitte da ein bisschen um Mäßigung.

Wer wünscht das Wort? – Frau Thomas.

- Elke Thomas** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gedacht, bei diesem Antrag ginge es weniger kontrovers zu. Dass man das daraus machen kann, erstaunt mich allerdings sehr.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vielleicht ist es ja so, dass ich unverdächtig bin, denn ich will weder etwas Kommerzielles noch sonst etwas. Ich möchte einfach dieses, was ich einmal gelernt habe in meinem Leben, ich habe nämlich mal Musik studiert, genau das möchte ich erreichen, dass in den Schulen etwas für die Musik getan wird. Deswegen stehe ich hier und nicht, um irgendwelche kommerziellen Dinge zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Zum anderen muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie so angriffslustig sind, wäre es wirklich sehr dienlich – denn gerade in der Musik kommt es auf den richtigen Ton an, wie das Sprichwort schon sagt –, den richtigen Ton zu treffen. Ich glaube, der Ton war einfach falsch, es war disharmonisch.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einmal unseren Bundespräsidenten zitieren, der sich zugunsten der Musik geäußert hat. – Eine späte Erkenntnis, dass dieses Wort auch einmal in der Öffentlichkeit genannt wird.

„Die Musikerziehung in Deutschland muss auch in Zeiten knapper Kassen einen hohen Stellenwert behalten. Bildung ist mehr als PISA, musikalische Bildung erst recht. Wir brauchen musikalische Bildung jenseits von Nützlichkeit und Verwertbarkeit.“

(Wilfried Buss SPD: Sehr gut!)

„Wir müssen den Boden auf Kreativität bereiten. Wenn daraus später auch einmal Erfolge im ökonomischen Sinne wachsen in Euro und Cent, dann wird dies meine Freude nicht schmälern.“

Das kann ich nur hundertprozentig unterstreichen. Wenn ich an meine an Musik interessierte und auch Musik ausübende Familie denke und sehe, wie meine Enkelkinder jetzt an die Musik herangeführt werden, dann bin ich begeistert. Bei uns in der Familie musizieren alle. Vielleicht liegt es auch daran, dass wir in Harmonie leben, vielleicht spielt das eine Rolle.

Ich möchte hier Erfurt nicht wieder erwähnen, weil Sie alle wissen, was in Erfurt geschah, aber ich möchte in der Öffentlichkeit das Interesse wecken, dass wir auch die Aufgabe haben, unseren Kindern Interessen zu vermitteln.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

In dem Antrag beziehen wir uns insbesondere auf die so genannte Bastian-Studie. Herr Hardenberg hat bereits einiges dazu gesagt, aber ich möchte auch noch einmal unterstreichen: Es hat sich gezeigt, dass durch Musikerziehung die soziale Kompetenz eindeutig verbessert wird. Es gibt in den musikbetonten Schulen deutlich weniger ausgegrenzte Schüler – nach dem Motto: Den mag ich nicht, der gehört nicht zu mir –, dieses kommt sehr selten vor. Also, wir sehen, Musik verbindet und da möchte ich die SPD anschauen, denn vielleicht ist dies ein Grund, dass wir uns hier in dieser Sache verständigen können.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Kinder mit Musikerziehung verfügen über vielerlei Vorteile. Sie sind besser in der Lage, aus Erfahrungen zu lernen und diese auf Situationen des Alltags anzuwenden, sie besitzen also eine bessere soziale Urteilsfähigkeit. Es wurde weiterhin festgestellt, dass die Intelligenz gefördert wird und eine verstärkte Musikerziehung vor allem Schülern mit Konzentrationsschwächen hilft. Die Studie zeigte auch, dass sozial benachteiligte und wenig geförderte Kinder von einer erweiterten Musikerziehung profitieren.

Wenn wir das nicht unterstützen wollen und dies mit kommerziellen Dingen zu tun hat, weiß ich nicht, was Sie meinen.

Wir ziehen mit diesem Antrag notwendige Konsequenzen. Wir haben gesagt, wo wir dies einsetzen möchten – in der Kinderkrippe, im Kindergarten und in der Vorschule. Es soll ein Modellprojekt laufen und dieses Modellprojekt wollen wir beobachten, überprüfen und dann sehen, was daraus wird.

Ich fasse mich etwas kurz, damit Sie noch Ihren Kanzler hören können, wenn Sie es denn wollen.

(Bernd Reinert CDU: Wollte ich gar nicht!)

Ich nehme noch ein plastisches Beispiel aus dem Sportbereich, um die Musik noch einmal zu erklären. Kein Sportlehrer käme auf die Idee, seinen Schülern einen Fußball zu zeigen, ihnen die Fußballregeln zu erklären, ohne sie selbst Fußball spielen zu lassen. Im Musikunterricht ist dieses Vorgehen leider manchmal alltäglich.

(Rolf Kruse CDU: Sehr wahr!)

Das wollen wir ändern und deswegen sollten Sie diesen Antrag unterstützen. Das haben Sie zugesagt. Auch bei

(Elke Thomas CDU)

- A leeren Haushaltskassen bekommen wir das hin, wenn wir Sponsoren dafür begeistern können.

Das Fazit: Die Breitenbildung ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Sie fördert die Kreativität, die Konzentration, die Teamfähigkeit, die emotionale Stabilität und Intelligenz unserer Kinder. Das sollte uns etwas wert sein. Die Musik verbindet und verträgt, böse Worte passen nicht dazu. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat Herr Dr. Maier.

**Dr. Willfried Maier GAL:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir begrüßen diesen Antrag und stimmen ihm aus zwei Gründen zu.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Hartmut Engels CDU:* Das ist wirklich breite Bildung!)

Wir begrüßen erstens die gute Absicht, die darin steckt, und zweitens, dass Sie es mit diesem Antrag dem Senat nicht leicht machen, denn bei leeren Kassen zusätzlichen Musikunterricht zu geben – Kollege Lange hat schon das Problem mit dem Sport –, stellt ihn vor ein weiteres Problem.

(Heiterkeit bei *Wilfried Buss SPD*)

- B Nun muss ich zugeben, selbst kein Musik praktizierender Mensch zu sein, habe auch eine schlechte musikalische Ausbildung in meiner Schulzeit bekommen, glaube aber, dass es für Schulen ausgesprochen schwierig sein dürfte, gegen das wachsende Passivwerden des Musiklebens anzukommen. Denn wir konnten früher noch singen, ohne uns schämen zu müssen gegenüber der Perfektion der Platten.

(Beifall von *Elke Thomas CDU*)

Das ist natürlich heute schwierig und der Umstand, dass so stark aus der Konserve konsumiert wird, führt dazu, dass das aktive Musikleben zurückgeht. Wie Schulen dagegen ankommen sollen und können, ist noch nicht klar. Ich befürchte, dass es bei dieser Situation bleiben wird und nur diejenigen, die einen besonderen Draht, eine besondere Neigung oder Fähigkeit dazu haben, noch weiterhin aktiv dabei bleiben. Wenn die dann aber dazu beitragen, uns andere mitzuziehen, dann bin ich sehr damit einverstanden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Woestmeyer.

**Martin Woestmeyer FDP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde meinen Beitrag weder musikalisch vortragen, noch werde ich singen,

(*Christa Goetsch GAL:* A capella! – *Ingo Egloff SPD:* Das wäre ja oberstark!)

auch wenn mir Herr Maier dazu Mut gemacht hat, indem er die intimsten Geheimnisse seiner musikalischen Sozialisation dargelegt hat. Offensichtlich würde er ganz gerne so leiern, wie die Platten damals leiern. Jetzt gebe es so modernes, technisches Gerät, gegen das man gar nicht mehr ansingen könne.

Die Debatte hatte auch ohne die musikalischen Beiträge einen Tiefpunkt – der Bass schlägt eher nach unten aus, um im Bild zu bleiben. Frau Fiedler, wäre der Saal nicht schon so leer zu Beginn Ihrer Rede gewesen, hätte er sich sicherlich geleert. Was Sie sich hier geleistet haben, ist wirklich eine Entschuldigung wert.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Eine Fraktion dieses Parlaments als Drückerkolonnie zu degradieren, passt überhaupt nicht ins Bild, nicht zum Stil dieser Debatte und nicht zur grundsätzlichen Einigkeit, die wir bei diesem Thema haben. Wir haben das Zitat von Johannes Rau gehört. Vielleicht orientieren Sie sich einmal an der Rede und den Grundsätzen, die selbst unser Bundespräsident auf der GEMA-Festveranstaltung vor wenigen Tagen gehalten und vorgegeben hat. Das Engagement von privaten Anbietern dermaßen herabzuziehen und herabzuwürdigen, zu behaupten, hier würde sich eine Partei vor den Karren spannen lassen, das ist nun wirklich – aber das lass ich.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Luisa Fiedler SPD:* Das ist kein Engagement, das ist Geschäft!)

Frau Fiedler, es ist doch gerade an dieser Stelle wichtig, was Herr Rau gesagt hat – Frau Thomas und ich haben es vorher gelesen, Sie haben es hier vielleicht zum ersten Mal gehört –,

(*Luisa Fiedler SPD:* Nein!)

denn wenn er von knappen Kassen spricht, impliziert dies die Aufforderung, dass wir die Privaten mit hinzugewinnen müssen. Wir müssen es auf eine breite Basis stellen, es darf nicht allein in der Schule stattfinden, es muss auch im außerschulischen Bereich stattfinden.

(*Luisa Fiedler SPD:* Es geht ja um die Instrumente! Sie haben gar kein Gesamtkonzept!)

Es muss eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein und dies kann uns nur mit den Privaten gelingen. Wir wollen die Privaten dabei haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Sie stehen an dieser Stelle alleine, Frau Fiedler! Sie gucken sonst immer mit Ihrer Fraktion gerne nach Finnland, in Finnland ist das Erlernen eines Musikinstrumentes fest in den Schulalltag eingebettet. Vielleicht blicken Sie so wie sonst von PISA verwöhnt auch einmal nach Finnland. So etwas wollen wir auch für Hamburg mit auf den Weg bringen. Wir wollen es genauso breit anlegen wie die Sportförderung. Wir machen in der Sportförderung auf breiter Basis und mit Weitsicht etwas Ähnliches. Wir haben das auch im Hinblick auf die Olympia-Bewerbung gemacht, aber wir halten daran fest und erweitern es um die musikalische Bildung. Und zwar nicht nur deshalb, weil Sie bei der Olympia-Bewerbung und der letztendlichen Entscheidung vielleicht genau wie ich auf dem Rathausmarkt oder vor dem Fernseher mitgezittert und gesehen haben, dass ein Oberbürgermeister, wenn er zum Cello, zur Musik greift, auch ein sprachloses Argument vorbringen kann, was vielleicht den Ausschlag gegeben hat.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Farid Müller:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Hardenberg.

A **Gerd Hardenberg** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte hier eines nicht im Raum stehen lassen, nämlich das, was Frau Fiedler gesagt hat. Ich möchte betonen, dass unsere Fraktion, die an diesem Antrag gearbeitet hat, keine Provision bekommt. Wir wollen es auch nicht. Wir wollen etwas für die Schüler und die Bürger in Hamburg tun. Darum setzen wir uns dafür ein. Wenn Sie uns – ich meine, das sind Ausnahmen in Ihrer Fraktion inzwischen – Lernen, Kultur und so weiter nicht zutrauen, dann finde ich das sehr traurig und möchte mich dagegen verwahren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Farid Müller:** Weitere Wortmeldungen sehe ich zurzeit nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 17/2610 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist der Antrag einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 37, Antrag der GAL-Fraktion: Keine Umsetzung des Senats-Lehrerarbeitszeitmodells.

**[Antrag der Fraktion der GAL:  
Keine Umsetzung des  
Senats-Lehrerarbeitszeitmodells  
– Drucksache 17/2603 –]**

Die GAL-Fraktion beantragt, diese Drucksache in den Schulausschuss zu überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Goetsch.

B **Christa Goetsch** GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Je später der Abend, desto schöner die Themen und dann auch noch ein Thema, bei dem alle mitreden können.

Eines möchte ich vorwegnehmen: Die GAL will und wollte immer schon ein Lehrerarbeitszeitmodell. Wir haben als erste Fraktion 1998 die Initiative zu dieser Veränderung ergriffen und damals die Klemm-Kommission mitinitiiert.

Allerdings wird jetzt die Idee des Jahresarbeitszeitmodells, das in Dänemark, in den Niederlanden, in Österreich schon längst Usus ist, ad absurdum geführt – und das ist das Traurige daran. So führt es zu einer Fehlkonstruktion: Obwohl Lehrerinnen und Lehrer mehr arbeiten sollen, werden Schülerinnen und Schüler weniger Förderung erhalten. Obwohl das Senatsmodell die Schulen und den Unterricht so gravierend verändert, wird die Bürgerschaft umgangen. Es scheint, als habe es der Senat so eilig, dass es noch nicht einmal eine Drucksache für die Bürgerschaft wert ist. Wer so handelt, der möchte die Diskussion umgehen und dem scheint auch das Wasser bis zum Hals zu stehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Bernd Reinert* CDU: Ach!)

Statt nämlich die Arbeitszeitgestaltung wirklich zu modernisieren, benutzen Sie das Modell, um die Sparquote zu erwirtschaften. Sie müssen mit diesem Modell 1000 Lehrerstellen erwirtschaften. Sie werden das immer wieder gerne widerlegen wollen, können Sie aber nicht, ich zitiere aus dem Kommissionsbericht, Seite 31:

„Nach der im Sommer 2002 vorgenommenen Absenkung, bei den Gesamtschulen 10 Prozent, den Gymnasien 3 Prozent, der Sekundarstufe 3,2 Prozent, werden

C nun bei den allgemein bildenden Schulen mit dem Arbeitszeitmodell (ausschließlich der Sonderschulen) proportional zu den bestehenden Bedarfsgrundlagen die Schulen versorgt, nämlich um 3,2 Prozent abgesenkt.“

Da kann ich nur fragen, was das mit dem Schwerpunkt Bildung zu tun hat.

(*Wilfried Buss SPD*: Nichts!)

Dann noch einmal ein Wort zur Transparenz. Senator Lange wiederholt gebetsmühlenartig, dass mit dem Modell endlich sichtbar gemacht werden solle, was die Lehrerinnen und Lehrer alles arbeiten. Genau das wollen wir auch. Transparenz nach außen gegenüber der Öffentlichkeit, den Eltern – das ist klar –, aber dann müssen Sie auch gegenüber der Öffentlichkeit, den Eltern, den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern sagen, wie viele Stunden wegfallen, welche Förderung wegfällt und um wie viel die Klassen größer werden. Sie müssen zum Beispiel genau sagen, dass bei diesem Modell eine bestimmte Integrationsform, nämlich die integrierte Haupt- und Realschule, total weggespart wird. Das heißt, ab diesem Sommer werden in den Klassen 7 bis 10 jede Woche 3,5 Stunden Förderung für jede Klasse wegfallen, nämlich die Teilung. Sie müssen auch sagen – das kann ja vielleicht sinnvoll sein –, warum die Oberstufen größer werden sollen. Aber Sie vernebeln das systematisch, es gibt keine Aufklärung.

Es ist interessant, wenn man nach Antworten fragt.

(*Heiterkeit bei Wilfried Buss SPD*)

D Ich habe Kleine Anfragen gestellt und da bekomme ich dann die Antwort oder auch in den Ausschüssen zu hören, das Statistikprogramm gehe gerade nicht, von daher könne nicht gesagt werden, wie groß die Klassen momentan oder wie sie nach Einführung des Modells seien oder sie sagen, das alte und das neue Modell seien nicht vergleichbar, also könne man gar nicht genau sagen, welche Kürzungen es geben werde. Dann wird einem auch noch gesagt, dass man abwarten solle, wie sich das in den Schulen entwickle. Meine Damen und Herren: Nein! Wir wollen, dass Sie uns hier in der Bürgerschaft deutlich machen, was das Modell bedeutet. Sie sollen den Eltern und Schülern erklären, was Sie genau vorhaben. Von Transparenz ist hier keine Spur. Sie tragen auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler dieses Sparmodell aus und das geht so nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die GAL fordert – wie gesagt – seit langem ein neues Arbeitszeitmodell. Wir haben 1998 einen Slogan kreiert: Wer sich reformiert, gibt sich neue Arbeitszeiten! Danach muss gehandelt werden. Sie haben ein Sparmodell daraus gemacht, das vor allen Dingen – und das ist genau das Gegenteil von dem, was PISA will – die individuelle Förderung zurückfährt und zurücknimmt. Im Klartext: Es wird immer weniger in kleinen Gruppen gelernt und es werden immer größere Klassenverbände gebildet. Das ist eben die ganz vigeliensche Geschichte und da muss ich wieder aus der Kommission zitieren, und zwar auf Seite 30:

„Fachunterricht, der eine Teilung der Klasse erfordert, ist nur möglich, wenn diese Teilungsstunden durch Überschreiten der Basisfrequenz gewonnen werden.“

Das heißt, Sie müssen erst die Klassen groß machen, um überhaupt eine Teilung hinzubekommen. Das heißt konkret

(Christa Goetsch GAL)

- A im Chemieunterricht, der normalerweise geteilt wird, damit wirklich zwischen zwölf und 16 Schülerinnen und Schüler Versuche machen können, müssen sich jetzt 25 Schülerinnen und Schüler um das Reagenzglas kloppen. Ist das der Sinn und Zweck eines solchen Arbeitszeitmodells? Die 1000 Stellen müssen ja irgendwo herkommen, entweder mit großen Klassen, um die Teilung hinzubekommen, oder es wird nicht geteilt und keinen handlungsorientierten Unterricht mehr geben. Also wieder auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler. Das wollen wir nicht.

Dieses Senats-Arbeitszeitmodell ist eine absolute Fehlkonstruktion und wir als GAL-Fraktion beantragen daher, das Modell in der Bürgerschaft zu beraten und auch darüber zu beschließen – das ist jetzt ein weiteres Beispiel, um zu zeigen, wo es an diesem Modell krankt –, wenn es zu Schulschließungen kommt. Das ist Sache der Bürgerschaft.

*(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Was haben denn die Anmeldezahlen mit dem Lehrerarbeitszeitmodell zu tun?)*

Es müssen zum Teil Schulen geschlossen werden, das ist gar nicht die Frage, aber das können Sie nicht durch eine Rechtsverordnung, einfach durch ein Modell hintenherum machen, ohne dass das Parlament etwas davon erfährt. So geht es nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zweiter Punkt: Das Senats-Arbeitszeitmodell wird die Ausstattung der Integrationsklassen, der Verlässlichen Halbtagsgrundschule, das Programm Lesen und Schreiben – PLUS – und den Förderunterricht Deutsch als Zweitsprache deutlich reduzieren. Es werden allein 10 Prozent der Stellen für die Deutschförderung gestrichen und insgesamt 8 Prozent der Förderstunden. Ich zitiere auch wieder, nicht dass Sie denken, ich habe das irgendwie frei erfunden, da kommt nämlich das schöne Wort Auskömmlichkeit drin vor:

„Durch die für die Erreichung der Auskömmlichkeit nötigen Bedarfsabsenkungen im quantitativen Bereich um circa 3,6 Prozent und im Bereich der unterrichtlichen Fördermaßnahmen um insgesamt circa 8 Prozent erschwert sich für kleine Grundschulen auch die Gewährleistung der Verlässlichkeit im Krankheitsfall.“

Also, das ist eine schöne Sache, die da auf uns zukommt. Die Bürgerschaft hat zuzeiten diese Förderstunden für die Schülerinnen und Schüler, sowohl für die Verlässliche Halbtagsgrundschule als auch für DaZ und so weiter, beschlossen. Es kann nicht angehen, dass Sie das jetzt einfach hintenherum verändern wollen.

Ich hätte im Übrigen auf eine Debatte verzichtet, wenn wir den Antrag an den Ausschuss hätten überweisen können, aber das wollen die Koalitionsfraktionen nicht.

Ich möchte noch zwei Kritikpunkte anführen. Es ist sehr bezeichnend, dass dieses Thema erst am 5. Juni 2003 im Schulausschuss auf Antrag der Opposition überhaupt debattiert wird und da ist das Kind dann schon in den Brunnen gefallen. Dann gibt es noch einen weiteren Punkt, der besonders sträflich ist und gegen den Sie sich sträflicherweise entgegen den Empfehlungen der Kommission verhalten. Dazu das letzte Zitat, das Sie sich jetzt noch einmal anhören müssen:

„Von einer flächendeckenden Umsetzung der Vorschläge ohne Erprobungsverfahren rät die Kommission

aus fachlichen Gründen mehrheitlich ab. Alle Experten halten eine Teilerprobung für erforderlich, weil eine flächendeckende Umsetzung nur schwer lösbare Implementationsprobleme erzeugt, die dann fälschlicherweise dem Arbeitszeitmodell zur Last gelegt werden können.“

Genau aber das machen Sie. An dieser Stelle wird die sinnvolle Idee eines Jahresarbeitszeitmodells, um endlich einmal dieses Thema Gerechtigkeit und Transparenz hinzubekommen, durch dieses Sparmodell kaputtgemacht. Ich hoffe, nicht für alle Zeiten. Aber es ist eine Fehlkonstruktion, weil Sie auf dem Rücken der Kinder die individuelle Förderung zurücknehmen,

*(Wolfgang Drews CDU: Das ist doch Quatsch!)*

und das ist nach den Ergebnissen von PISA und IGLU ein Drama. Ich fordere Sie auf, stoppen Sie das Modell, legen Sie der Bürgerschaft eine Drucksache vor und dann können wir ordentlich darüber diskutieren. Aber nicht so. So ist es eine Katastrophe für unsere Kinder hier in Hamburg. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat Frau Ernst.

**Britta Ernst SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben ja bereits im September 2002 über das Thema der Lehrerarbeitszeit hier sehr kontrovers diskutiert.

*(Martin Woestmeyer FDP: Frau Goetsch hat gerade gesagt, wir seien nie befasst gewesen!)*

Der Kern der Kontroverse zwischen Regierung und Opposition war damals, ob es der Regierung gelingt, eine wirkliche Reform der Lehrerarbeitszeit auf den Weg zu bringen, oder ob Sie nur eine weitere Sparrunde im Bildungsbereich durchsetzen wollen. Wir haben Ihnen damals grundsätzliche Unterstützung für den begonnenen Weg, die Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern zu gestalten, zugesagt. Wir stehen zu den Ergebnissen der ersten Lehrerarbeitszeitkommission. Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern ist mehr als Unterricht und nicht jede Unterrichtsstunde macht gleich viel Arbeit. Wir haben Sie aufgefordert, dieses Konzept nicht mit Einsparungen zu verbinden, um dieses Projekt nicht gegen die Wand zu fahren. Das ist leider nicht geschehen. Obwohl der Schulsenator nach Protesten damals den Lehrerinnen und Lehrern schriftlich versprochen hat, dass es nicht zu einer Erhöhung der Pflichtstunden komme, hat die Arbeitszeitkommission den Auftrag erhalten, einen signifikanten Beitrag an ersparten Lehrerstellen zu erarbeiten. Hamburgs Lehrerinnen und Lehrer müssen künftig mehr arbeiten, weil dieser Senat den Stellenplan unter Bedarf gedeckelt hat. Das sind Einschnitte zulasten der Schulausbildung in dieser Stadt. Sie haben beim Einsetzen der Kommission versucht, die Öffentlichkeit zu täuschen, und Sie versuchen es immer noch. In diesen Tagen wird aber in allen Schulen nachgerechnet und jede Lehrerin und jeder Lehrer bekommt eine Übersicht darüber, wie sich die Arbeitszeit künftig gestalten wird. Von daher ist jetzt endgültig der Zeitpunkt, an dem Sie mit Ihrem Vorwurf der Stimmungsmache an die Opposition nicht mehr durchkommen. An jeder Schule Hamburgs gibt es Proteste gegen die Pläne, weil die Fakten jetzt auf dem Tisch liegen.

*(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wie sieht es aus mit den Krankschreibungen?)*

C

D

(Britta Ernst SPD)

- A Viele Fragen sind nicht geklärt, Frau Goetsch hat diese angesprochen. Hamburgs Schulen erwarten Antworten auf die vielen Fragen. Die Realität ist jedoch eine andere. Die politisch Verantwortlichen, die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungskoalition und der Senat, kneifen auf den Veranstaltungen. Sie beantworten Briefe nicht, Sie rufen nicht zurück, wenn gefragt wird. Ich frage mich, wie viel Sie eigentlich selbst von einem Modell halten, für das Sie nicht den Mumm haben, es in der Öffentlichkeit an Hamburgs Schulen zu vertreten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte aber vor dem Hintergrund der aktuellen Proteste dieser beiden Tage eine Bemerkung machen. Einige Lehrerinnen und Lehrer sind in den letzten Tagen nicht zur Schule gegangen, haben sich krankgemeldet und der Unterricht ist ausgefallen.

*(Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Riesensauerei! – Ilona Kasdepke Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frechheit der Beamten!)*

Ich möchte ganz deutlich erklären, dass ich dieses eine absolute Ungeheuerlichkeit finde, für die es keine Rechtfertigung gibt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Für das Krankfeiern von Staatsbeamten gibt es kein Verständnis und ich glaube, dass diese Aktion den Lehrerinnen und Lehrern Hamburgs sehr großen Schaden zugefügt hat und dass diese Aktion noch lange nachwirken wird, was wir sehr bedauern.

(Beifall bei allen Fraktionen)

- B Ich hoffe aber – ich hoffe das auch für die Debatte –, dass diese Aktion leider nicht weniger, aber doch einiger in den Schulen Sie nicht dazu verleitet, den Protest an den Schulen insgesamt nicht ernst zu nehmen.

Einen wichtigen Punkt, den die GAL angesprochen hat, möchte ich auch unterstützen. Sie umgehen hier ausdrücklich das Parlament. Es sind in der Vergangenheit reihenweise Beschlüsse gefasst worden, um bestimmte Bereiche der Schulen mit mehr Stellen auszustatten. Sie umgehen das Parlament hier, um die massiven Stelleneinsparungen, die Sie schon durchgeführt haben und noch weiter planen, zu verschleiern. Das ist auch ein großer Skandal, den wir spätestens zu den Haushaltsberatungen wieder aufnehmen werden.

Die Vorschläge der Lehrerarbeitszeitkommission sind ein weiterer Baustein für den Hamburger Sonderweg bei den Einsparungen. An keiner Schule in Hamburg gibt es Verständnis und Zustimmung dafür und das ist richtig so. Eine Politik des Augen-zu-und-durch wird scheitern. Daher hoffen wir, dass Sie dieses Modell nicht so durchziehen, und wir stimmen dem Antrag der GAL zu.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat Herr Drews.

**Wolfgang Drews** CDU:\* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Ihrem Antrag, Frau Goetsch, das haben Sie eben auch noch einmal in ihrer Rede deutlich gemacht, fallen Sie in die klassische Verweigerungshaltung der Opposition zurück. Sie skizzieren völlig unbegründet ein Horrorszenario, das Ihrer Meinung nach eintreten würde,

wenn das neue Lehrerarbeitszeitmodell eingeführt wird. Äußerst leichtfertig stellen Sie unbewiesene Thesen in den Raum, dass Förder-, Teilungs- und Differenzierungsstunden verknappt werden würden und sogar die Schließung von ganzen Schulstandorten die Folge wäre, obwohl Sie wissen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat. Ich frage mich, woher Sie diese Informationen überhaupt haben.

*(Christa Goetsch GAL hält den zweiten Bericht hoch.)*

– Aus dem Bericht der zweiten Lehrerarbeitszeitkommission, Frau Goetsch, ist das wahrlich gerade nicht zu entnehmen. Anstatt sauber bei den Fakten zu bleiben, agieren Sie – wie wir es leider aber von Ihnen in der letzten Zeit nicht anders gewohnt sind – bewusst mit falschen Informationen und Halbwahrheiten und schüren Ängste. Vermutlich gehört das zu Ihrer Rollenfindung als Opposition, aber es ist unredlich!

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Grundsätzlich bestand in diesem Hause bereits in der letzten Wahlperiode die fraktionsübergreifende Konsenshaltung, dass die Neuregelung der Lehrerarbeitszeit dringend geboten ist. Mit dem bisherigen Pflichtstundenmodell wird die Arbeitszeit der Lehrkräfte nur über die reine Unterrichtsverpflichtung, und zwar wie seit 180 Jahren in Deutschland üblich, definiert. Die neu hinzugekommenen Aufgaben der Lehrkräfte werden jedoch nicht erfasst. Vorarbeiten für das Lehrerarbeitszeitmodell wurden auch bereits in der letzten Wahlperiode von Rotgrün geleistet und die Ergebnisse der ersten Lehrerarbeitszeitkommission, insbesondere von SPD und GAL, gelobt. Nur umgesetzt, Frau Goetsch, haben Sie davon nichts. Natürlich wissen wir, warum Sie nichts von diesen Ergebnissen umgesetzt haben, weil Sie die Hosen voll hatten vor einer Debatte, die Sie heute führen müssen, um sie uns in die Schuhe zu schieben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

So sagte Frau Ernst auch hier, wir hätten keinen Mumm, auf Veranstaltungen zu gehen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Sie hatten nicht den Mumm in der letzten Legislaturperiode, die Erkenntnisse der Lehrerarbeitszeitkommission umzusetzen. Sie haben sie weggeschlossen und Sie haben gekniffen, meine Damen und Herren! Der neue Senat hingegen hat gehandelt. Er hat in einem Bereich gehandelt, von dem er zunächst einmal weiß, dass damit kein Blumentopf zu gewinnen ist. Frau Goetsch schlägt in der gewohnten Haltung mit Ergebnissen aus dem Kommissionsbericht, wie sie nicht drinstehen, drauf. Frau Ernst kommt mit dem Vorwurf, wir hätten keinen Mumm, auf Veranstaltungen zu gehen, obwohl sie selber weiß, dass ihr ehemaliger Fraktionskollege und Ex-Sprecher, Günter Frank, genau zu dieser Thematik immer vier Jahre lang den Daumen draufgehalten und die Senatorin zu diesem Thema ohnehin nichts durchgesetzt hat. Auch in diesem Punkt haben wir nach 44 Jahren – und jetzt sagen Sie wieder hoho – den Stillstand in Hamburg aufgehoben, obwohl auch Sie wissen, dass sich die Arbeitswelt generell, auch für Lehrer in den Schulen, verändert hat, und das müssen Sie einfach einmal akzeptieren. Und ich sage auch an dieser Stelle, auch die Lehrer müssen akzeptieren, dass sich die Arbeitswelt in unserem Land generell geändert hat, wie es so viele Arbeitslose und Berufstätige auch müssen.

(Wolfgang Drews CDU)

A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Bernd Reinert CDU*: Das haben alle Lehrer schon vor Jahren mitgekriegt!)

Mit dem neuen, transparenten und modernen Modell werden neben der reinen Unterrichtsverpflichtung alle Elemente der Lehrertätigkeit, zum Beispiel auch die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, Elterngespräche, funktionsbezogene Aufgaben und die Teilnahme an Konferenzen oder Fortbildungen, zum ersten Mal gerecht erfasst. Das heißt, wir haben Lehrer, die ganz stark an ihren Schulen von entsprechenden Aufgaben entlastet werden, wie sie im Lehrerarbeitszeitmodell auch vorgesehen sind. Insofern ist das Lehrerarbeitszeitmodell auch ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit an den Schulen. Das ist genau das, Frau Goetsch, was Sie in der letzten Legislaturperiode auch gefordert haben. Ich zitiere:

„Wir Grüne wollen, dass die Arbeitszeit als Ganzes beschrieben und bewertet wird, und zwar sichtbar – da kommen wir zum Punkt der Transparenz – für Schülerinnen und Eltern, für die Öffentlichkeit und Politikerinnen, damit man weiß, was Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich tun, und wir von allen Klischees wegkommen.“

Das haben Sie, Frau Goetsch, am 29. November 2000 an dieser Stelle gesagt. Ich stelle fest, dass wir mit dem Modell der zweiten Hamburger Lehrerarbeitszeitkommission – wenn wir uns den Kommissionsbericht anschauen – genau das von Ihnen Formulierte erreicht haben.

Erstens: Die unterrichtsbezogenen Aufgaben aller Fächer, Schulstufen und Schulformen und die dafür tatsächlich erforderlichen Arbeitszeiten der einzelnen Lehrkräfte für die Erteilung des Unterrichts werden mit einem hochdifferenzierten Modell erfasst. Dadurch wird endlich auch die von Ihnen gewünschte Transparenz fachbezogen hergestellt. Für jedermann ist dann nachgewiesenermaßen ersichtlich – dies wird erstmals auch vom Arbeitgeber, der Behörde für Bildung und Sport, berücksichtigt –, dass die Erteilung von Unterricht heute nicht die einzige Aufgabe der Lehrer ist. Genau dieses müssen wir unter Gerechtigkeitsaspekten berücksichtigen.

B

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Zweitens: Durch das bisherige Pflichtstundenmodell an Hamburger Schulen wurden die funktionsbezogenen Aufgaben von Lehrern nur unzureichend gewürdigt und lediglich für wenige ausgewählte Tätigkeiten Entlastungsstunden gewährt. Jetzt ist es die einzelne Entscheidung der Schulen – Stichwort Schulautonomie, die Sie zu Recht immer gefordert haben und die wir alle immer wollten –, ob sie – jetzt kommt der entscheidende Punkt, Frau Ernst, den Sie angesprochen haben – unter Verzicht auf Teilungsstunden deutlich kleinere Klassen wollen oder ob sie – ich komme noch darauf, was das heißt – durch größere Klassen mehr Lehrerarbeitszeit für Förder-, Teilungs- und Differenzierungsstunden zur Verfügung haben möchten.

In der Summe unterscheiden sich aber die zur Verfügung gestellten Arbeitszeitkontingente in beiden Fällen nicht. Das steht im Kommissionsbericht. Ich sage es noch einmal: In der Summe unterscheiden sich die zur Verfügung gestellten Arbeitszeitkontingente in beiden Fällen nicht. Das kann man hier gar nicht oft genug wiederholen.

Das heißt, es gibt im Prinzip Lehrer, die summa summarum im gleichen System durch die Differenzierung und durch

die gerechtere Verteilung etwas mehr arbeiten müssen. Aber auf der anderen Seite haben wir genauso viel Lehrer in der Stundendifferenzierung, die weniger arbeiten müssen. Ihre Befürchtungen, dieses würde automatisch zu einer Kürzung der Teilungsstunden führen, sind vollkommen unbegründet. Vielmehr wird mit der hundertprozentigen Zuweisung der Lehrerarbeitszeit für die Zuweisung und die Erteilung der Grundstunden – jetzt kommt ein ganz entscheidender Punkt, den Sie hier natürlich bewusst verschwiegen haben, meine Damen und Herren von der Opposition –

(*Thomas Böwer SPD*: Das ist unser Verfassungsauftrag, Herr Kollege!)

und durch die Aufstockung der lang- und kurzfristigen Vertretungsreserve um gut 230 Lehrerstellen ein Beitrag zur Verminderung des Unterrichtsausfalls geleistet. Das haben Sie in den letzten Jahren unter den Senatorinnen Raab und Pape nicht in den Griff bekommen. Wir schaffen zur Vermeidung des Unterrichtsausfalls zusätzlich 230 Lehrerstellen für die Vertretungsreserve.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Zudem wird sich für die einzelnen Schulen – das hat Frau Ernst spöttisch mit dem Begriff Auskömmlichkeit bezeichnet, zu dem ich gleich komme; hätten Sie ihn bloß nicht angesprochen – die Planungssicherheit erhöhen, da den Schulen erstmalig seit Jahren durch die beispielhafte Vorbereitung des neuen Lehrerarbeitszeitmodells von der Schulbehörde – der Senator wird darauf genauer eingehen – in diesem Jahr bereits sechs Wochen vor den Sommerferien die Bedarfe bekannt sein werden. Somit steht für die Planung des neuen Schuljahres ausreichend Zeit zur Verfügung.

Wenn wir einmal in die Annalen zurückgehen: Zuletzt wurden den Schulen zu Beginn der vorletzten Legislaturperiode sechs Wochen vorher die entsprechende Bedarfe und damit die Planungssicherheit bekannt gegeben.

Ich komme kurz auf den Begriff der Auskömmlichkeit. Dieser von Ihnen, Frau Goetsch, angesprochene Begriff ist nicht neu, sondern er wurde schon von der ersten Lehrerarbeitszeitkommission als Terminus verwendet

(*Thomas Böwer SPD*: Alttestamentarisch!)

und ist somit kein Begriff der von Ihnen wenig geliebten schwarz-blau-gelben Bürgerkoalition.

(*Thomas Böwer SPD*: Du sollst keine Auskömmlichkeit neben mir haben!)

Der Stopp aller Vorbereitungen für die Umsetzung des neuen Modells – wie von Ihnen, Frau Goetsch, gefordert – würde die Schulen in ein unverantwortbares Planungschaos stürzen. Wie Sie meinen Ausführungen auch entnehmen konnten, ist das Modell ein wichtiger Schritt zur Planungssicherheit und vor allem zur gerechteren Verteilung der Lehrerarbeitszeit. Das wurde auch von Ihnen gefordert.

Wie jedes Modell muss es sich in der Praxis erst bewähren. Ich appelliere an alle Beteiligten –, das, was wir vom Grundsatz wollen, eine gerechtere Verteilung der Lehrerarbeitszeit für alle Lehrer, für die unterschiedlichen Fächer und für alle Schulformen, nicht von vornherein durch ungerechtfertigte Kritik, die aus dem Bericht nicht so zu entnehmen ist, wie Sie sie vorgetragen haben, und durch das Schüren von Ängsten zu zerreden, sondern die Ergebnisse der Erprobung abzuwarten.

C

D



(Wolfgang Drews CDU)

A (Vereinzelter Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Thomas Böwer SPD*: Sie probieren so viel, Herr Kollege!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch zwei Punkte anführen.

Erster Punkt: Zu den funktionsbezogenen Aufgaben und der Ungerechtigkeit, über die ich gesprochen habe, möchte ich noch etwas anführen. Es werden nämlich zwischen 14 und 16 Prozent der einer Schule zur Verfügung gestellten Arbeitszeit zukünftig auf die funktionsbezogenen Aufgaben entfallen. Damit können die Schulleitungen insbesondere die Position des Klassenlehrers stärken – das wurde von uns auch immer wieder gefordert – und die Zeitkontingente selbst verteilen und zur Verfügung stellen, zum Beispiel für Konferenzen und Elterngespräche.

Als zweiten Punkt möchte ich etwas zu den allgemeinen Aufgaben sagen. Zukünftig werden zwischen 9 und 11 Prozent der Lehrerarbeitszeit – wie zum Beispiel die Teilnahme an Konferenzen, schulischen Veranstaltungen oder Fortbildung in den Schulferien – auf die allgemeinen Aufgaben entfallen. Diese wichtigen Aufgaben wurden bisher nicht durch das Pflichtstundenmodell abgedeckt. Mit dem neuen Modell werden insbesondere die Teilzeitlehrerkräfte besser berücksichtigt, da ihnen diese Zeitfaktoren zum ersten Mal voll angerechnet werden. Das bedeutet für diejenigen einen Fortschritt einer gerechteren Bewertung der Lehrerarbeitszeit, die im Lehr- und Schuldienst tätig sind.

(Beifall bei *Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive*)

Frau Ernst, Sie haben als letzten Punkt die Frage der Basis- und Orientierungsfrequenzen angesprochen. Von Ihnen kam der generelle Vorwurf, dass man entweder die Klassenfrequenzen deutlich erhöhen müssen – es ist kein Wunder, dass Sie das von der schlechtesten Seite her ausgedrückt haben – oder auf der Basisfrequenz bleiben müsse, sodass die Teilungsstunden wegfallen. Das ist genau nicht der Fall. Warum ist es nicht so? Weil die Schulen – das wird natürlich von Ihnen bei der Diskussion auch verschwiegen – zukünftig für die Erteilung des Grundunterrichts 100 Prozent zugewiesen bekommen. Die Grundlage dafür ist die neue Basisfrequenz.

(*Thomas Böwer SPD*: Hat auch nur Frau Goetsch gesagt!)

– Sie sind häufig einer Meinung,

(*Thomas Böwer SPD*: Keine Koalition!)

das erinnert schon so ein bisschen an das „Doppelte Lottchen“. Wenn Sie aber eine deutliche Trennung vornehmen, ist das völlig in Ordnung: Es war Frau Goetsch.

Die Basisfrequenz

(*Thomas Böwer SPD*: Auskömmlichkeit!)

liegt deutlich unterhalb der früheren Orientierungsfrequenz. Da liegt nämlich der Hase im Pfeffer. Indem wir von der Grundannahme her mit der neuen Basisfrequenz eine höhere Lehrerstundenzahl zuweisen, die damit deutlich unterhalb der jetzigen Orientierungsfrequenz liegt, und zwar bei allen Schulen und Schulformen, haben wir per se mit dem neuen Lehrerarbeitszeitmodell an allen Schulen und Schulformen

(*Thomas Böwer SPD*: Hochfrequenz!)

eine bessere Ausstattung. Nur wenn Sie dieses noch weiter verbessern wollen, indem Sie die Teilungs- und Diffe-

renzierungsstunden erhöhen, kommen Sie mit den neuen Basisfrequenzen in die Höhe der von Ihnen früher gesetzten Orientierungsfrequenzen. C

Fazit: Hamburgs Schülerinnen und Schüler und insbesondere die Schulen fahren mit ihrer Autonomie in der Verteilung

(*Thomas Böwer SPD*: Erklärt uns das der Senat noch mal deutlicher?)

besser und nicht schlechter. Das ist das Grundmodell aufgrund der allgemein gültigen und gesunkenen Basisfrequenzen.

Es wäre gut, wenn wir bei allem, was uns politisch trennt, Frau Goetsch, aber auch was uns vereint, diesem Modell – es war ein Vorschlag, der von einer unabhängigen Kommission gemacht worden ist – eine Chance geben und es nicht an einem uns trennenden parteipolitischen Dissens aufhängen, damit wir darüber am 5. Juni sachlich im Schulausschuss diskutieren können.

(*Thomas Böwer SPD*: Kommen Sie doch zu uns in die Opposition!)

Wir tragen die Verantwortung dafür, die Lehrerarbeitszeit generell besser und gerechter gemeinsam zu regeln. Das war Ihr eigener Anspruch im November 2000.

Wenn Sie im Übrigen konkrete Verbesserungsvorschläge haben, können Sie diese am 5. Juni im Ausschuss vorlegen. Sie sollten dieses Modell aber nicht von vornherein verurteilen und ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

**Vizepräsident Farid Müller:** Frau Freund. D

**Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive:**\* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der Erarbeitung des vor uns liegenden Arbeitszeitmodells ist Hamburg eine bundesweit herausragende Innovation gelungen, die mehr Transparenz und Gerechtigkeit bei der Bemessung und Verteilung der Lehrerarbeitszeit schafft. Sie, werte Opposition, haben nichts Besseres zu tun, als den Versuch zu starten, dieses führende Projekt zu torpedieren, zu verzögern und kaputtzureden. Das ist mal wieder typisch!

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Thomas Böwer SPD*: Seien Sie doch nicht beleidigt!)

– Ich bin nicht beleidigt, ich stelle dies entsetzt fest.

Nur weil Sie vor einigen Jahren nach der Erarbeitung eines in die gleiche Richtung gehenden Konzeptes nicht den Mut zur Umsetzung hatten, meinen Sie jetzt, Ihre Oppositionsarbeit darin erfüllen zu müssen, dass Sie die Einsetzung verhindern. Sie werden aber scheitern.

Die zwanzigköpfige Kommission unter der Leitung von Herrn Dr. Schmitz, der ich hiermit noch einmal recht herzlich für diese Arbeit danken möchte, hat mit klugem Sachverstand und Kompetenz ein einmaliges Konzept erarbeitet, das endlich dazu führt, dass alle Tätigkeiten ausgewogen bewertet und einbezogen werden. Das ist allen Lehrern gegenüber endlich fair.

Selbst Sie müssen eingestehen, dass Unterricht nicht gleich Unterricht ist und dass verschiedene Fächer unterschiedlichen Aufwand mit sich bringen. Daher war es bis-

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A her auch ungerecht, dass alle Vollzeitkräfte nur einheitlich an ihren Wochenarbeitsstunden bemessen wurden. Es wundert mich nicht, dass der eine oder der andere aufschreit, der bisher aufgrund einer glücklichen Zusammenfügung seiner Fächer, die wenig Vor- und Nachbereitungszeiten erforderten, nur auf eine 30-Stunden-Woche kam.

Sie sollten aber auch einmal die Stimmen hören, die unter Beibehaltung ihrer jetzigen Arbeitsleistung ein Plus auf ihrem Jahresarbeitszeitkonto haben. Es gibt viele Lehrer, die dieses gerechte Modell zu würdigen wissen, und auch die Schulleiter, die in der Kommission gesessen haben, wussten, wovon sie reden, denn es ist ihr täglich Brot.

Sicherlich wird es in dem einen oder anderen Bereich noch Nachbesserungen geben; das ist auch richtig so. Denn erst in der Praxis wird noch der letzte Feinschliff herausgefunden. Daher wird dieses Modell vorerst für zwei Jahre zur Erprobung eingeführt.

(Wilfried Buss SPD: Dann sind Sie ja nicht mehr in der Verantwortung!)

Ich bin sicher, dass dieses Modell nach letzten Korrekturen von anderen, sich schon interessiert gezeigten Bundesländern übernommen wird. Es ist ein innovatives Projekt und Sie sollten es unterstützen, anstatt zu stören.

Dass im Endeffekt eine Erhöhung der Arbeitszeit um 1,5 Stunden pro Woche herauskommen sollte, war allen bekannt, denn das wurde bereits Mitte letzten Jahres beschlossen. Die Erhöhung der Beamtenarbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden pro Woche, die für alle Beamten galt, wurde – außer für die Lehrer – letztes Jahr umgesetzt.

(Thomas Böwer SPD: Aber Rudi hat den Lehrern etwas anderes geschrieben!)

- B Von keinem anderen Beamten, zum Beispiel von den 8500 Polizeibeamten, kam ein solcher Aufschrei. Eine kollektive Arbeitsverweigerung wie von den Lehrern, die wir gestern erlebt haben, gab es auch nicht. Was gestern an vier Hamburger Schulen passiert ist, macht mich unglaublich wütend. Ich bin froh, dass Sie die gleiche Meinung haben, dass dies nicht in Ordnung ist. Denn die beschlossene Arbeitszeiterhöhung bei den Lehrern wurde noch nicht einmal umgesetzt, es hat sich überhaupt nichts geändert. Aber diese Lehrer meinen, wegen drohender Arbeitsmehrbelastung blaumachen zu müssen. Es nichts anderes gewesen, wenn 90 Prozent der Lehrerschaft auf völlig unverantwortliche Weise ihrer Arbeit fernbleiben und sich krank melden. Damit haben sie sich keinen Gefallen getan und den Bogen völlig überspannt.

Ich verurteile erstens aufs Schärfste, dass sie damit den Kindern und Jugendlichen weiteren überflüssigen Unterrichtsausfall zugefügt haben. Im Hinblick auf die in Hamburg gemessenen schlechten schulischen Leistungen wäre jede einzelne Unterrichtsstunde wichtig. Es war auch nicht das erste Mal. Ich erinnere an die an einem Vormittag durchgeführten Demonstrationen, die auch von den Lehrern unterstützt wurden und auch zu Unterrichtsausfällen geführt haben.

(Wilfried Buss SPD: Einigen Lehrern!)

Ich habe nichts dagegen, wenn sich Schüler politisch äußern wollen, das ist völlig in Ordnung. Das sollen sie aber bitte nicht am Vormittag, sondern am Nachmittag tun.

(Wolf-Gerhard Wehnert SPD: Da gab es ja auch noch so ein Fußballspiel!)

Aber noch mehr kritisiere ich das gestrige Verhalten der Lehrer, weil sie ihrer Verantwortung der Aufsichtspflicht nicht nachgekommen sind. Einige hundert Schüler mussten wieder nach Hause gehen. Ich bin mir sicher, dass nicht in jedem Haushalt die Mutter oder der Vater freudenstrahlend auf seinen Junior gewartet haben, weil die Lehrer einfach beschlossen haben, den Kindern an diesem Tag schulfrei zu geben.

Wenn ich von einem solchen Verhalten höre, dann bin ich gewillt, über die Abschaffung des Beamtenstatus für Lehrer nachzudenken.

(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der SPD und bei Jens Pramann Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

– Darin sind wir dann wohl einer Meinung und sollten versuchen, dieses bei der Kultusministerkonferenz durchzusetzen.

(Thomas Böwer SPD: Dann bringen Sie doch einen entsprechenden Antrag ein!)

Ich frage mich bei diesem so schamlos und verantwortungslosen Missbrauch, wer den Lehrern dazu das Recht gibt. Ich bin dafür, sachlich unterschiedliche Argumente auszutauschen und zu diskutieren. Ich halte es auch für richtig, dass Dinge manchmal einfach ausprobiert werden müssen und bei Korrekturbedarf die Fehler auch behoben werden. Ich bin aber nicht der Meinung, dass dies das richtige Verhalten war.

Wenn man sich dieses Verhalten einmal in einem wirtschaftlichen Unternehmen vorstellt, dann könnte es schiefen und es gingen noch mehr Arbeitsplätze verloren.

Nun noch einige Fakten. Mit den 13 700 Lehrern zu Beginn des neuen Schuljahres und einer Schüler-Lehrer-Relation von 15,4 steht Hamburg noch immer bundesweit einsam an der Spitze. Das dürfen wir nicht vergessen. Bildung hat in Hamburg oberste Priorität. Durch die Festlegung der Grundstunden, der Bereitstellung eines zusätzlichen Stundenpools für Förder- und Teilungsstunden, den jede Schule frei disponieren kann, und durch die Schaffung einer Stellenreserve für Vertretungen und andere Aufgaben erfüllen wir einen weiteren Punkt – die Stärkung der Autonomie an den Schulen – aus unserem Wahlprogramm.

Zum Abschluss möchte ich noch erwähnen, dass ihr Antrag erstens fehlerhaft ist, da aufgrund der Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells nicht eine einzige Schule mehr oder weniger geschlossen wird. Dass Sie dies hier behaupten, hätte ich von Ihnen nicht erwartet, weil Sie sich besser in diesem Metier auskennen sollten, um zu wissen, dass dies nicht der Fall ist.

(Thomas Böwer SPD: Besser als wer, Frau Kollegin? – Gegenruf von Dr. Wilfried Maier GAL: Als der Schulsenator!)

Das ist – um es milde auszudrücken – schlicht und einfach eine falsche Aussage.

Zweitens ist es zwar zutreffend, dass sich die Bürgerschaft in der Vergangenheit – wie in Ihrem Antrag erwähnt – mit Themen wie Ausstattung der Integrationsklassen, die Verlässlichen Halbtagsgrundschule und Programmen wie PLUS oder DAZ beschäftigt hat. Dies hat sie aber lediglich getan, weil es eine direkte Auswirkung auf den Hamburger Lehrerstellenplan hatte. Das Lehrerarbeitszeitmodell – das möchte ich noch einmal betonen – ist hierzu im Gegensatz lehrerstellenneutral.

C

D

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Drittens ist der in Ihrem Antrag unter Ziffer 1 aufgeführte Punkt aufgrund der rechtlichen Situation nicht angebracht. Gemäß Paragraph 76 des Hamburgischen Beamtengesetzes obliegt es dem Senat, die regelmäßige Arbeitszeit von Beamten durch Rechtsverordnung zu regeln. Insofern ist eine Befassung der Bürgerschaft nicht vonnöten und nicht erforderlich.

Wir unterstützen die Erprobung des Lehrerarbeitszeitmodells, das wir für transparent, gerecht und fortschrittlich halten. Wir sind davon überzeugt, eine bundesweit einmalige und gute Innovation auf den Weg zu bringen. Aus diesem Grunde lehnen wir Ihren Verzögerungsantrag leider ab.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der SPD – Ingo Egloff SPD: Alles andere hätte uns auch überrascht!)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat der Abgeordnete Woestmeyer.

(Thomas Böwer SPD: Aber die FDP nimmt unseren Antrag an! – Wolf-Gerhard Wehnert SPD: Geben Sie sich mal einen Ruck!)

**Martin Woestmeyer FDP:** Ob wir Ihren Antrag mit oder ohne Bedauern ablehnen, tut hier nichts zur Sache.

Frau Ernst, Sie haben so nett gesagt, dass wir – ich weiß gar nicht, wen Sie damit gemeint haben – in der Auseinandersetzung kneifen würden.

(Thomas Böwer und Wilfried Buss, beide SPD: Richtig!)

- B Aber nun stellen wir uns hier der Auseinandersetzung. Wir hätten das mit Rücksicht auf Ihren Zeitplan auch mit ein- oder zweiminütigen Beiträgen abtun können. Das machen wir aber nicht.

Frau Ernst, Sie wissen ganz genau, dass Senator Lange und auch ich von morgens bis abends durch die Stadt toben, um für unsere Politik zu werben.

(Wolf-Gerhard Wehnert SPD: Da ist ja nur die FDP unter sich!)

Wir tun das auch bei Veranstaltungen, bei denen man zwar die Blumen entgegengeworfen bekommt, an denen aber noch die Töpfe hängen. Das sind nicht immer die angenehmsten Veranstaltungen. Bei den angenehmeren Veranstaltungen sind Sie dann nicht vertreten oder Sie wurden gar nicht erst eingeladen.

Wenn Sie das unabhängig von der Person gemeint haben und einen konkreten Anlass im Blick hatten, nämlich die große Diskussionsveranstaltung des Bündnisses für Bildung am Montag, dann muss ich Ihnen dazu eines ganz klar sagen: Von den Veranstaltern wurde der Montag vor einer Bürgerschaftssitzung ausgewählt. Wir alle sind Mitglieder von Fraktionen

(Ingo Egloff SPD: Wir auch!)

und am frühen oder etwas späteren Abend – je nachdem, wie lange dafür gebraucht wird – finden unsere Fraktionssitzungen statt.

(Wilfried Buss SPD: Nachmittags!)

Das heißt, wir haben unsere Absage mit Verweis auf diese Fraktionssitzungen bekunden müssen. Frau Goetsch und

andere sind ohne Hinweis auf die Fraktionssitzungen dort hingegangen.

(Karl-Heinz Ehlers CDU: So sind sie!)

Ich erinnere mich noch an eine Sitzung des Schulausschusses, in der wir für unseren ehrgeizigen Zeitplan neue Termine für die Sitzungen des Schulausschusses finden mussten und auch den Montag vorgeschlagen haben. Von Frau Goetsch hieß es aber, dass dies nicht möglich sei, weil sie Fraktionsvorsitzende sei und zu ihrer Fraktionssitzung gehen müsse. Sie merken, wir kneifen nicht und wir lassen auch den Vorwurf des Kneifens nicht auf uns sitzen.

Dieses Lehrerarbeitszeitmodell ist ein Moment der Innovation in schwierigen Zeiten. Wir brauchen nicht zu kneifen, um es zu vertreten. Dass die Zeiten schwierig und die Anforderungen an die Bildung hoch sind, wird keiner von Ihnen bestreiten können. Man kann jetzt als Politiker weiter Luftschlösser fordern oder aber praktische Politik machen. Man kann sich als Politiker entweder vor knappen Kassen wegducken oder das Machbare ermöglichen. Man kann als Politiker am Alten festhalten, weil es so einfach ist, oder man traut sich diese Innovation zu. Wir trauen uns – das muss ich Ihnen klar sagen –, uns hinter die Hamburger Lehrerinnen und Lehrer zu stellen und anzuerkennen, dass in Hamburger Schulen mehr geleistet wird, als das alte Pflichtstundenmodell bisher abbilden konnte.

Das alte Pflichtstundenmodell hat nicht anerkannt, was in Schulen auch jenseits der Unterrichtsverpflichtung geleistet wird, geleistet werden muss. Das sind der Korrekturaufwand für Klassenarbeiten und Klausuren, die Vorbereitungszeiten für Unterrichtsstunden oder in den Kursräumen, die Funktionen eines Klassenlehrers, einer Schulleiterin, die Pausenaufsicht und anderes mehr. Viele Funktionen werden jetzt als Arbeitszeit erfasst und gehen bis zur Betreuung des Schulgartens.

(Wilfried Buss SPD: Das war bei uns auch so! Das ist nichts Neues!)

Vieles der alltäglichen Schularbeitszeit wird jetzt auch als Arbeitszeit erfasst.

Ich sage Ihnen eines ganz klar, Herr Buss: Nicht jedes Engagement, das zusätzlich geleistet wird, kann dazugehören. Ich weiß ganz genau, dass eine Vielzahl der Hamburger Lehrer immer mehr geleistet hat, als es jedes Arbeitszeitmodell jemals abbilden könnte. Ich weiß auch, dass nur durch das zusätzliche Engagement und nicht durch staatliche Modelle Lebendigkeit in unseren Bildungsalltag hineinkommt. Wir können und wir sollten nicht alles erfassen, was von den Schulen zu leisten ist. Aber wir sollten es uns auch nicht so bequem machen und alles beim Alten lassen. Das Alte beinhaltet das Pflichtstundenmodell, was wir nicht wollen, was auch Frau Goetsch nicht will und was Sie – ein klares Bekenntnis hierzu habe ich zwar nicht gehört – vielleicht auch nicht wollen. Das alte Pflichtstundenmodell ist die denkbar schlechteste Lösung. Es dabei zu belassen, kann es nicht sein, das wissen Sie auch. Deshalb haben Sie selbst vor Jahren die erste Arbeitszeitkommission eingerichtet.

(Wilfried Buss SPD: Eben!)

Sie hatte genau den Auftrag, die Missstände des alten Modells zu beheben. Wenn Sie das Richtige schon erkannt und es damals schon in der Hand hatten, das Richtige auch richtig zu tun, dann ist es geradezu dumm, die Ergebnisse der Kommission einfach in die Schublade zu stecken, wie Sie es damals getan haben.

(Martin Woestmeyer FDP)

A (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wir haben die Schublade wieder aufgemacht und eine zweite Kommission eingesetzt. Jetzt liegen die Ergebnisse vor, die wir auch so umsetzen, dass es eine Gerechtigkeit zwischen den unterschiedlichen Belastungen, den unterschiedlichen Fächern und den unterschiedlichen Jahrgangsstufen der unterschiedlichen Schulen gibt. Wir setzen um, dass es wie in den Niederlanden, in Dänemark und in Österreich Jahresarbeitszeitkonten gibt. Wir wissen schon jetzt, dass andere europäische Länder und andere Bundesländer zwischen Neid und Neugier schwanken, wenn sie den Blick auf die Hamburger Innovationen richten.

(Thomas Böwer SPD: Das ist ja eine Wundertüte!)

Wir setzen um, dass zugleich das Thema Unterrichtsausfall weiter eingedämmt und je eine Vertretungsstunde eingeplant wird. Und das setzen wir schnell um. Das kritisieren Sie wieder einmal. Ich habe hier schon häufig gestanden und gesagt: Sie können mir keinen größeren Gefallen tun, als dass Sie das Tempo kritisieren. Ich habe Tempo bisher immer als etwas Positives verstanden. Insofern ist das ein Kritikpunkt, den ich am ehesten als Lob verstehe.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wir setzen schnell um. Alle Lehrer wurde umgehend informiert. Sie haben sich noch darüber beschwert, dass am selben Tag, als es im Senat beschlossen wurde, schon die Broschüre mit den Erläuterungen zu diesem Arbeitszeitmodell unterwegs war. Sie wurde noch am selben Abend mit der Post versandt und hat am nächsten Tag die Lehrerinnen und Lehrer erreicht. Das haben Sie kritisiert, aber eine schnelle Kommunizierung ist doch genau die Form der Umsetzung, die wir uns eigentlich wünschen.

B Wir haben schon jetzt an den Schulen – das hat Kollege Drews richtig gesagt – ein Tool zur Errechnung der Arbeitszeit eingerichtet. Das heißt – für alles, was wir bisher an Klagen gehört haben, ich weiß nicht, wer da alles was berechnet hat, dass vier, sechs oder mehr Stunden dabei herauskommen würden –, jetzt gibt es an den Schulen dieses Tool. Die Schulen können das jetzt genau berechnen. Das ist nicht zu spät, sondern sehr früh. So früh haben die Schulen noch nie mit der Vorbereitung des Schulhalbjahres, das nach den diesjährigen Sommerferien beginnt, anfangen können. Wenn Sie dieses kritisieren, verstehe ich das als Lob. Wenn Sie uns mit Kritik schaden wollen, dann müssen Sie sich etwas anderes aussuchen. Für die Leistung, dieses so schnell umzusetzen, gebührt im Übrigen den Fachleuten in der Bildungsbehörde mein höchster Respekt.

Wir setzen etwas um und erproben es zwei Jahre lang. Sie fordern, dass man es nicht flächendeckend umsetzen sollte, fordern aber auch, dass man es erproben solle. Das können Sie nicht gleichzeitig tun. Sie können kein Arbeitszeitmodell in einer Stadt wie Hamburg nur an sieben Schulen erproben. Wenn Sie eine Erprobung wollen, dann müssen Sie dieses flächendeckend tun. Deswegen ist dies zunächst nur eine Erprobung. Darin sind wir d'accord, das machen wir. Die Vorschläge zum Beispiel vom Deutschen Lehrerverband, anstatt Lehrerarbeitszeitkonten Lebensarbeitszeitkonten einzurichten, die Mitberechnung physischer und psychischer Faktoren bei der Arbeitszeit zu berücksichtigen, sind völlig richtig. Wir haben für die Umsetzung aber zwei Jahre Zeit. Für diese Vorschläge ist meine Fraktion offen.

C Lassen Sie mich abschließend noch etwas zu dem Lehrerstreik sagen. Es fand heute eine gemeinsame Pressekonferenz – das ist sehr selten – von Frau Bick, der Vorsitzenden der Hamburger Elternkammer, und Senator Rudolf Lange statt. Beide haben sich – genauso wie Herr Drews, Frau Freund und Frau Ernst – klar von dieser Aktion distanziert, weil sie Lehrern in ihrem Image schadet und weil sie den Schülern im konkreten Moment des Unterrichtsausfalls geschadet hat. Wer sich nicht distanziert hat – mit Frau Fiedler haben wir eben schon jemanden, die die Debatte einsam verlassen hat –, war die GAL-Fraktion. Ich habe sehr genau gesehen, als Frau Ernst den verdienten Applaus für diese Distanzierung bekam, dass auf dieser Seite des Parlaments niemand geklatscht hat.

(Christian Maaß GAL: Das ist unwahr! Wir klatschen noch mal für Sie extra! – Beifall bei Christian Maaß GAL)

Es fehlt die klare Distanzierung. Frau Goetsch, Sie haben zweimal mühsam in die Hände geklatscht. Ich erwarte von der GEW genauso wie von der GAL und von allen anderen Fraktionen dieses Hauses – die es aber schon getan haben –, dass sie sich klar von dieser Art von Aktionen distanzieren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Sie haben selbst gefordert, dass wir in dieser Debatte nicht kniefen sollten. Ich bin nicht der Erste, der auf Ihren Zeitplan Bezug nimmt. Jetzt ist es 20.30 Uhr. Wahrscheinlich werden Sie den Kanzler nur noch beim Weggehen von hinten sehen, aber das ist schließlich ein Anblick, der mir auch gefallen könnte.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat Senator Lange.

**Senator Rudolf Lange:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist hier der Hit des Tages und der Wochen: Es soll noch einige Mitglieder des Hauses geben, die keine Lehrer oder zumindest nicht mit Lehrern verheiratet sind.

Hinter diesem neuen Lehrerarbeitszeitmodell stehen drei Konstanten. Ich habe vor einer Woche bei der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ genau über diese Frage gesprochen und diskutiert. Was ist konstant? Die Zahl der Schüler ist einigermaßen konstant. Einige hundert Schüler fallen bei 235 000 Schülern nicht ins Gewicht. Die Zahl der Lehrer – Sie ärgern sich darüber, dass wir diese festgeschrieben haben –

(Thomas Böwer SPD: Nein, über die Lehrerzahl haben sie sich geärgert!)

und der Umfang des Unterrichts ist konstant. Oder es gibt bei Ihnen mehr Unterricht als bisher vorgesehen? Wir haben also drei Konstanten.

Nichts anderes bezweckt dieses Modell, dass wir innerhalb dieser drei Konstanten den Unterricht gerechter verteilen, sonst nichts. An diesen drei Konstanten hat sich nichts geändert. Das können Sie so oft behaupten, wie Sie wollen.

Frau Goetsch, Sie haben den Oktober 2002 angesprochen. Wir haben bei den Haushaltsverhandlungen im Mai letzten Jahres die Anzahl der Lehrerstellen festgeschrieben.

(Senator Rudolf Lange)

- A ben. Sie kennen diese Zahlen: 13 600, 13 700, 13 800, 13 900. Jedes Jahr werden es 100 Lehrer mehr. Seitdem hat sich bei den Lehrerzahlen nur nach oben etwas geändert, denn wir haben im Herbst ein Junglehrerprogramm von über 100 Lehrerstellen aufgelegt. Ansonsten sind die Lehrerstellen – genauso wie in etwa auch die Schülerzahlen – und die Unterrichtsstunden konstant geblieben. Es geht also um eine gerechtere Verteilung.

Weil diese Konstanten stehen, ist Ihre Behauptung einfach falsch, dass 1000 Lehrerstellen eingespart würden, abgesehen davon, dass es mich wirklich wundert, wie es eine Lehrerin schafft, aus 3 Prozent 1000 Lehrerstellen zu machen. Denn wenn 1000 Lehrerstellen 3 Prozent betragen, dann hätten wir etwa 33 000 Lehrer in Hamburg. Das haben wir aber nicht, die kriegen wir auch nicht so schnell wieder herein.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Irgendetwas stimmt also an Ihrer Berechnung hinten und vorne nicht. Wenn Sie anführen, dass angeblich 3 Prozent eingespart werden: Das sind die 3 Prozent, über die Sie sich schon seit Mai aufgeregt haben. Seitdem ist alles konstant und das ärgert Sie ja so sehr, denn mit der Festbeschreibung der Lehrerzahlen haben wir dem Haus diese Debatte für die nächsten Jahre erspart. Es ändert sich nichts, und wenn sich darüber vielleicht einer ärgert, dann sind Sie das und allenfalls auch noch der Finanzsenator, dass er vor einem Jahr diese Zugeständnisse an mich gemacht hat, denn angesichts der jetzigen Haushaltslage wäre der Finanzsenator sicherlich der Erste, der sagen würde, unter diesen Umständen, angesichts der neuen Steuerschätzung, die wir in der nächsten Woche kriegen, müsse man doch auch bei den Lehrern noch einmal zugreifen. Ist nicht, das bleibt konstant.

Was neu und zusätzlich an diesem Modell ist, ist, dass es transparenter ist, dass klarer wird, was die Lehrer in der Schule alles leisten, und dass das entsprechend bewertet wird.

Was in den letzten Tagen nicht transparent war, ist das von irgendwelchen Dunkelmännern initiierte Unternehmen, was zu diesen unerfreulichen Ereignissen gestern und heute an einigen wenigen Schulen geführt hat. Ich muss Ihnen deutlich sagen: Ich finde es empörend, dass hier von einer schamlosen Minderheit krankgefeiert wird,

(Beifall bei der FDP, der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der SPD und bei *Dr. Verena Lappe* und *Dr. Wilfried Maier*, beide GAL)

die in wirklich unabsehbarer Art und Weise dem Lehrerberuf schadet. Wir geben uns so viel Mühe, den Lehrerberuf aufzuwerten und ihn dorthin zu bringen, wo er hingehört. Hier wird das ausgenutzt.

Ich habe gesehen, dass Sie wieder nicht geklatscht haben, Frau Goetsch. Das wundert mich schon.

(*Dr. Wilfried Maier GAL*: Wir springen nicht übers Stöckchen! – *Christa Goetsch GAL*: Ich denke gar nicht daran!)

Die Elternkammer hat sich heute eindeutig erklärt. Von der Lehrerkammer habe ich noch nichts gehört. Von Ihnen sehe ich auch nichts. Frau Ernst hat offensichtlich den eisigen Wind, der in Berlin weht, hier in Hamburg etwas zu spüren bekommen, wenn es um Arbeitszeiten und Ähnliches geht.

(*Dr. Wilfried Maier GAL*: Nun hören Sie doch auf. Wir sind hier keine bekennende Versammlung!)

Frau Goetsch, die Zeit wird sich dieses Parlament sicher noch gerne nehmen, um von Ihnen eine Distanzierung von diesen Dingen zu hören.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat Herr Buss.

**Wilfried Buss SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich sollte es doch so sein, dass man versucht, mehr Qualität für Unterricht und damit für Bildung in dieser Stadt zu erreichen. Das war immer Ihr Ziel. Dazu braucht man unter anderem eben mehr Förderung für Kinder und kleinere Lerngruppen. Genau das ist Ihnen ja vorhin gesagt worden: Es ist eben nicht der Fall. Sie erreichen keine Qualitätssteigerung.

Da gibt es zum einen eine klare Aussage von Eltern, zum Beispiel von Eltern, die ich zitieren möchte, von Schülern am Gymnasium Eppendorf, bestimmt keinem Hort irgendwelcher linksgerichteter Leute. Die haben klar geschrieben:

„Statt klare Zielvorstellungen für eine Steigerung der Qualität schulischer Bildung zu definieren,“

(*Karl-Heinz Ehlers CDU*: Das könnte vor allen Dingen die GAL gebrauchen!)

„berücksichtigt dieses Lehrerarbeitszeitmodell ausschließlich quantitative Kriterien, welche den komplexen Arbeits- und Bildungsprozessen der Schule in keinsten Weise gerecht werden.“

Herr Senator Lange, das sei Ihren drei Koalitionsfraktionen einmal ins Stammbuch geschrieben. Das ist die Einschätzung in der Stadt. Das ist das, was wir festhalten. Es wird keine Steigerung der Qualität von Unterricht geben

(Beifall bei der SPD)

und das ist es eigentlich doch, was wir hier alle wollen. Wir wollen doch, dass es letztendlich zu mehr Erfolg führt. Das verhindern Sie unter anderem mit diesem Modell.

Zweiter Punkt: Sie behaupten, es sei kein weiterer Einspareffekt gegeben. Sie haben doch selbst dieser Lehrerarbeitszeitkommission den Auftrag gegeben. Das hat doch hier schon Frau Ernst zitiert.

(*Wolfgang Drews CDU*: Frau Ernst ist doch kein Beleg für Ihre These!)

Es steht ausdrücklich drin, es solle mehr eingespart werden – ein klarer Punktsieg für Herrn Peiner, so sieht es eigentlich aus.

(Beifall bei der SPD)

Sie führen – das haben Sie ja auch zugestanden – dieses Modell überhastet ein, wie so vieles, was Sie tun. Das führt dann dazu, dass Sie damit diese Chance auf Zustimmung vertun, die nun endlich gegeben wäre, denn es gibt ja inzwischen auch innerhalb der Lehrerschaft genügend Lehrerinnen und Lehrer, die mehr Gerechtigkeit wollen, und die stoßen Sie gerade durch diese überhastete Art und Weise der Einführung total vor den Kopf.

(Beifall bei der SPD – *Manfred Silberbach Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Darum haben Sie gar nichts gemacht!)

(Wilfried Buss SPD)

- A – Das stimmt doch gar nicht. Wir haben doch das erste Lehrerarbeitszeitmodell entsprechend erarbeitet. Wir waren doch dabei, das entsprechend umzusetzen.

(Glocke)

**Vizepräsident Farid Müller** (unterbrechend): Herr Buss, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Woestmeyer?

**Wilfried Buss** (fortfahrend): Nein, danke, ich möchte jetzt gleich in der kurzen Redezeit fertig werden. Vielen Dank.

Wenn dieses Arbeitszeitmodell, Herr Drews, so toll ist, wie Sie es behaupten, dann sollten Sie doch das – Sie haben mindestens drei bildungspolitische Sprecherinnen und Sprecher und Sie haben ja noch viel mehr Lehrerinnen und Lehrer in Ihren Fraktionen, ich glaube, wenn Sie alle zusammenrechnen, fast noch mehr als wir –, was Sie jetzt hier erzählt haben, auch den betroffenen Leuten endlich einmal erklären und zusehen, dass Sie Ihnen endlich einmal zuhören und es auch begreifen, was Sie wollen. Aber ich verstehe es eben andersherum. Sie sagen, wir hätten es damals nicht gewollt, ich sage, jetzt haben Sie doch die Chance. Sie hätten Sie auch. Sie tun es nicht. Sie kneifen weiterhin. Dabei bleibe ich auch. Sie versuchen, sich immer wieder der Diskussion darüber zu entziehen. Das finde ich einfach nicht in Ordnung, das sage ich hier ganz deutlich.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch* GAL)

Die Wirklichkeit ist doch diese: Wir haben es, wenn man so will, mit einer Art Militärexperten zu tun.

(*Thomas Böwer* SPD: Marine!)

- B Das ist so. Dort ist man gewohnt, dass es Anordnungen gibt und eine Zack-zack-Ausführung. Das erleben wir hier wieder und das auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern. Das ist etwas, was wir nicht in Ordnung finden

(Zuruf von *Dietrich Wersich* CDU)

– letzter Satz, Herr Wersich –, denn wenn es so ist, dass Sie dieses Modell ganz hervorragend finden und Sie es entsprechend einführen können, dann können Sie doch ohne weiteres einer Überweisung an den Schulausschuss für eben diesen Termin am 5. Juni zustimmen. Dann können wir doch diese Debatte, Herr Drews, im Schulausschuss ohne Probleme zusammen mit diesem GAL-Antrag führen. Entweder Sie stellen sich dann dieser Debatte oder Sie kneifen. Also zeigen Sie doch einmal Courage und überweisen Sie das hier entsprechend.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

**Vizepräsident Farid Müller:** Das Wort hat Herr Dr. Maier. C

**Dr. Willfried Maier** GAL: Nur eine kleine Bemerkung zu parlamentarischen Sitten auch von Senatoren: Die gestrige Lehreraktion ist heute in der Zeitung von unserer Fraktionsvorsitzenden kritisiert worden. Sich aber hier herzustellen und ein bestimmtes nonverbales Verhalten nach dem Motto „Stehen Sie stramm! Klatschen Sie!“ zu fordern, finde ich unangebracht. Wenn ich mich von einer Aktion distanzieren, dann muss ich nicht der Form von Kritik und der Äußerungsform von Kritik zustimmen, die der Senator gerade äußert, weil der Senator auch noch eine zweite, eine Subbotschaft damit verbindet. Wir haben die problematische Aktion dieser Lehrer kritisiert und wir akzeptieren einfach nicht, dass Sie dann hingehen und sagen: Jetzt springen Sie einmal über das Stöckchen, wir sagen Ihnen „klatscht!“ und dann klatscht ihr auch. Das werden wir auf keinen Fall machen. Ich würde Sie auch bitten, so einen Unsinn zu unterlassen. Das machen Sie im Hinblick auf die Polizei immer gerne und jetzt soll das auch noch in Bezug auf die Lehrer losgehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

**Vizepräsident Farid Müller:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? – Die sehe ich nicht.

Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 17/2603 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 17/2603 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit mit Mehrheit abgelehnt. D

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer Tagesordnung und ich schließe hiermit die Sitzung. Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen einen angenehmen Restabend.

**Schluss: 20.40 Uhr.**

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Ingrid Cords, Ralf Niedmers und Rose-Felicitas Pauly.